Gemeindebetriebe

Dritter Band
Dritter Teil

Gemeindebetriebe in der Schweiz, in Belgien und in Australien



Im Auftrag des Vereins für Socialpolitik herausgegeben von Carl Johannes Fuchs



Duncker & Humblot reprints

Schriften

Des

Vereins für Socialpolitik.

130. Band. Pritter Teil.

Gemeindebetriebe.

Ausdehnung der kommunalen Cätigkeit in Deutschland und im Ausland.

Dritter Band.

Dritter Teil.



Leipzig,

Verlag von Dunder & Humblot.
1909.

Gemeindebetriebe

in der Schweiz, in Belgien und in Australien.

Von

Dr. Eugen Großmann, Dr. Ernest Brees, zürich, Brüffel, Prof. Dr. Robert Schachner, zena.

Der Gemeindebetriebe dritter Band. Dritter Teil.

Im Auftrag des Bereins für Socialpolitik herausgegeben von Carl Johannes Fuchs.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.
1909.

Alle Rechte vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis.

	Sette
I. Die Gemeindebetriebe der Stadt Zürich. Bon Dr. Eugen Großmann, Zürich	145
Erster Abschnitt. Entwicklung und heutiger Stand der Be- meindewirtschaft	3
1. Häuser und Grundstücke S. 4. 2. Forsten S. 6. 3. Wassers versorgung S. 7. 4. Gaswerk S. 8. 5. Clektrizitätswerk S. 11. 6. Straßenbahn S. 13. 7. Materialverwaltung S. 18. 8. Absuhrswesen S. 18. 9. Schlachthäuser S. 19. 10. Straßenverwaltung S. 19. 11. Publikationswesen S. 19. 12. Verschiedenes S. 20. 13. Konszessische Gewerbe S. 20.	
3 weiter Abschnitt. Preispolitif und finanzielle Bedeutung I. Allgemeines S. 21. II. Die Preispolitik einzelner Unter- nehmungen S. 23. 1. Wasserversorgung S. 23. 2. Gaswerk S. 25. 3. Elektrizitätswerk S. 28. 4. Straßenbahn S. 31. 5. Absuhrwesen S. 33. 6. Verschiedenes S. 34. III. Finanzielle Bedeutung S. 34.	21
Dritter Abschnitt. Zusammenfassen be Beurteilung 1. Grundfähliche Stellung der Behörden zu den Gemeinde- betrieben S. 40. 2. Bergleich mit Privatbetrieben S. 42.	40
II. Les Régies Communales en Belgique.	
Par Ernest Brees, Docteur en sciences politiques, Chef de division à l'Administration communale de Bruxelles.	47-81
1. Considérations générales	49
2. La Régie du Gaz à Bruxelles	56
3. La Régie de l'Électricité à Bruxelles	63
4. La Régie des Eaux à Bruxelles	66
5. La Régie du Gaz à Saint-Gilles	71
6. La Régie de l'Électricité à Saint-Gilles	7 3
7. La Régie du Gaz à Gand	7 5
8. La Compagnie Intercommunale des Eaux de l'Agglomération	70

	III. Die kommunale Sozialpolitik in Australasien	ı
	(Auftralien und Neufeeland).	Seite
	Bon Prof. Dr. Robert Schachner, Jena	83-123
	Cinleitung	85
1.	Die wirtschaftliche Tätigkeit und Bodenpolitik der auftralafischen	
	Städte	96
2.	Wirtschaftliche Tätigkeit und Gemeindegrundbesit im Ginnahmebudget	
	der Gemeinden	102
3.	Bornahme gemeindlicher Tätigkeiten durch Staat, öffentliche Korper-	
	ichaften und private Gefellschaften	107
4.	Städtische Arbeiten und Arbeiter	113
5.	Neform	116
	Quellen	122

Die Gemeindebetriebe der Stadt Zürich.

Don

Dr. Eugen Großmann, Zürich.

Inhaltsverzeichnis.

€	eite
Erster Abschnitt. Entwicklung und heutiger Stand ber Gemeindewirtschaft .	3
1. Säufer und Grundstücke S. 4. 2. Forsten S. 6. 3. Wafferversorgung	
S. 7. 4. Gaswerk S. 8. 5. Elektrizitätswerk S. 11. 6. Straßenbahn S. 13.	
7. Materialverwaltung S. 18. 8. Abfuhrwesen S. 18. 9. Schlachthäuser S. 19.	
10. Straßenverwaltung S. 19. 11. Publikationswesen S. 19. 12. Verschiedenes	
S. 20. 13. Ronzelfionierte Gewerbe S. 20.	
3weiter Abichnitt. Preispolitit und finanzielle Bedeutung	21
I. Allgemeines S. 21. II. Die Breisvolitif einzelner Unternehmungen	
S. 23. 1. Wasserversorgung S. 23. 2. Gaswerf S. 25. 3. Elektrizitätswerk	
S. 28. 4. Straßenbahn S. 31. 5. Abfuhrwesen S. 33. 6. Verschiedenes	
S. 34. III. Finanzielle Bebeutung S. 34.	•
Dritter Abschnitt. Zusammenfaffende Beurteilung	40
	40
1. Grundfähliche Stellung ber Behörden zu den Gemeindebetrieben S. 40.	
2. Bergleich mit Brivatbetrieben S. 42.	

Erfter Abschnitt.

Entwicklung und heutiger Stand der Gemeinde= wirtschaft.

Die heutige Stadt Zürich ist bekanntlich das Produkt einer "Einsgemeindung", die sich von anderen Stadterweiterungen dadurch unterscheibet, daß die elf Gemeinden, welche der Altstadt durch das Gesetz vom 9. August 1891 zugeteilt wurden, an Territorium und an Bevölkerungszahl die Mutterstadt weit übertrasen und daß schon vor der Bereinigung Zürichs mit seinen "Ausgemeinden" die wirtschaftliche und soziale Differenzierung, die sich mit Bezug auf die Teile einer jeden Großstadt beobachten läßt, so ausgebildet war, wie wenn die Altstadt mit den Vororten ein einziges Gemeinwesen gebildet hätte 2.

Auch auf dem Gebiete der Gemeindebetriebe äußerte sich diese faktische Einheit der zwölf Gemeinden: die Versorgung der Vororte mit Gas und Wasser geschah größtenteils durch die stadtzürcherischen Anstalten, die Absuhrunternehmung der Altstadt dehnte ihre Dienste auch auf einige Ausgemeinden aus und die Aufsicht über die Perebahn erfolgte durch die gemeinsame "Straßenbahnkommission". Als die Vereinigung am 1. Januar 1893 vollzogen wurde, erstreckte sich die wirtschaftliche Tätigkeit der neuen Gemeinde auf folgende Gebiete: Wasserversorgung, Vetrieb von Gaswerken, eines Elektrizitätswerkes, von Schlachthäusern, einer Material-verwaltung, einer Absuhrunternehmung, von Badeanstalten, Unterhalt der Straßen, Verwaltung von Häusern und Liegenschaften und Bewirtschaftung von Forsten. Hierzu kamen dann im Laufe der Entwicklung noch die

¹ Die Altstadt zählte am 1. Juni 1894 28 099, die übrigen Stadtteile (die ehemaligen Ausgemeinden) 92 958 Einwohner. (Siehe Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich, 1905, S. 127.)

² Näheres hierüber siehe in "Berfaffung und Berwaltung der Stadt Zürich" von Dr. E. Escher und Prof. Dr. Max Huber. (Schriften bes Bereins für Sozialpolitik, Bb. 121.)

städtischen Straßenbahnen, der Arbeitsnachweis, der Wohnungsnachweis und die Regiebauten im Tiefbau.

Die äußere Entwicklung biefer Betriebe im einzelnen soll uns zunächst beschäftigen, da ihre Kenntnis Boraussetzung des richtigen Berständnisses ber Darlegungen über Preispolitik, finanzielle Bedeutung usw. ift.

1. Die politische Gemeinde verfügte ichon bei ihrer Erweiterung im Jahre 1893 über einen ziemlich ansehnlichen Besitz an Häusern und Grundftücken. Ohne die Waldungen und ohne die zu den Werten gehörigen Liegenschaften belief fich ber Wert biefer Objekte damals auf ungefähr 7 1/2 Millionen Fr. Die Bodenpolitif murde bisher in der haupt = sache nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben, b. h. es wurde gefauft und verkauft, wie es eben die Lage im einzelnen Falle erforderte. Bu einer größeren prinzipiellen Auseinandersetzung tam es im großen Stadtrate zum erstenmal am 11. April 1896, als der Stadtrat im Hinblick auf den Plan der Erstellung von Wohnhäusern durch die Stadt oder durch gemeinnütige Baugefellschaften ben Ankauf bes fog. Friefenbergareales, eines ungefähr 2 km vom Stadtzentrum entfernten, über 21 ha umfaffenben Landkompleres, um ben Breis von 940 000 Fr. beantragte. Die Opposition gegen den Unkauf ließ sich, abgesehen von Bebenken gegen die Beteiligung ber Stadt an der damals fehr lebhaften Landspekulation, hauptfächlich von ber Erwägung leiten, bag ber Preis zu hoch fei. Das Geschäft wurde tropdem abgeschloffen und erhielt fogar die Buftimmung ber Gemeinde. Freilich mußte man 6 Jahre fpäter das immer noch unverwertete Land auf Berlangen der Aufsichtsbehörde auf die Sälfte feines ursprünglichen Bertes abschreiben.

Trot diesem mißglückten Geschäft ließ sich die Gemeindeverwaltung in ihrem Bestreben, den öffentlichen Grundbesitz stetig zu mehren, nicht irre machen. Underseits freilich vermochte die von der sozialdemokratischen Partei versochtene Idee, daß im öffentlichen Besitz besindliches Land unter seinen Umständen mehr veräußert werden solle, nicht durchzudringen. Zu Ende des Jahres 1907 besanden sich ungefähr 22 % des Stadtgebietes im Besitze der Gemeinde (politische und bürgerliche Abteilung und Stiftungen). Der Wert der der politischen Gemeinde gehörigen siskalischen Liegenschaften (inkl. Waldungen und Gebäulichkeiten aber ohne die den industriellen Werten dienenden Grundstücke) belief sich im Jahre 1907 auf rund 31 Millionen Fr.

Was den Bau von Wohnhäusern betrifft, fo ließ es fich die Stadt

immer angelegen sein, für diejenigen Angestellten und Arbeiter, die aus Rücksichten auf den geordneten Betrieb in der Nähe der städtischen Unternehmungen wohnen mußten, Dienstwohnungen bereitzustellen. So besaß das Gaswerk im Jahre 1906: 24 Häuser mit 38 Wohnungen, das Elektrizitätswerk ein Haus mit 8 Wohnungen, das Wasserwerk 6 Häuser mit 16 Wohnungen.

Vor die Frage, ob abgesehen von den städtischen Arbeitern, für die aus betriebstechnischen Grunden Wohnungen beschafft werden mußten, auch weiteren Kreifen im Falle von Wohnungsmangel durch die Stadt geholfen werden folle, fah fich die Stadtverwaltung infolge des raschen Aufschwunges des erweiterten Gemeinwesens schon um die Mitte der 1890 er Sahre ge-Um 26. Februar 1896 legte ber Stadtrat bem großen Stadtrate einen Bericht über die "Arbeiterwohnungsfrage" vor, ber in ber Sauptfache folgendes Brogramm enthielt: Erleichterung des Borortverkehres, regelmäßige statistische Untersuchung des Wohnungsmarktes, gelegentlicher Untauf billiger Bohnhäufer, Förderung des Wohnungsbaues durch die kantonale Gefetgebung, Bau von Wohnhäusern für städtische Ungestellte und Arbeiter burch Die Stadt, Anknüpfung von Beziehungen mit gemeinnütigen Rreifen zwecks Erstellung von Wohnungen für bas weitere Bublifum. Bur Begrundung diefer Vorschläge murde betont, daß es nicht in der Aufgabe der Gemeinde liegen könne, den Wohnungsbedarf ber gangen Arbeiterbevölkerung zu beden, und daß auch aus erzieherischen Gründen auf die Mitwirkung ber von ber Wohnungenot betroffenen Kreise bei ber Lösung der Frage nicht verzichtet werden fonne.

Die Vorlage ging an eine Kommission bes großen Stadtrates, die sich mit so großer Gründlichkeit an die Arbeit machte, daß, als ihre Anträge vor das Plenum kommen sollten, die Situation auf dem Wohnungsmarkte sich bereits geändert hatte. Die Kommission sah sich daher veranlaßt, ihre ursprünglichen, im Sinne der Zustimmung zu dem stadträtlichen Programm gehaltenen Anträge einer Revision zu unterziehen. Die neuen Anträge, vom 2. April 1901, ließen den städtischen Wohnungsbau aus dem Spiel und enthielten nur noch Postulate wie Errichtung eines kommunalen Wohnungsenachweises, Sanierung der Wohnungen usw.

Im großen Stadtrate stieß die Kommission auf eine weniger beruhigte Auffassung der Lage. Es wurde geltend gemacht, daß der Borrat an Klein-wohnungen immer noch nicht genüge und daß auch eine qualitative Bersbesserung der Wohnverhältnisse nur durch eine Bermehrung der Zahl der Wohnungen herbeigeführt werden könne. Unter dem Eindruck dieser Außsführungen beschloß die Behörde am 11. Mai 1901, der Stadtrat solle

prüfen, ob die Stadt den Bau von billigen Wohnhäusern für kommunale Beamte und Angestellte und die Förderung gemeinnütziger Bestrebungen an Hand nehmen solle.

Der Anlaß zur erneuten Befassung mit der Angelegenheit kam bald genug. Am 1. Dezember 1905 war die Zahl der leerstehenden Wohnungen ichon wieder auf 0,3% ber Gesamtzahl gesunken. Dazu kam eine scharfe Steigerung der Mietzinse. Unter dem Eindruck dieser Tatsachen schlug der Stadtrat dem großen Stadtrate am 21. Juli 1906 vor, einen größeren Bersuch mit dem Bau und Betrieb von städtischen Wohnhäusern zu machen. Es sollten drei Baublöcke mit 225 Wohnungen erstellt und hiersür ein Kredit von 2375000 Fr. erteilt werden. Ohne wesentliche Debatte erklärte der große Stadtrat am 27. Januar 1907 seine Zustimmung und lud den Stadtrat überdies ein, weitere Projekte für die Errichtung von städtischen Wohnhäusern vorzulegen.

Ende 1907 besaß die politische Gemeinde 307 fiskalische Häuser im Bersicherungswerte von 9877800 Fr.

2. Die ftädtischen Forften' bilben mohl ben altesten Zweig ber heutigen Gemeindemirtschaft der Stadt Zürich. Ihr mefentlichster Beftandteil, ber fog. Sihlmald, liegt außerhalb bes Gebietes ber Stadt Burich und befand sich wohl schon zu Unfang bes 14. Jahrhunderts im Besitze ber Stadtgemeinde. Bufammen mit einer innerhalb ber Gemarfung Burichs gelegenen Waldung bildet der "Sihlmald" seit dem Jahre 1893 d. h. feit der Bereinigung der Altstadt mit den Bororten die "Stiftung des ftadtzürcherischen Nutungegutes", beren Zweck barin besteht, Die Ginkunfte jenes Bermögens für alle Zeiten miffenschaftlichen, fünftlerischen und mohl= tätigen Zwecken zuzuführen. Die Waldungen bes Stiftungsgutes, im Jahre 1907 ungefähr 1160 ha im Werte von über 2 Millionen Fr. (inkl. zugehörige Gebäulichkeiten) umfassend, sind also ohne direkten Einfluß auf ben Finanzhaushalt ber Stadtgemeinde. Lettere besitzt eigene Walbungen in einem Umfange von ca. 546 ha, wovon indessen nur 366 ha dem allgemeinen Gemeindevermögen zufallen, während 180 ha Bürgergemeinde gehören. Die Baldungen der politischen und der Bürgergemeinde find durch eine feit bem Sahre 1893 verfolgte Arrondierungspolitik auf einen Umfang von 51 % (1905) best gefamten im Stadtbanne gelegenen Waldbestandes gebracht worden. Abministrativ bilden alle diese Bestandteile ber Stadtmaldung eine Einheit, Die in technischer Beziehung

¹ Bgl. hierüber U. Meister, Stadtforstmeister, Die Stadtwaldungen von Zürich. 2. Aust. Zürich 1903.

außer ber eigentlichen Forstwirtschaft in eine Reihe von Nebenbetrieben zerfällt, nämlich in ein Sägewerk, eine Imprägnierungsanstalt, eine mechanische Dreherei (für die Fabrikation von Werkzeugstielen), eine mechanische Spalterei, eine Einrichtung für die Fabrikation von Holzwolle, eine Regieschuhrhalterei und schließlich eine Brennmaterialienhandlung, die seit 1899 neben dem Holzverkauf für das städtische Gaswerk auch den Vertrieb von Koks besorgt. Die Führung dieser ganzen Wirtschaft erforderte im Jahre 1906 ein Versonal von 17 Beamten und Angestellten und 135 Arbeitern.

3. Die Bafferversorgung¹ geschah Jahrhunderte hindurch, bis in das siebente Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts hinein durch öffentsliche und private Brunnen. Gegen Ende der 1860 er Jahre trat die Unzulänglichkeit dieser Einrichtung zu Tage und die Gemeindeversammlung der alten Stadt beschloß daher am 4. September 1868, neben der Quellwasserversorgung auch eine sog. Brauchwasserversorgung (filtriertes Seewasser) einzurichten und zu betreiben. Bei der Anlage dieses Unternehmens wurden von Ansang an auch die Bedürfnisse der Vororte in Betracht gezogen, so daß bei der Vereinigung vom Jahre 1893 lediglich die Änderung eintrat, daß auch die Quellwasserversorgungen der Ausgemeinden in eine Hand gelangten.

Um die Zahl der Quellwasserbrunnen zu vermehren und die Qualität des Brauchwassers zu verbessern, wurde schon im Jahre 1895 mit dem Anstauf neuer Quellen im oberen Sihltal begonnen. In der Gemeinde-Abstimmung vom 20. Mai 1900 sodann wurde für den Erwerb weiterer Quellen im Sihls und Lorzetal und für Ableitungss und Verteilungsbauten ein Kredit von 2,9 Millionen Fr. bewilligt.

Dieses Unternehmen murbe im Jahre 1905 vollendet.

Am 17. Juni 1902 beschloß der große Stadtrat die Errichtung von 216 neuen öffentlichen Brunnen.

Mit dem Wasserwerk verbunden ist ein Installationsgeschäft, das allein befugt ist, die Einrichtungen bis zum Wassermesser oder Kalibershahn zu erstellen. Die innerhalb dieser Grenze vorzunehmenden Arbeiten kann der Wasserabnehmer auch durch einen im Besitze einer Konzession besindlichen Handwerker aussühren lassen. (Reglement für die Abgabe von Wasser in Privatgrundstücke vom 3. November 1906, § 28.)

Das in der Wafferversorgung investierte Kapital betrug Ende 1907

¹ Siehe hierüber auch H. Peter, Die Wasserprogung der Stadt Zürich (Denkschrift zur 43. Jahresversammlung des Bereins der Gas: und Wassersach: männer). Zürich 1903.

(infl. Wafserkraftanlage für das Elektrizitätswerk) 5,6 Millionen Fr. Das Unternehmen hatte damals ca. 30 Beamte und Angestellte und 107 Arbeiter in seinen Diensten.

4. Die Gasversorgung wurde in Zürich von Unfang an als eine Ungelegenheit betrachtet, bei beren Regelung die Stadt als Bertreterin ber öffentlichen Interessen mitzuwirken habe. Schon im Oktober 1854 erließ ber Stadtrat von Zürich eine Konkurrenzausschreibung für ben Bau einer Gasanstalt, und gab ben Entwurf einer Konzession bekannt. Um 30. Juni 1855 fam mit bem bekannten Unternehmer L. A. Riedinger aus Bapreuth ein Bertrag zustande, in welchem die Interessen ber Stadt und ihrer Ginwohner in fehr umfichtiger Beife mahrgenommen waren. Wenn Riedinger auch für die Dauer von 30 Jahren das Monopol für die Besorgung der öffentlichen Beleuchtung und für das Legen von Röhren in den öffentlichen Stragen erhielt, fo mußte er auf ber anderen Seite boch eine Reihe von Berpflichtungen eingehen, die einen Migbrauch des Monopols ausschloffen. So murbe ber Lieferungszwang zu gunften aller Ginwohner, in beren Stadtteil die öffentliche Gasbeleuchtung eingeführt mare, statuiert, Bochftpreise für die Abgabe von Gas an Gemeinde und Private festgesett, die Genehmigung bes Tarifes für bas Installationsgeschäft burch ben Stadtrat vorbehalten usw. Befonders gunftig maren die Rudfaufsbeftimmungen: nach Ablauf ber breißig= jährigen Bertragsbauer follte die Stadt die Unlage erwerben können und zwar nach ihrer Wahl zum Inventarwerte (unter Abzug bes eingetretenen Minderwertes und unter Berechnung bes Grund und Bodens zu feinem Unkaufspreise) ober zum Werte, der sich aus der Rentabilität der letten zehn Jahre ergibt. Die Ende 1856 vollendete Fabrif ging ichon nach furzer Zeit an die "Zürcher Aftiengefellichaft fur Gasbeleuchtung" über, in beren Sanden fie bis jum Ablauf ber Konzession im Jahre 1886 verblieb. Die Stadt entschloß sich Ende 1885 von ihrem Rückfauferechte Gebrauch zu machen und im Dezember 1886 nahm fie die Unftalt in eigenen Betrieb. Bestimmend für den Rudfauf mar, wie die Weisung bes Stadtrates an die Gemeinde vom 4. Dezember 1885 erkennen läßt, neben der Rücksicht auf die Bedürfnisse ber Stragenverwaltung und ber öffentlichen Beleuchtung insbesondere bas Bestreben, die hohen Erträgnisse des Unternehmens der Gemeinde zuzuwenden.

Die Gasversorgung der Bororte, die heute mit Zürich vereinigt find, geschah schon damals durch die Altstadt. Gigene Wege ging einzig die Gemeinde Enge¹. Dort hatte sich schon im Jahre 1864 eine "Aktien»

¹ Bgl. hierüber Dr. Konrad Efcher, Enge. Gin Rücklick in die Bersgangenheit (Zürcher Wochenchronik, Jahrg. 1905, Nr. 35).

gefellschaft für Gasbeleuchtung" gebildet, die indessen keine reine Erwerbsgesellschaft war, sondern auch gemeinnützige Zwecke verfolgte. Die Statuten sahen nämlich eine Maximaldividende von 5% vor und bestimmten im weiteren, daß Reinerträgnisse, die über diesen Betrag und über die statutarischen Einlagen in den Reservesonds hinausgehen sollten, zur Herabsetung des Gaspreises und zur Amortisation des Aktienkapitals zu verwenden seien. Nach durchgeführter Amortisation des Aktienkapitals sollte die ganze Anlage unentgeltlich der Gemeinde zusallen. Die Gemeinde sollte aber auch schon vorher jederzeit durch Einlösung der Aktien zu ihrem Nennwerte und durch Nachzahlung der Dividenden, soweit diese den Betrag von 5% nicht erreicht haben sollten, das Unternehmen an sich ziehen können. Im Jahre 1885 machte sie von dieser Fakultät Gebrauch und betrieb die Anstalt dis zur Bereinigung mit Zürich selbst.

Durch die Stadterweiterung vom Jahre 1893 gelangten die beiden Fabriken der Altskadt und die der Gemeinde Enge in den Besitz der werdens den Großskadt. Der rasche Aufschwung, den diese von Ansang an nahm, brachte eine so bedeutende Steigerung des Gaskonsums (1893: 4491 000 m³; 1896: 7123 000 m³), daß die Gemeinde am 7. Februar 1897 den Bau einer neuen Gassadrif im Kostenvoranschlage von 7,8 Millionen Fr. deschließen mußte. Die Anstalt wurde auf dem Territorium der Gemeinde Schlieren errichtet und im November 1898 dem Betrieb übergeben 1. Ende 1907 war in diesem Unternehmen ein Kapital von 11,7 Millionen Fr. (inkl. Vorräte) investiert.

Das Personal bestand zu Ende des Jahres 1907 aus ungefähr 70 Beamten und Angestellten und aus 325 Arbeitern (einschließlich die Angestellten für die öffentliche Beleuchtung).

Die äußere Entwicklung bes städtischen Gaswerkes ist von einer nicht weniger tiefgreifenden Wandlung seines wirtschaftlichen Charakters begleitet gewesen. Diente das Werk ursprünglich vor allem dem Bedürfnis nach Licht, so steht heute die Lieferung des Kochgases im Vordergrund. Im Jahre 1893 entsielen nämlich 87,7 % aller Gasmesser auf Leuchtgaseinrichtungen, im Jahre 1907 dagegen nur noch 29,8%; umgekehrt waren im Jahre 1893 nur 8,9% aller Gasmesser für Koche und Heizanlagen bestimmt, 1907 dagegen 69,2%. Und ähnlich liegt die Sache, wenn man den Konsum zum Vergleich heranzieht: 7,6% der Gesamtproduktion sielen

¹ Siehe hierüber A. Beiß, Das Gaswerk ber Stadt Zürich (Denkschift zur Jahresversammlung des deutschen Bereins von Gas- und Wassersachmännern). Zürich 1903.

im Jahre 1893 auf den Verbrauch von Koch- und Heizgas, 1907 waren es $55,8\,^{\circ}/_{\circ}$. Die "kleineren Leuchtgasabonnenten" d. h. die Privatabnehmer (ohne die Bahnhöfe, Staatsanstalten u. dergl.) dagegen konsumierten im Jahre 1893: $46,2\,^{\circ}/_{\circ}$ der gesamten Produktion, 1907 dagegen nur noch 17,6 $\,^{\circ}/_{\circ}$.

Nach ber Eröffnung ber neuen Gasfabrik nahm die Stadt in dem Bestreben, ihre Anlagen voll auszunüßen, auch die Bersorgung der Bororts sogemeinden mit Gas wieder an die Hand. Von 1899—1908 wurden mit sieben Gemeinden (Schlieren, Zollikon, Kilchberg, Altstetten, Derlikon, Abliswil und Albisrieden) Gaslieferungsverträge abgeschlossen, die ihrem Inhalte nach übereinstimmen und in der Hauptsache dahin lauten, daß das Gaswerk die Hauptleitung erstellt, während die bediente Gemeinde für die Berteilung des ihr gelieferten Gases zu sorgen hat. Die Bertragsdauer beträgt überall 8 Jahre und die bediente Gemeinde ist verpflichtet, innerhalb 10 Jahren weder ein eigenes Gaswerk zu errichten noch von anders woher Gas zu beziehen.

Die Nebenprodukte der Gasfabrikation (Koks, Teer, Bech, Ummoniak) werden teils vom Gaswerk felbst, teils vom Holzdepot der Forstverwaltung (Koks) in den Handel gebracht, teils an die skädtischen Gebäude für Heizzwecke abgegeben.

Mit dem Gaswerk verbunden ift, abgesehen von der seit 1897 dem Unternehmen überbundenen Besorgung der öffentlichen Beleuchtung, das Installationsgeschäft. Um die Ausdehnung dieses Betriebszweiges ist zwischen dem Gaswerke und den Privatinstallationsgeschäften ein Kampf geführt worden, dessen Verlauf nicht ohne Interesse ist.

In dem "Reglement für die Abgabe von Gas in Privatgrundstücke" vom 17. Februar 1894² war nämlich die Anordnung getroffen, daß die Erstellung der Zuleitungen bis zum Gasmesser und die Lieferung des Gas-messer selbst ausschließlich durch das Gaswerk erfolgen dürfe. Der Tätigseit der Privatinstallateure blieb somit nur die Erstellung der hinter dem Gasmesser gelegenen Einrichtungen. Um diese Schranken zu beseitigen, wurde im Jahre 1897 dem großen Stadtrate von einem seiner Mitglieder auf dem Wege der Motion der Vorschlag gemacht, es sei in Umkehrung der beiden geltenden Grundsätze die Erstellung der Zuleitungen gänzlich den privaten Gewerbetreibenden zu überlassen. Der Stadtrats sprach sich mit Entschiedenheit gegen diesen Antrag aus, in der Hauptsache mit der

¹ Bgl. Amtliche Sammlung ber Beschlüffe und Berordnungen ber Behörben ber Stadt Zürich. VI, 217, 245; VII, 141, 175, 215, 217; VIII, 41.

² Beschlüffe und Berordnungen der Behörden der Stadt Zürich, III, 11.

³ Weisung vom 2. März 1898.

Begründung, daß die Gasentweichungen, die vor dem Gasmesser stattsinden, zu Lasten des Werkes fallen und daß kein Kaufmann vor der Übergabe einer Ware die Verfügung darüber aus der Hand geben werde. Trot diesem Widerspruche beschloß der große Stadtrat am 17. November 1898, daß für die Erstellung der Zuleitungen im Inneren der Gebäude dis zum Gasmesser freie Konkurrenz zwischen dem Gaswerke und den privaten Installationsgeschäften walten solle; immerhin sollten nur diejenigen Unternehmer zugelassen werden, die Garantien böten für sachgemäße Arbeit. Der Kommissionsreserent hatte hervorgehoben, daß in einem derartigen Geschäftszweige im Interesse des Bublitums die freie Konkurrenz herrschen müsse.

In dem neuen Reglement über die Gaslieferung, vom 28. Oftober 1899 und ebenso in demjenigen vom 17. Februar 1906 wurde die Ansgelegenheit gemäß den Wünschen des großen Stadtrates geordnet. Der Streit hatte unterdessen freilich dadurch an Bedeutung verloren, daß die Stadt sich im Jahre 1899 entschlossen hatte, im Interesse der Steigerung des Konsums die Zuleitungen in weitgehendem Maße auf eigene Kosten erstellen zu lassen. Dadurch waren die Installateure wieder auf das Wohlswollen des Werkes verwiesen, das großmütig genug war, ihnen alljährlich einen Teil der Aufträge zu überlassen.

5. Die Borarbeiten für die Errichtung eines städtischen Eleftri= gitätsmerfes 1 murden vom Stadtrate ichon gleich nach der durchgeführten Kommunalisierung des Gaswerkes an die Hand genommen. Man dachte zwar ursprünglich baran, bas Risito einer berartigen Unternehmung ber Privatindustrie zu überlassen und die öffentlichen Interessen lediglich durch Festsetzung angemessener Konzessionsbedingungen mahrzunehmen. ichlieflich ber Entscheid boch im Sinne ber Errichtung eines städtischen Werfes ausfiel, so mar, wie die Weisung bes Stadtrates vom 4. Juni 1890 ausführt, hauptsächlich die Rücksicht auf folgende Vorteile maßgebend: die Möglichkeit einer einheitlichen Berwaltung ber im Straßengrunde liegenden Objefte, eines einheitlichen Betriebes des Waffer- und des Gleftrigitatswerfes, einer einheitlichen Berfügung über die verschiedenen Lichtquellen, die Aussicht auf Gewinnung einer neuen Ginnahmequelle und die Rotwendigkeit, bas eben erft erworbene Gaswerk, bas ja bamals in ber hauptsache noch eine reine Beleuchtungsanstalt mar, vor ber Konkurrenz eines anfällig entstehenden privaten Eleftrigitätswerfes zu ichuten.

¹ Siehe hierüber H. Wagner, Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (Denkschrift zur 43. Jahresversammlung des Bereins der Gas= und Wafferfach= männer). Zürich 1903.

Die Eröffnung bes neuen Betriebszweiges fand im Jahre 1892 statt. Er glieberte sich in administrativer wie in technischer Beziehung dem Wasserwerke an, von dem er die zur Erzeugung der elektrischen Energie erforderliche Wasserkraft zum Selbstkostenpreise erhielt. Man faßte zunächst entsprechend der noch beschränkten Leistungsfähigkeit des Werkes lediglich die Lichteversorgung ins Auge. Das erste "Reglement über die Abgabe von elektrischem Strom in Privatgrundstücke", vom 17. Februar 1894, nahm bezüglich der Lieferung von Strom für technische Zwecke lediglich "besondere Vereinbarungen" in Aussicht und der Stadtrat sah sich sogar am 14. April 1894 zu dem Beschlusse veranlaßt, daß Konzessionen für Starkstromleitungen an Private wenigstens für so lange zu erteilen seien, als die Stadt nicht selbst in der Lage wäre, zu ungefähr den gleichen Bedingungen Strom abszugeben.

Die Notwendigkeit, die Unlagen mahrend der Tageszeit beffer auszunüten. führte allerdings bald dazu, daß man durch billige Tarife den Unschluß von fleinen Motoren (bis 10 HP), die in den Stunden, in welchen die Beleuchtungs= anlage in vollem Betrieb ftand, nicht benutt werden durften, zu erreichen suchte 1. Daneben murde bas Projett einer großen Kraftversorgungsanlage fortmährend verfolgt und der dringenoste Bedarf, der namentlich nach dem Umbau ber Pferdebahn jum eleftrischen Betrieb eine ftarte Steigerung erfuhr, burch bie Einrichtung von Dampfonnamoanlagen befriedigt. Da fich die Studien und Berhandlungen über die Geminnung einer für alle Bedürfnisse ausreichenden Wafferkraft aber in bie Lange zogen, schritt man zur mietweisen Beschaffung elektrischer Energie. Um 18. April 1903 murbe zwischen bem "Motor", Aftiengefellichaft für angewandte Eleftrigität und bem Stadtrate ein Bertrag abgeschloffen, laut welchem ber "Motor" fich verpflichtete, ber Stadt Burich mährend gehn Sahren elektrische Energie bis zum Betrage von 2500 Kilowatt zu liefern. Die Stadt follte aber schon nach drei Jahren auf die weitere Lieferung von Strom verzichten können. Die Interessensphären mit Bezug auf ben Absat murden in der Weise abgegrenzt, daß die Stadt außerhalb ihrer Gemarkung nur an eigene Anlagen ober an von ihr ausgehende interurbane Strafenbahnen Strom abgeben burfte, mahrend ber "Motor" fich verpflichten mußte, mahrend ber Bertragsbauer und mahrend 30 Sahren nachher feinen Strom an Dritte in die Stadt Burich zu liefern.

¹ Bgl. Beschluß des Stadtrates vom 8. Dezember 1894 (Beschlüsse und Versordnungen III, 221), Reglement für die Abgabe von elektrischem Strom in Privatsgrundstücke vom 5. September 1896 (Beschlüsse und Verordnungen V, 53) und Beschluß des großen Stadtrates vom 1. Februar 1902 (Beschlüsse und Verordnungen VII, 104).

Nach Abschluß dieses Bertrages konnte die Abgabe von Kraftstrom in größerem Maßstabe erfolgen. Am 30. August 1903 bewilligte die Gemeinde den erforderlichen Kredit für den Ausdau des Kraftverteilungsnetzes, und der neue Tarif für die Abgade von Strom zu technischen Zwecken vom 27. Juni 1903 hob für diejenigen Motoren, die nicht an das Beseuchtungsnetz auf angeschlossen blieben, die Beschränkung der täglichen Benützungsdauer auf. Ende 1907 war die Ausdehnung des Kraftverteilungsnetzes schon soweit vorgeschritten, daß seine Bedeutung nicht mehr stark hinter derjenigen des Beseuchtungsnetzes zurückblieb. An ersteres waren nämlich Objekte mit einem Berbrauch von rund 4739 Kilowatt, an letzteres solche mit einem Berbrauch von 5865 Kilowatt angeschlossen. Noch größere Bedeutung wird die Stadt als Lieserantin von elektrischem Kraftstrom voraussichtlich erlangen, wenn der von der Gemeinde am 10. Juni 1906 beschlossen Bau einer Kraftübertragungsanlage an der Abula (Kt. Graubünden) im Kostenvorsanschlage von 10,7 Millionen Fr. vollendet sein wird.

Der Umfang des Installationsgeschäftes des Elektrizitätswerkes ist dadurch gegeben, daß die Herstellung der Abzweigungen von den Straßensleitungen bis zum Hauptschalter und die Lieferung der Elektrizitätszähler nur durch das Werk erfolgt, während die innerhalb des Hauptschalters gelegenen Einrichtungen auch durch Unternehmer, die im Besitze einer Konzession hierfür sind, ausgeführt werden können. Das gesamte im Elektrizitätswerk investierte Kapital belief sich zu Ende des Jahres 1907 auf 6,4 Millionen Fr. 1, die Zahl der Beamten und Angestellten auf zirka 35, die der Arbeiter auf 138.

6. Auf dem Gebiet des Straßenbahnwersennungen von der Altstadt, sondern von der unter der Entfernung vom Hauptbahnhofe stark leidenden Borortgemeinde Riesbach ausgegangen. Schon im Jahre 1876 wollte diese Gemeinde eine Straßenbahnwerbindung nach dem Zentrum herstellen, allein ihr Konzessionsbegehren blieb infolge verwaltungsrechtlicher Meinungsverschieden zwischen Bund, Kanton und Gemeinde jahrelang unerledigt. Im Jahre 1881 schlossen sich die Gemeinden Zürich, Riesbach, Enge und Außersihl zu einem "Straßenbahnverbande" zusammen, dessen Zweck in der

¹ Ohne die Bautoften des Abulamerfes.

² Siehe hierüber auch A. Bertschinger, Die Straßenbahnen ber Stabt Zürich (Denkschrift zur 43. Jahresversammlung bes Bereins ber Gas- und Wassersachmanner).

Berftändigung über eine gemeinsam zu erteilende Konzession an einen Unternehmer bestand. Im Juli des Jahres 1881 kam auch wirklich ein Konzesssionsvertrag mit der Londoner Firma Meston & Co. zustande, der den Bau einer Pferdebahn in den hauptsächlichsten Verkehrsadern der Altstadt und Verbindungen der letzteren mit Enge und Außersihl vorsah.

Den entscheibenden Sinfluß auf den Umfang der Rechte und Pflichten des Unternehmers übte allerdings nicht dieser Bertrag, sondern die am 3. Dezember 1881 bis 31. Januar 1882 von Kanton und Bund erteilte Konzession aus. Mit Bezug auf die Tarise ist aus dem Inhalte derselben hervorzuheben die Bestimmung, daß eine Ermäßigung der Fahrgelder statzussinden habe, wenn der Reingewinn während mehrerer Jahre den Betrag von 8% überschritten haben sollte. Die Bestimmungen über den Rücksauf waren nicht günstig: während der ersten 15 Jahre der Konzessionsdauer sollte der Rücksauf nur stattsinden können, wenn Gründe der öffentlichen Wohlsahrt oder Sicherheit die Beseitigung (!) der Straßenbahn gebieten.

Fand der Rückfauf später statt, so sollte als Rücksaufspreis der fünfundzwanzigsache bezw. zweiundzwanzig und ein halbsache bezw. der zwanzigfache Betrag des durchschnittlichen Reingewinns der letzten zehn Jahre bezahlt werden, je nachdem der Rückfauf zwischen dem fünfzehnten und dreißigsten bezw. zwischen dem einunddreißigsten und vierzigsten bezw. zwischen dem einundvierzigsten und fünfzigsten Jahre der Konzessionsdauer stattfände. Mindestens aber sollten die ursprünglichen Unlagekosten ersent werden.

Die Konzession wurde alsobald an die "Zürcher Straßenbahn-Aktiengesellschaft" übertragen und das ganze Net im Lauf des Jahres 1882 in Betrieb gesetzt.

Als die erweiterte Stadt im Jahre 1893 ins Leben trat, lagen bereits neue Konzessionsbegehren privater Unternehmer vor den eidgenössischen Beshörden. Da die städtischen Behörden aber noch unschlüssig über die einzuschlagende Verkehrspolitif waren, ersuchten sie den Bundesrat um Sistierung der Behandlung der eingereichten Konzessionsgesuche, jedoch ohne Erfolg. Um 29. März 1893 wurden den Bewerbern für die Linien Bellevue-Kirche Fluntern, Quaibrücke-Burgwies und Bellevue-Römerhof-Kreuzplat von der Bundesversammlung entsprochen. Die Konzessionsdauer war auf 50 Jahre seitgesett, die Genehmigung der Taisse und Fahrpläne und höchsttagen vorgesehen, die Herabsetung der Fahrgelder bei einem während dei Jahren beständig 6% übersteigenden Reinertrag gefordert und das Rücksaufsrecht des Bundes auf frühestens 1. Mai 1915 vorbehalten. Für alle diese Linien war der elektrische Betrieb vorgesehen.

Der Stadt blieb unter diesen Umständen nichts übrig, als die städtische

Konzession nun ebenfalls zu erteilen und ihre besonderen Interessen babei nach Möglichkeit mahrzunehmen. Das geschah durch die Berpflichtung ber Ronzessionäre zur Aufnahme eines städtischen Vertreters in die Verwaltung ber Bahnen, zu Beiträgen an ben Strafenunterhalt bei Überschreitung einer gemiffen Sohe bes Reinertrages, zur Ausgabe birekter Billets im Unschluß an andere Linien, zum Bezug bes elektrischen Stromes von der Stadt, sofern diese es verlangen follte usw. Mit Bezug auf die Berftadtlichung war bestimmt, daß die auf öffentlichem Grunde befindlichen Unlagen nach Ablauf ber Ronzeffionsbauer unentgeltlich ber Stadt zufallen follten; ferner war auch das Rückfaufsrecht etwas anders geregelt als in der Bundesfonzession: ber Rudfauf sollte jebergeit stattfinden konnen und gmar. wenn er innerhalb ber erften 15 Sahre geschehen follte, gegen Bezahlung ber Unlagekoften zuzüglich fünf Prozent Bing feit Eröffnung beg Betriebes, fofern nicht die Dividenden und Ginlagen in den Refervefonds ichon biefen Betrag erreicht haben sollten. Zwischen bem fünfzehnten und fünfzigften Jahre der Konzessionsdauer konnte der Rückfauf nur auf Grund des kapitalifierten Ertragswertes (Multiplifator 25 bezw. 20 bezw. 15 je nach Zeitpunkt) erfolgen, wobei aber das ursprüngliche Anlagekapital unter allen Umständen zu erseten mar 1.

Die Linien Quaibrücke-Burgwies und Bellevue-Römerhof-Kreuzplatz vereinigten sich noch vor der im März 1894 erfolgten Betriebseröffnung zu der Aktiengesellschaft "Elektrische Straßenbahn Zürich" und die Linie nach Fluntern, zu der noch das Teilstück Platte-Polytechnikum-Rigiskraße hinzugesügt wurde, wurde von der "Zentralen Zürichbergsbahn" (Aktiengesellschaft) übernommen und im Februar 1895 eröffnet.

So war also für die wichtigsten Verkehrsbedürfnisse durch Privatunternehmungen gesorgt, noch bevor die Stadtverwaltung über die von ihr zu
befolgende Straßenbahnpolitik zu einer grundsätlichen Stellungnahme hatte
gelangen können. Um den weiteren Ausbau des Netzes nach einheit,
lichem Plane zu sichern, wurden die Studien immerhin so beschleunigt, daß
der Stadtrat dem großen Stadtrate am 23. August 1894 ein "Straßenbahnprogramm" vorlegen konnte, das solgende Zielpunkte enthielt:
Beseitigung des gebrochenen Betriebes, Ausdehnung des Netzes auf die von
den Privatgesellschaften gemiedenen weniger verkehrsreichen Quartiere durch
Bau und Betrieb städtischer Straßenbahnen, allmähliche Durchsührung des
Regiebetriebes durch Rückfauf der Privatbahnen. Die weitere Erteilung

¹ Siehe die Konzessionen vom 12. April, 13. Mai 1893 und 3. März 1894 in "Beschlüsse und Verordnungen". Bd. I, 279; II, 14, 296.

² Konzession siehe in "Beschlüffe und Berordnungen", Bb. II, 8.

von Konzessionen sollte nach ber Meinung bes Stadtrates in besonderen Fällen aber auch in Zukunft zulässig sein.

Um 8. September 1894 erflärte ber große Stadtrat mit erheblicher Mehrheit sein Einverständnis mit diesem Brogramm, und schon am 9. Oftober 1894 legte ber Stadtrat in Ausführung besfelben ben Entwurf eines Bertrages vor, durch welchen ber Rudfauf ber Burcher Strafenbahn-Aftiengefellschaft (Pferdebahn) bewertstelligt werden follte. Nach diesem Abkommen follte die Bahn am 1. Januar 1897 um den Raufpreis von 1 750 000 Fr. an die Stadt übergeben. Der Bilanzwert betrug allerdings nur rund 1 168 000 Fr., allein der Umstand, daß der konzessionsmäßige Rückfauf nur auf Grund bes Ertragswertes erfolgen konnte und ber Dividendenertrag, ber in den 1880er Jahren sich noch in ziemlich bescheidenen Grenzen gehalten hatte, seit einigen Jahren mächtig zugenommen hatte (er betrug 1891: 7 %, 1892: 8 %, 1893: 15 %, 1894: 16 %), nötigte die Behörden, wollten fie später nicht noch höhere Rudfaufswerte riefieren, zur Bewilligung bes erwähnten Preises, zumal ber Berfuch, durch Ermäßigung der Tarife den Ertragemert herabzudrücken auf ben entschiedenen Widerstand ber Gesellschaft ftieß und die Stadtverwaltung vor einem rechtlichen Austrag bes Streites absehen zu sollen glaubte.

Der Vertrag fam am 3. November 1894 im großen Stadtrate zur Behandlung. Gegen den Kaufpreis regte sich etwelcher Widerspruch; als aber der Referent vorgerechnet hatte, daß der konzessionsmäßige Rücksauf eine Summe von 2175 000 Fr. erfordern würde, schickte man sich in die Zwangslage und der Vertrag wurde mit 88 gegen 2 Stimmen genehmigt.

Dieser ersten Verstadtlichungsaktion folgte alsbald eine zweite. Am 1. April 1896 legte der Stadtrat einen Vertrag über den Rückfauf der "elektrischen Straßenbahn Zürich" vor, laut welchem die beiden Linien dieser Gesellschaft am 1. Juli 1896 um den Preis von 735 000 Fr. an die Gesmeinde übergehen sollten. Auch dieser Rückfauf war für die Aktionäre ein durchaus annehmbares Geschäft, da sie im Jahre 1894 nur $2^{1/2}$ % und im Jahre 1895 gar keine Dividende erhalten hatten, während infolge der Bestimmungen der Konzession über den Rückfauf die Stadt außer den Anslagesosten noch den Fehlbetrag die zu einer Verzinsung von 5 % des Aktiensfapitals seit Betriedsbeginn zu bezahlen hatte. Ohne wesentliche Debatte wurde auch diesem Rückfauf vom großen Stadtrat zugestimmt.

Parallel mit diesen Rücktaufsoperationen ging die Ausdehnung des städtischen Netzes durch eigene neue Bahnbauten. Um 9. Mai 1896 beschloß der große Stadtrat den Bau von drei neuen Linien (Hauptbahnhofs-Wiedlfon, Bellevue-Paradeplaß mit Abzweigung über den Alpenquai zum

Bahnhof Enge und Areuzplat-Hauptbahnhof), die im Dezember 1898 und Januar 1899 dem Betriebe übergeben wurden. Zur praktischen Durch-führung des Programmpunktes, auch den weniger frequentierten Stadtteilen Straßenbahnverbindungen zu verschaffen, schritt der große Stadtrat, als er am 21. Juni 1899, nicht ohne Opposition von Mitgliedern, die nur "rentable" Linien bauen wollten, den Bau zweier Linien in den Quartieren Enge und Wollishosen beschloß, deren Betried voraussichtlich ein jährliches Defizit von ungefähr 20000 Fr. verursachen mußte.

Alle diese Linien waren für den elektrischen Betrieb eingerichtet. Sollte einer der Hauptpunkte des Straßenbahnprogramms, die Bereinheitlichung des Betriebes, erreicht werden, so mußten die alten Pferdebahnlinien ebensfalls für den elektrischen Betrieb eingerichtet werden. Die Geleise mußten für eine Strecke von 9 Kilometern vollständig neu gelegt, neue Wagensschuppen und Werkstätten, neues Rollmaterial mußten beschafft werden und so dem hohen Rückfaufspreis nochmals ein Auswand von mehreren Millionen Fr. hinzugefügt werden. Es ist klar, daß diese hohen Anlageskoften von großer Bedeutung für die Finanzlage des Unternehmens werden mußten. Wir werden im zweiten Abschnitt hierüber noch einiges mitzuteilen haben.

Eine weitere Ausdehnung erfuhr das Net durch den im Jahre 1905 beschlossen Bau einer Linie aus dem Stadtzentrum zum Polytechnikum.

Dem "Straßenbahnprogramm" gemäß wurden auch nach den ersten Schritten in der Richtung der Kommunalisierung der lokalen Berkehrssanstalten noch Konzessionen an Privatunternehmungen erteilt, so am 9. Februar 1895 für eine Linie nach dem Industriequartier, am 24. Oktober 1895 für eine Linie durch das Quartier Unterstraß (interurbane Straßenbahn Zürichserlison-Seebach), am 4. Juli 1896 für das Teilstück der interurbanen Linie Zürichsöngg, am 7. September 1898 für die sog. Dolberbahn und am 3. November 1906 für die Linie nach dem Albisgütli. Der Inhalt dieser Konzessionen deckt sich in der Hauptsache mit den oben stizzierten Borschriften der früheren Stadtsonzessionen. Bei den interurbanen Linien und der Dolberbahn sehlt immerhin das Recht der Stadt zur Lieserung des Stromes; auch ist das Rücksaufsrecht meist noch etwas günstiger für die Stadt geregelt.

Die wichtigste unter diesen Linien, die sog. Industriequartier= straßenbahn, wurde übrigens bereits auf 1. Januar 1903 zurückgetauft. Das Unternehmen hatte in den Jahren 1898—1901 durchschnittlich ca. $4^{1/2}$ % Dividende bezahlt, ging aber infolge einer etwas voreiligen Tarif= herabsetzung einer ziemlich ungewissen Zukunft entgegen und die Aktionäre Schriften 130. Prittes Heft. — Gemeindebetrtebe III. 3.

waren baher froh, ihre Aktien gegen $3^{1/2}$ % Zins abwerfende Obligationen austauschen zu können.

Den Schluß ber Rückfaufsoperationen bilbete ber vom großen Stabtrate am 21. Oktober 1905 beschlossene Rückfauf ber Zentralen Zürich = bergbahn. Die Aktionäre hatten keine Verzinsung erhalten und das Material war auch in so erneuerungsbedürftigem Zustande, daß der Rückfauf gegen Einlösung der Aktien zu 50 % ihres Rennwertes und Übernahme der Passiven erfolgen konnte.

Im ganzen wies das städtische Straßenbahnnetz Ende 1907 eine Bestriebslänge von 28,6 km auf. Investiert war in dem Unternehmen ein Kapital von 9,6 Millionen Fr. und beschäftigt waren darin 41 Beamte und 543 Angestellte und Arbeiter (ohne das Ablösungspersonal).

- 7. Die Materialverwaltung bestand in Zürich schon vor bem Jahre 1893 als ein besonderer Betrieb. Ihre Aufgabe besteht im Ankauf und in der Verwertung von Baumaterialien, Werkgeschirr, Wagen u. dgl. Neben der Bedienung der verschiedenen städtischen Betriebe macht sie auch Lieferungen an private Bauunternehmer. Einen ziemlichen Umfang hat die Gewinnung von Ries für die Straßenverwaltung angenommen. Im ganzen beschäftigte die Materialverwaltung zu Ende des Jahres 1907: 128 Arbeiter.
- 8. Unter dem Titel "Abfuhrwesen" werden eine Reihe von Dienstzzweigen zusammengefaßt: es gehört hierher vor allem die Wegschaffung des Hauskehrichts und der tierischen und menschlichen Auswurfstoffe. Die menschlichen Exfremente werden, soweit sie flüssig sind, der Kanalisation zugeführt, während die sesten Stoffe nach dem Kübelsystem beseitigt werden. Zur Ersleichterung der Kehrichtabsuhr wurde im Jahre 1899 der Bau einer Kehrichtwerbrennungsanstalt beschlossen, deren Betriedseröffnung allerdings erst im Jahre 1904 stattsinden konnte. Neben Schlacken wird in diesem Untersnehmen auch elektrische Energie erzeugt und diese an Dritte als Kraftstrom abgegeben.

Zwecks Verwertung der Abfuhrstoffe als Düngemittel wird im Limmattal ferner ein landwirtschaftlicher Gutsbetrieb unterhalten (hauptsächlich Wiesenbau).

Ferner gehört zum Absuhrwesen die im Jahre 1898 eröffnete thermische Abdeckerei und die im Jahre 1896 eingeführte Regiefuhrhalterei (1907: 33 Pferde).

Im ganzen beschäftigte das Abfuhrwesen Ende 1907: 143 Arbeiter.

- 9. An Schlachthäufern besitzt die Stadt zur Zeit drei öffentliche und 35 private Anstalten. Der Schlachthauszwang besteht nur für den ersten Stadtkreis (die Altstadt). Die Borarbeiten für den Bau eines großen zentralen Schlachthoses begannen gleich nach der Stadterweiterung des Jahres 1893, und am 6. April 1898 legte der Stadtrat ein Projekt vor, dessen Ausführung 9,3 Millionen Fr. erfordert hätte. Das schien dem großen Stadtrate zu kostspielig und er wies die Borlage daher an den Stadtrat zurück. Im Jahre 1902 einigte man sich endlich auf die Summe von 3,6 Millionen Fr. 1905 mußten weitere 200 000 Fr. bewilligt werden und auch dieser erhöhte Kredit wird voraussichtlich bei weitem nicht ausereichen.
- 10. Die Straßenverwaltung mird von zwei gesonderten Dienstsabteilungen beforgt: der Straßenbau ist Sache des Tiefbauamtes, der Straßenunterhalt Sache des Straßeninspektorats.

Der Straßenbau geschah bis zum Jahre 1901 in der Hauptsache durch Unternehmer. Am 23. Oktober 1901 beschloß der Stadtrat im Interesse der Bestämpfung der Arbeitslosigkeit einen größeren Versuch mit Regiearbeiten auf dem Gebiete des Tiesbaues zu machen. Seither sind alljährlich eine Anzahl Arbeiten — abgesehen vom Straßenbau auch Friedhofanlagen und dergl. — im Regiebetriebe ausgeführt worden. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg zeitweise auf über 500.

Der Straßenunterhalt geschah, abgesehen von Fuhrleistungen, immer in Regie. Ende 1907 beschäftigte dieser Dienstzweig, zu dem auch der Untershalt der Kanäle und öffentlichen Gemässer gehört, 338 Arbeiter. Das Gartenbauamt, dem der Unterhalt der Promenaden und Friedhöfe obliegt, zählte Ende 1907: 111 Arbeiter.

11. Auf dem Gebiete des Publikationswesens war mit der Stadterweiterung vom Jahre 1893 die Verwaltung der öffentlichen Plakatstellen in Regie eingeführt worden. Im Jahre 1903 beschloß der große Stadtrat, die Verpachtung grundsählich zuzulassen. Maßgebend für diesen Entschluß war die Erwägung, daß sinanziell günstige Offerten von Untersnehmern (bis 30000 Fr. Pachtzins) vorlagen, während die Reineinnahmen aus dem Regiebetrieb bisher höchstens 6600 Fr. jährlich betragen hatten. Widerstand fand der auf grundsähliche Zulassung der Verpachtung gerichtete Untrag des Stadtrates nur bei einigen sozialdemokratischen Ratsmitgliedern, doch mußten auch sie verstummen, als ein Redner aus ihrem eigenen Lager der Verpachtung mit der Begründung zustimmte, der private Unternehmungs-

geist solle der Stadt einmal "etwas vormachen"; falle es gut aus, so könne man wieder zum Regiebetriebe übergehen. Der Stadtrat verpachtete dann auf 1. Januar 1908 das Plakatwesen wirklich für die Dauer von zehn Jahren an eine Gesellschaft, in der Hauptsache gegen Übernahme folgender Berpflichtungen: jährlicher Pachtzins von 25000 Fr. für die ersten fünf Jahre und von 27500 Fr. für die folgenden fünf Jahre, Genehmigung des Anschlagstarises durch den Stadtrat, Heimfall der Plakatstellen nach Bertragsablauf an die Gemeinde, Gleichstellung des Personals mit den städtischen Angestellten hinsichtlich Arbeitszeit und Minimallohn.

Mit der Frage, ob das städtische Amtsblatt durch eine eigene Druckerei herzustellen sei, beschäftigte man sich im Jahre 1893 angelegentlich. Ein Expertenbericht riet davon ab, da der Konkurrenzkampf mit den zwei bestehenden großen Unzeigeblättern "Tagblatt" und "Tagesanzeiger" für die Stadt zu einem Defizit von jährlich ungefähr 70 000 Fr. führen muffe. Der große Stadtrat zog es baber vor, mit bem "Tagblatt" am 7. Oftober 1893 einen Vertrag abzuschließen, ber im wesentlichen folgendes vorschrieb: unentgeltliche Aufnahme ber amtlichen Bekanntmachungen, Mitteilung ber Berichte über die Berhandlungen des Stadtrates und der Zentralschulpflege an das "Tagblatt" in der Weise, daß diese Berichte daselbst zuerst erscheinen können, Maximalabonnementspreis von 6 Fr. jährlich, Arbeiterschut= bestimmungen (Koalitionsrecht, Regelung der Sonntagsarbeit, Zehnstundentag), unentgeltliche Abgabe bes Blattes an die ftädtischen Behörden, jährliche Leistung an die Stadtkasse von 50 000 Fr. Durch einen Nachtragsvertrag vom 13. Dezember 1902 murde die lettere Leistung auf 64 000 Fr. erhöht und die neunstündige Arbeitszeit für das Bersonal vorgeschrieben. Um 19. Oftober 1907 endlich wurde der Vertrag einer Totalrevision unterzogen, beren Ergebnis darin bestand, daß die jährliche Zahlung des "Tagblattes" an die Stadtkaffe auf 80 000 Fr. erhöht murde, mogegen aller= bings bie unentgeltliche Aufnahme ber amtlichen Bekanntmachungen eine Einschränkung erfuhr.

- 12. Nur der Bollständigkeit halber sei erwähnt, daß die Stadt eine Unzahl Fluße und Seebadeanstalten betreibt und im weiteren seit dem Jahre 1900 ein Urbeitsnachweisbureau, seit dem Jahre 1906 auch einen Wohnungsnachweis besitzt.
- 13. Un konzeffionierten Gewerben sind, abgesehen von der auf der staatlichen Gesetzgebung beruhenden Reglementierung von Gewerben wie Gastwirtschaften, Plazierungsbureaus usw., zu nennen die Gewerbe der

Dienstmänner, der Droschkenführer, Schiffsvermieter und ber Händler auf den öffentlichen Märkten. Für die Dienstmänner und Droschkenführer setzt der Stadtrat die Zahl der Konzessionen sest. Die Konzessionsgebühren belausen sich auf 5 Fr. jährlich für Dienstmänner, 20 Fr. für einspännige und 30 Fr. für zweispännige Droschken, 150—400 Fr. für Schiffsvermieter. Bon den Händlern werden Standsgelber erhoben. Den Dienstmännern, Droschkensührern und Schiffsvermietern sind auch die Taxen vorgeschrieben. Gedeckte Markthallen sind die jetzt von der Stadt nicht errichtet worden, es sind aber solche in Aussicht gesnommen.

3weiter Abichnitt.

Preispolitif und finanzielle Bedeutung.

I. Allgemeines.

Die erste Frage, die sich bei der Untersuchung der städtischen Preispolitik erheben muß, betrifft das bei den einzelnen Unternehmungen herrschende wirtschaftliche Prinzip. In dieser Beziehung bestehen drei Möglichsteiten: der Finanzweck kann allein maßgebend sein oder doch vorherrschen, die Verwaltung kann mit der Absicht erfolgen, jedenfalls die Selbstkosten zu decken und das wirtschaftliche Moment kann so sehr im Hintergrund stehen, daß sich entweder ein bestimmtes Prinzip gar nicht sesssschen läßt oder auf die Gewinnung von Einnahmen und Deckung der Kosten sogar ausdrücklich verzichtet wird.

In Zürich erfolgt die Berwaltung der Liegenschaften, der Häuser (mit einer sogleich zu nennenden Ausnahme) und der Forsten nach rein privatwirtschaftlichen Grundsätzen d. h. in der ausgesprochenen Absicht, einen Gewinn zu erzielen.

Bei ber Wafferverforgung bestand ursprünglich eine solche Absicht nicht und der Gemeindebeschluß vom 4. September 1868 stellte sogar außdrücklich den Grundsatz auf, daß das Unternehmen sich selbst erhalten, der Stadtkasse also weder Einnahmen noch Zuschüsse verursachen solle. Bon

¹ Bgl. hierüber Berordnung, betr. das Dienstmännergewerbe vom 14. November 1908 (Beschlüsse und Berordnungen IX, 26); Droschkenordnung vom 11. Dezember 1897 (V, 279); Berordnung, betr. den Schiffsverkehr vom 5. April 1893 bis 17. Juli 1907 (I, 269, VIII, 152); Marktverordnung vom 3. Dezember 1908 (IX, 61).

biesem Prinzip wich man ab, als die Vereinigung mit den Ausgemeinden die Finanzlage zu einer etwas gespannten gestaltet hatte. Bei der Beratung des Budgets für das Jahr 1893 wurde der Posten Reinertrag der Wasserversorgung (109 400 Fr.) vom Reserenten ohne Widerspruch damit begründet, daß damit grundsätzlich bekundet werden solle, daß das Unternehmen einen Ertrag abwersen solle.

Mit Bezug auf das Gaswerk läßt sich, abgesehen von den Bewegsgründen der Kommunalisierung, aus dem Umstande, daß die Preisermäßigungen und sonstigen Erleichterungen jeweilen in erster Linie mit der Hebung des Absatzs begründet wurden und daß über die Festsetzung des Leuchtgasspreises vom großen Stadtrate in den Jahren 1899—1906 im ganzen sechsmal und zwar je nach der Finanzlage in verschiedenem Sinne Beschluß gefaßt worden ist, auf das Vorhandensein einer Gewinnabsicht schließen. Für die Gründung des Elektrizitätswerkes war, wie bereits gezeigt wurde, die Aussicht auf Gewinnung einer neuen Finanzquelle von mitsbestimmender Bedeutung.

Über die Grundsäte, welche bei der Festsetzung des Tarises der Straßenbahn maßgebend sein sollten, sprach sich die den Entwurf einer Tagordnung begleitende Weisung des Stadtrates vom 28. Oktober 1896 dahin aus, daß es sich vor allem darum handle, das Unternehmen sinanziell so zu konsolidieren, daß das Netz erweitert und den Bedürfnissen der Bolksfreise, deren Wohnstätte von ihrer Arbeitsstätte getrennt ist, entgegengekommen werden könne. Die Absicht der Berkehrsförderung stand also damals im Bordergrunde. Wir werden weiter unten sehen, daß dieser Gesichtspunkt später insofern nicht mehr allein maßgebend gewesen ist, als tatsächlich ein Unternehmergewinn erzielt wurde.

Als Unternehmungen, die auf dem Prinzip der Selbsterhaltung beruhen, sind zu nennen die Materialverwaltung⁸ (soweit sie an kommunale Dienstzweige und nicht an Private liefert), und die im Jahre 1907 beschlossenen neuen Wohnhäuser im Industriequartier⁴. Ferner gehört das Abfuhrwesen insofern hierher, als für die Absuhr des Hauskehrichtes ausdrücklich die Deckung der Selbstkosten vorgeschrieben ist (vergl. Berordnung betr. die Absuhr des Hauskehrichtes vom 2. Dezember

¹ Bgl. hierüber 3. B. die Weisungen vom 28. Juni 1899 und 18. Oktober 1905.

² Bgl. die Beschlüffe vom 28. Oktober 1899, 26. Januar 1901, 20. Dezember 1902, 26. November 1904, 17. Februar 1906 und 18. August 1906.

⁸ Bgl. Reglement, betr. die Organisation der städtischen Materialverwaltung vom 23. August 1894 (Beschlüffe und Berordnungen III, 196).

⁴ Gemeindebeschluß vom 21. April 1907.

1893 Art. 6) und als man bei der Errichtung der thermischen Abdeckerei und der Kehrichtverbrennungsanstalt von der Hoffnung ausging, zum mindesten keine Zuschüsse leisten zu mussen.

Mit Bezug auf die Badanstalten und Schlachthäuser läßt sich das Vorhandensein eines bestimmten Tarifgrundsatzes nicht feststellen. Für den neuen zentralen Schlachthof ist allerdings die Deckung der Selbstosten durch die Gebühren in Aussicht genommen.

Arbeitsamt und Wohnungsnachweis sind aus rein gemeinnützigen Gründen geschaffen worden und vermitteln ihre Dienste in der Hauptsache unentgeltlich.

II. Die Preispolitik der einzelnen Unternehmungen.

Einer näheren Erörterung bedürftig sind nur die Preisfestschungen berjenigen Betriebe, bei welchen nicht, wie bei der Vermietung von Häusern, der Abgabe von Materialien, von Holz und dergl. an Private, die Umstände des einzelnen Falles entscheiden, sondern allgemeine Regeln, Tarife, bestehen.

1. Bei der Festsetzung des Tarises für die Wasserließerung nahm man nach der Bereinigung mit den Ausgemeinden die Preise auf, zu welchen disher den Bororten das Wasser geliesert worden war. Für letztere brachte also das "Reglement für die Abgabe von Brauch= und Quellwasser in Privatgrundstücke" vom 17. Februar 1894 keine Beränderung, während die Altstadt mit einer Preiserhöhung von ungefähr 20% bedacht wurde. Aus dem Inhalt des eben genannten Reglementes ist in erster Linie hervorzuheben, daß das Wasserwerk nur mit Grundeigentümern Abonnementsverträge abschließt. Der "Wasserzins" ist also eine Abgabe, die zunächst nur die Hausbessister trifft. Grundlage für die Höhe dieses "Zinses" ist nach dem Taris vom Jahre 1894 ein sixer Betrag, der sog. Minimalzzins, der bei Häusern, Gärten und Hösen sich nach der Zahl der Käume bezw. der Flächen ausdehnung, bei Motoren nach der Zahl der Pferdefräfte, bei Auszügen außerdem auch nach der Förderhöhe bemißt².

¹ Bgl. Beifungen vom 8. April 1897 und 9. Juli 1902.

² Minimalzins für Häufer 3 Fr. jährlich pro Raum, 1¹/₂ Fr. für Räume unter 5 m² Flächeninhalt und Abtritte ohne Wafferspülung; für Gärten und Höfe 3 Fr. für je 100 m²; für Gewerbe mit starkem Wafferbedarf erhöht sich der Minimalzins um mindestens 5 Fr. pro Raum bzw. pro 100 m²; Motoren zahlen 25 Fr. für eine ¹/₄pferdige, 50 Fr. für eine ¹/₂pferdige, 100 Fr. für eine ganzpferdige Anlage, Aufzüge 25 Fr. pro Pferdekraft und 2 Fr. pro Meter Förderhöße.

Der Minimalzins ist unter allen Umständen zu bezahlen. Indessen wird der Wasserverbrauch eines jeden Abonnenten gemessen zu dem Zweck, benselben zur Bezahlung des Quantums zu veranlassen, welches den dem Minimalzins entsprechenden Verbrauch übersteigt. Diese Verbrauchstaxe beträgt 15, 12 oder 9 Rp. pro m³ je nach der Höhe des Konsums bezw. 60 Fr. jährlich pro Minutenliter bei Bezug von Wasser in sestbegrenztem Zusluß bezw. 50 oder 35 Kp. pro Bruttopserdekraft und Stunde je nach der Höhe des Verbrauches für Triebkraft. Die Kosten der Zuleitungsein=richtungen fallen innerhalb der Eigentumsgrenze gänzlich zu Lasten des Abonnenten, an die Kosten des Anschlusses an die Hauptleitung und der seitlichen Leitung bis zur Eigentumsgrenze hat er einen Beitrag zu leisten. Der Wasserwessen wird von der Stadt angeschafft und unterhalten.

Dies find die wesentlichen Bestimmungen des Tarifes vom Jahre 1894. Sie erwiesen sich, wie im folgenden Unterabschnitt noch näher bargetan werben wird, als in finanzieller Beziehung so gunftig, bag um bas Sahr 1905 mit der Möglichfeit einer auf Berabsekung des Wasserpreises gerichteten Bewegung gerechnet werden mußte. Um 14. Januar 1905 faßte ber große Stadtrat anläglich ber Behandlung bes Budgets für biefes Sahr folgende Beschlüsse: Erhöhung bes Beitrages an die Kosten ber allgemeinen Berwaltung von 15 000 Fr. auf 30 000 Fr., Erhöhung bes firen Beitrages an ben Stragenunterhalt von 50 000 Fr. auf 60 000 Fr. und Erhöhung ber Entschädigung pro Kilometer, unentgeltliche Abgabe bes Baffers für öffent= liche Zwede, Erhöhung bes Binsfußes für bas bem inveftierten Rapital entsprechende Guthaben des Gemeindegutes von 41/4 0/0 auf 41/2 0/0. Erhöhung des Beitrages an den städtischen Bensionsfonds von 5 % des Reingewinns auf 8%. Der Zweck biefer Belaftung bestand nach ber biplomatischen Außerung bes Kommissionsreferenten barin, "ben Reingewinn nicht höher erscheinen zu lassen, als er tatfächlich sei". Der Beschluß mar zwar nicht ohne Widerspruch ergangen, indessen genügte der Hinweis barauf, daß eine allfällige Ermäßigung des Wafferzinfes nur den hausbesitzern und nicht etwa dem konfumierenden Publikum zugute kame, um die Mehrheit zur Buftimmung zu bewegen.

Bei der Beratung des Budgets für das Jahr 1906 kam es in der Sitzung vom 27. Januar 1906 zu einem neuen, diesmal erfolgreichen Vorstoß der Anhänger einer Ermäßigung des Wasserzinses. Der Streit drehte sich zwar zunächst nur um die Frage, ob die günstige Finanzlage zu einer Herabsetzung des Leuchtgaspreises oder der Liegenschaftensteuer be- nützt werden solle, der Entscheid fiel aber schließlich dahin aus, daß beide Fragen verneint wurden und dem Stadtrate aufgegeben wurde, eine Vorlage

über eine allgemeine Reduktion der Tarife für Gas, Baffer und Glektrizität einzubringen.

Um 28. April bis 30. Mai 1906 entledigte sich der Stadtrat dieses Aufstrages mit Bezug auf den Wasserpreis in der Weise, daß er eine Herabssetzung des Minimalzinses für Haus, Hof und Gärten von 3 Fr. pro Raum bezw. 100 m² auf 2,50 Fr. beantragte.

Der Vorschlag stieß im großen Stadtrate, der eben noch selbst eine Herabsetzung verlangt hatte, auf entschiedenen Widerstand. Finanzielle Beschenken — der Stadtrat hatte einen Einnahmeausfall von 150 000 Fr. jährlich in Aussicht gestellt — und die Erwägung, daß die Hausbesitzer einer solchen Entlastung nicht bedürftig seien, führten am 3. November 1906 zur Ablehnung der beantragten Preisermäßigung. Unter dem gleichen Datum wurde das "Reglement" vom Jahre 1894 einer Revision untersogen, die indessen nur zu einigen Neuerungen von sekundärer Bedeutung führte 1.

2. Die Preispolitik des Gasmerkes bietet insofern das größte Interesse, als ihr wesentlichster Teil, der Kampf um den Gaspreis, schon bald nach der Vereinigung der Altstadt mit den Ausgemeinden seinen Anfang nahm und nach wechselvollen Ereignissen erst in jüngster Zeit zum Abschluß gekommen ist.

Das "Reglement für die Abgabe von Gas in Privatgrundstücke" vom 17. Februar 1894 setzte den Preis des Leuchtgases auf 25 Rp. pro m³, und den des technischen Gases auf 20 Rp. pro m³ fest. Größeren Konsumenten räumte es Rabatte von 4—8% oein und bestimmte ferner, daß in Räumen, in denen technisches Gas zur Verwendung kommt wie z. B. in Badezimmern, eine zugehörige Leuchtslamme zum Preise des technischen Gases gebrannt werden dürse. Mit Bezug auf die Kosten der Einrichtung war bestimmt, daß die Zuleitungskosten zu Lasten der Konsumenten fallen, denen das Werf immerhin einen Beitrag leisten könne, daß die Gasmesser zu kaufen oder zu mieten seien, sosern es sich nicht um Konsumenten mit einem jährlichen Verdrach von mindestens 200 m³ technischem Gas handle.

Die Bestrebungen zur Einführung eines billigeren Gaspreises begannen schon im Jahre 1896. Anfänglich war es hauptsächlich ber hinweis auf

¹ In Zukunft sollen die Hausbesitzer in besonderen Fällen auch zu Beiträgen an die Kosten der Erstellung des Haupt leitungsnetzes herangezogen werden können. Die besondere Berbrauchstaze für Motoren und Aufzüge wurde durch die allsgemeine Berbrauchstaze ersett. Der Preis des Minutenliters bei Basserbezug in festbegrenztem Zusluß wurde auf 50 Fr. herabgesett.

die Interessen des Kleingewerbes, mit welchem für die Berabsetzung des Preises für technisches Gas eingetreten murde, später, als bie Verwendung des Rochgases immer allgemeiner wurde, regten sich auch die Konsumenten bes letteren. Als die neue Gasfabrif dem Betriebe übergeben mar und ber Einwand, daß eine wefentliche Steigerung bes Konfums ihre Schranken an ber Leistungsfähigkeit ber vorhandenen Anlagen finden muffe, nicht mehr erhoben werden konnte, ließ sich die Bewegung nicht mehr aufhalten und es erfolgte am 28. Oftober 1899 ber Erlag eines neuen Reglementes. Die wichtigste Neuerung bestand barin, bag ber Preis bes technischen Gases vom 1. Juni 1900 an nur noch 171/2 Rp., ber bes Leuchtgases vom 1. Juni 1901 an nur noch 221/2 Rp. pro m 8 betragen follte. Eine weitere Vergunstigung wurde burch die Vorschrift geschaffen, daß die Bahl ber Leuchtgasflammen, die an einen Basmeffer für technisches Bas angeschlossen werden konnten, auf vier erhöht wurde, und daß die Berwendung folder Flammen gegen Bezahlung eines Zuschlages von 5 Fr. jährlich pro Flamme auch in anderen Räumen als nur in Rüchen, Badezimmern u. beral. follte ftattfinden können. Gine bedeutende Erleichterung mar schließlich bie im Intereffe ber Bebung bes Ronfums aufgestellte Beftimmung, bag bie Erftellung ber Buleitungen auf Roften ber Stadt erfolgen folle, fofern bas betreffende haus an einer Strafe liege, in der fich schon eine hauptleitung befindet und fofern der Sauseigentumer für fünf Sahre einen Mindeftverbrauch von 200 m³ jährlich für jede Wohnung oder eine entsprechende Bahlung garantiere. Endlich follten die Gasmeffer in Zukunft in allen Fällen unentgeltlich aufgestellt werben. Die Birtungen ber Tarifreform entsprachen durchaus den Erwartungen: Die Bahl ber Abonnenten für tech= nisches Gas stieg von 7567 im Jahre 1899 auf 10364 im Jahre 1900. Über die Frage bagegen, wie die Herabsetzung des Leuchtgaspreises wirken werde, konnten zunächst keine Erfahrungen gemacht werden, da die auf 1. Juni 1901 beschlossene Ermäßigung nicht in Kraft treten sollte. 1. Dezember 1900 beantragte ber Stadtrat nämlich, bis zum 1. Juni 1902 noch den alten Breis von 25 Rp. bestehen zu lassen, da statt des erwarteten Rudaanaes ber Rohlenpreife eine Steigerung um fast 10 % eingetreten sei und die Mindereinnahme unter diesen Umständen bei Aufrechterhaltung des Beschluffes vom 28. Oktober 1899 sich pro 1901 auf 64 000 Fr., pro 1902 auf 150 000 Fr. belaufen werde. Ohne wesentlichen Widerspruch schloß sich der große Stadtrat diesem Vorschlage an und verlängerte später die Dauer der Suspension noch bis 1. Juni 1904. Als dann aber die Kommission, welche das Budget für das Jahr 1904 vorbereitet hatte, entgegen bem Antrage bes Stadtrates bie Breisermäßigung auf unbeftimmte

Dauer vertagen wollte, regte sich in der Sitzung des großen Stadtrates vom 19. Dezember 1903 die Opposition ziemlich energisch. auf die große Differenz in den Preisen für technisches Gas und für Leucht= gas hin und wehrte fich namentlich gegen die Auffassung, daß die in Ausficht ftebende Erhöhung ber birekten Staatsfteuern von Ginfluß fein folle auf die Breispolitik der kommunalen Betriebe. Allein umsonst. Die Befürchtung, es könnte zu ber erhöhten Staatssteuer auch noch eine Erhöhung der Gemeindesteuer fommen, mar so mächtig, daß nicht nur der Kommissionsantrag durchging, sondern ber Stadtrat überdies eingeladen murbe, eine Borlage zu machen zur befinitiven Festsetzung bes Leuchtgaspreises auf 25 Rp. Das geschah und am 26. November 1904 wurde wirklich ber Breis wieder befinitiv auf 25 Rp. angesett. Noch entschiedener trat die Tendenz zu vorwiegend fiskalischen Berwaltungsmarimen zu Tage, als am 14. Januar 1905 der Beitrag des Werkes an die Kosten der allgemeinen Berwaltung von 25 000 Fr. auf 40 000 Fr., die Berginfung der Vorschüffe ber Stadtkasse von 41/4 0/0 auf 41/2 0/0 erhöht und überdies beschlossen murbe, daß die bisher bezahlte Lieferung bes Bafes an die Stadtvermaltung (inkl. öffentliche Beleuchtung) in Zukunft unentgeltlich erfolgen folle. Der lettere Beschluß bedeutete für das Gaswerk pro 1905 eine Belastung mit 365 000 Fr., pro 1906 eine solche mit 376 000 Fr. und pro 1907 eine solche mit 395 000 Fr.

Einige kleinere Erleichterungen wollte man den Konfumenten immer= hin zugestehen. So beschloß der Stadtrat am 27. April 1904 die Ginführung von Gasautomaten (750 Liter Leuchtags und 1060 Liter Kochgas für 20 Rp.) und schlug ferner mit Weisung vom 18. Oktober 1905 einige Verbesserungen bezüglich ber Rosten ber Zuleitung und bezüglich ber Zuschlagsflammen vor. Das auf Grund diefer Borschläge erlassene neue Reglement vom 17. Februar 1906 schließt die Erstellung der Zuleitungen auf Koften ber Stadt nur insoweit aus, als bie Länge berfelben, von ber Stragengrenze aus gemeffen, mehr als 15 Meter beträgt. Die Bahl ber Leuchtgasflammen, die an einen Roch- ober Beiggasmesser angeschlossen werden burfen, murbe auf im gangen feche erhöht und ber Buschlag pro Flamme auf 3 Fr. jährlich ermäßigt. Um 28. April 1906 erfolgte bann gemäß bem schon erwähnten Beschluß bes großen Stadtrates vom 27. Januar 1906 betreffend allgemeine Berabsetung des Preises für Gas. Waffer und Glettrigität ber Antrag bes Stadtrates auf Ermäßigung bes Leuchtgaspreises auf $22^{1/2}$ Rp. Mit der Annahme dieses Antrages durch den großen Stadtrat hatte ber jahrelange Rampf um ben Leuchtaaspreis am 18. August 1906 fein Ende erreicht.

Mit Bezug auf die Preispolitik gegenüber den Nach bar gemeinden ift nur soviel zu bemerken, daß die Lieferung gemäß den Verträgen durch= weg zum Preise von 18 Rp. pro m³ erfolgt und daß diese auf dem all= gemeinen Leuchtgaspreis von $22^{1/2}$ Rp. berechnete Taxe auch aufrechterhalten wurde, als jener infolge der geschilderten Vorgänge viel länger als man erwartet hatte, auf 25 Rp. belassen wurde 1.

3. Die Preispolitik bes Elektrizitätswerkes litt anfangs unter einer gemiffen übermäßigen Ungstlichkeit in Bezug auf das finanzielle Ergebnis bes Unternehmens. In bem Geschäftsbericht für bas Jahr 1893 wurde darauf hingewiesen, daß fich die Selbstkosten ber hektowattstunde (inkl. Amortisation und Verzinsung) auf 9,8 Rp., die mittleren Einnahmen (einschl. Grundtage) dagegen nur auf 9,6 Rp. beliefen und daß der erzielte Reingewinn baber lediglich bem Inftallationsgeschäft zu verdanken fei. man aber bald erfannte, daß eine Berbefferung best finanziellen Ergebniffes vor allem burch eine Steigerung ber Ausnützung ber Anlage erstrebt werben muffe, beschloß ber große Stadtrat ichon am 9. Dezember 1893 die Grundtare, die bisher für Glühlampen 10 Fr., für Bogenlampen 25 Fr. jährlich betragen hatte, auf 5 Fr. bezw. 15 Fr. herabzuseten. Bei ber befinitiven Regelung des Tarifes durch das "Reglement für die Abgabe von elektrischem Strom in Privatgrundstücke" vom 17. Februar 1894 murben diese Grundtagen beibehalten, die Konfumtage wie bisher auf 7 Ap. pro Hektowattftunde festgesett, Rabatte von 30/0 bis 150/0 für größere Konsumenten vor= gesehen und für die Lieferung von technischem Strom besondere Bereinbarungen vorbehalten. Die Elektrigitätegahler maren zu kaufen ober zu mieten, die Abzweigungen von ber Strafenleitung bis jum Sauptschalter auf Roften bes Abonnenten, dem das Werk hieran einen Beitrag leisten konnte, zu erftellen.

Einen weiteren Schritt auf bem Wege ber Politik, durch Ermäßigung bes Tarifes eine Steigerung bes Konsums und damit eine Herabsetzung ber allgemeinen Unkosten zu erzielen, bebeutete ber Stadtratsbeschluß vom 28. Juli bis 8. Dezember 1894 über die Bedingungen der Abgabe von Strom für technische Zwecke. Motoren (bis zu 10 HP) sollte während der Tagesstunden der Strom zum Preise von 4,5 Rp. pro Heltowattstunde zur Verfügung stehen.

Mit Hilfe dieser Maßnahmen gelang es in der Tat, die Selbstkosten pro hektowattstunde auf 7,8 Rp. im Jahre 1894 und 6,5 Rp. im Jahre 1895

¹ Durch Beschluß bes großen Stadtrates vom 2. März 1907 wurde ben Nachbargemeinden überdies ein Rabatt von 10—20 % gewährt.

heradzudrücken. Man entschloß sich baher, noch energischer auf diesem Wege weiterzuschreiten. Um 5. September 1896 wurde ein neues Reglement erlassen, dessen wichtigste Neuerung darin bestand, daß die Grundtaxe gänzlich abgeschafft wurde. Ferner wurde die Auswechslungstaxe für die Glühlampen (bisher 1,10 Fr.) aufgehoben und eine neue Rabattsfala mit einem Rabattmaximum von 20% aufgestellt. Zur Kompensation des durch diese Maßnahmen voraussichtlich entstehenden Aussalls in den Einnahmen wurde die Konsumtaxe süchtstrom von 7 Rp. auf 8 Rp. pro Hetwoattstunde erhöht.

Die Wirkungen der Tarifreform übertrafen die kühnsten Erwartungen: die Zahl der Abonnenten stieg von 1895 auf 1896 um 45 %, von 1896 auf 1897 um 33 % und von 1897 auf 1898 nochmals um 21 %. Es lag klar zutage, daß die beste Finanzpolitik hier in der Verbilligung der Tarife bestanden hatte; denn auch der Reingewinn schnellte, wie unten näher darzutun sein wird, rasch empor.

Mit Bezug auf den Kraftstrompreis wurde die Methode, durch möglichst billige Tarife einen Rundenkreis für die projektierte große Kraftversorgungsanlage anzuwerben, fortgesett. Um 1. Februar 1902 beschloß der große Stadtrat, namentlich auch im Interesse der Konkurrenzsähigkeit des Kleingewerbes, eine Herabsetung des Kraftstrompreises von 45 Rp. pro Kilowattstunde auf 30 Rp. und am 27. Juni 1903 wurde, nachdem inzwischen der Bertrag über die Miete von Kraftstrom mit der Aktiengesellschaft "Motor" persekt geworden war, ein neuer "Tarif für die Stromabgabe zu technischen Zwecken" erlassen, der den Breis pro Kilowattstunde auf 10 Rp. bis 25 Rp. je nach Höhe des Konsums sessten, daneben noch einen Rabatt nach Maßgabe der Gebrauchsdauer einführte und die Beschränkungen der täglichen Betriebszeit für die an das Kraftnet angeschlossenen Motoren ausschob.

Die günstigen finanziellen Ergebnisse bes Unternehmens (Reingewinn über Verzinsung und Abschreibungen hinaus inklusive Verwendungen für ben Pensionssonds 1903 rund 243 000 Fr., 1904 rund 273 000 Fr.) legten der Kommission, die das Budget für das Jahr 1905 vorzubereiten hatte, den Gedanken nahe, auch hier durch einige Belastungen der Betriebsrechnung allfälligen Wünschen nach weiteren Preisherabsehungen entgegenzutreten. Sie schlug daher vor, es sei der Beitrag an die Kosten der allgemeinen Verwaltung von 12 000 Fr. auf 25 000 Fr. zu erhöhen, ebenso die Beiträge an die Kosten des Straßenunterhaltes von 100 Fr. pro Kilometer der be-

 $^{^{\}rm 1}$ Konsumenten mit einem Verbrauch von mehr als 20000 Fr. sollte ein noch höherer Rabatt gemährt werden können.

stehenden Leitung auf 150 Fr., ebenso ber Zinsfuß für bas Unlage- und Betriebskapital von 41/40/0 auf 41/20/0; fodann follte nach dem Borfchlag ber Kommission ber elektrische Strom in Bukunft für öffentliche Zwecke un = entgeltlich abgegeben werden und 8% des Reingewinns dem Vensionsfonds zugeführt werden. Um 14. Januar 1905 fchloß fich ber große Stadt= rat biesen Unträgen an. Der Reingewinn sank hierauf wieder auf 233 000 Fr. im Jahre 1905. Indeffen nötigte der ichon oben ermähnte Beschluß des großen Stadtrates vom 27. Januar 1906 ben Stadtrat, nun auch ber Herabsetung bes Lichttarifes näherzutreten. Am 28. April bis 30. Mai 1906 erfolgte die Vorlage bes Entwurfes zu einem neuen Reglement. Die wefentlichfte Neuerung besfelben bestand in einer Berabsetung des Rilowattftundenpreises von 80 Rp. auf 70 Rp. im Winter und 60 Rp. im Sommer: bei höherem Konfum als 2000 Kilowattstunden ermäßigte fich ber Breis bis auf 50 Rp. Der Zweck ber Differenzierung bes Tarifes nach ber Sahreszeit bestand, wie die Weisung ausführte, barin, daß gemisse Ronfumenten wie 3. B. Gastwirte veranlagt werben follten, im Sommer elektrisches Licht, im Winter bagegen Gaslicht zu verwenden. Gine weitere Erleichterung bes Ronfums bedeutete ber Borschlag, ben Mietzins für bie Elektrizitätszähler benjenigen Abonnenten zu erlaffen, die mehr als 50 Fr. Konfumtage bezahlten. Nachdem der große Stadtrat diesen Anträgen am 18. August 1906 mit ber einzigen Unberung zugestimmt hatte, bag ber Mietzins für die Elektrizitätszähler für die kleinen Abonnenten von 6 Fr. auf 4 Fr. herabgesett murde, trat der neue Tarif am 1. Oftober 1906 in Rraft. Seine Wirkungen waren wiederum recht gunstig, indem der Konsum von Beleuchtungestrom burch Private im Jahre 1907 um 20% zunahm und die Mehreinnahme hieraus den Ausfall, den die Breisermäßigung herbeigeführt hatte, vollständig becte.

Zum Schlusse der Darstellung der Preispolitif des Elektrizitätswerkes sei auf den Vertrag hingewiesen, der am 16. dis 21. Oktober 1907 zwischen der Stadt und dem Kanton Zürich abgeschlossen worden ist. Der Vertrag bezweckt in der Hauptsache, dem Kanton, der neuerdings ebenfalls ein Elektrizitätswerk geschaffen hat, mietweise elektrische Energie aus dem projektierten Albulawerk zuzusühren. Er enthält aber außerdem einige Bestimmungen, die beweisen, daß auch öffentlichtrechtliche Körperschaften bei der Verwaltung ihrer Erwerbsunternehmungen von den modernen Tendenzen der wirtschaftelichen Entwicklung beeinslußt werden. Der Artikel 3 der Übereinkunft grenzt nämlich die Interessensphaften der beiden Kontrahenten in der Weiseab, daß der Stadt die Lieferung der elektrischen Energie in ihr eigenes Gebiet, in einem gewissen Umkreis um dieses sowie an städtische Anstalten

außerhalb berselben und an interurbane Straßenbahnlinien zufällt, während ber Kanton außerhalb dieser Grenzen von der Konkurrenz der Stadt befreit ist. Diese Verteilung des Absatzeites soll noch während 20 Jahren nach Ablauf des Vertrages, der auf fünf Jahre sest mit nachheriger jederzeitiger Kündigung auf 18 Monate abgeschlossen ist, in Geltung bleiben.

4. Der Preispolitif der städtischen Straßenbahn sind, im Gegensatz werenigen der anderen industriellen Betriebe, von Staats wegen Schranken gesetzt: die Bundeskonzession vom 26. März 1897, auf welcher das Unternehmen basiert, bestimmt in Artikel 14, daß die Transporttaxe für den ersten Kilometer höchstens 10 Rp. und für jeden weiteren Kilometer höchstens 5 Rp. betragen dürse und daß Abonnementsbillete zu ermäßigten Breisen abzugeden seien. Sine Ermäßigung der Fahrgelder hat gemäß Artikel 17 stattzusinden, wenn das Unternehmen drei Jahre nacheinander einen 6% übersteigenden Reingewinn abgeworfen hat.

Der Entwurf zu einem Stragenbahntarif murbe bem großen Stadtrate am 28. Oktober 1896 vom Stadtrate vorgelegt. In der begleitenden Weisung wurde barauf hingewiesen, daß die Stadt infolge best teueren Rückfaufs beim Betrieb der Pferdebahnlinien ein doppelt fo hohes Unlagefavital werbe verzinfen muffen als die Gefellschaft, daß ber Umbau für ben elektrischen Betrieb bas Konto ber zu amortisierenden Berwendungen um bedeutende Summen vermehren werbe, und daß die elektrische Stragenbahn Burich mit ihren bisherigen Tagen feine volle Berginfung bes Rapitals habe erzielen können. Der Entwurf brachte baber mit Bezug auf die Einzel= billetts gegenüber dem Tarif der Pferdebahn (10 Rp. für die erste Tarstrecke, 5 Rp. für jede weitere, Maximum 25 Rp.) keine Ermäßigung; ba= aegen erhielten die Fahrgafte auf den Linien der elektrischen Strafenbahn für fürzere Streden allerdings eine Ermäßigung von 15 Rp. auf 10 Rp. Mit Bezug auf die Abonnementskarten brachte ber Entwurf gegen= über ben Breisen ber Pferdebahn sogar eine Erhöhung, indem er die Tage pro Fahrt (ohne Rücksicht auf deren Länge) auf $12^{1/2}$ Rp. fixierte, während sie bisher nur 10 Rp. betragen hatte; die neue Tare blieb immerhin noch unter berjenigen ber elektrischen Stragenbahn, welche - je nach ber Bahl der Fahrten — $12^{1/2}$ bis ca. 14 Rp. pro Fahrt betragen hatte. Allerdings ftand jener Preiserhöhung die Wertsteigerung gegenüber, die das Abonnement durch die Ausdehnung seines räumlichen Geltungsbereiches und durch die Bestimmung erfuhr, daß es in Zukunft von mehreren Bersonen gleichzeitig sollte benützt werden können. Gine wichtige Neuerung bes Ent= wurfes bestand in ber Ginführung ber Stredenabonnements, b. h. in

Abonnements, mit denen man zwischen zwei bestimmten Punkten des Netzes auf kürzestem Wege die Fahrt um den Preis von 10 Rp. sollte zurücklegen können. Neu waren auch die im Entwurf vorgesehenen Abonnements auf Zeit, die auf die Person Lauten, an keine räumlichen Schranken gesbunden und 36 Fr. (3 Monate) bzw. 70 Fr. (6 Monate) bezw. 130 Fr. (12 Monate) kosten sollten.

Die "Transportordnung" vom 28. April 1897, die auf Grund bes stadträtlichen Entwurses aus den Beratungen des großen Stadtrates hervorging, wies gegenüber jenem einige Änderungen auf, die vom Standpunkt des Publikums aus teils Verbesserungen, teils Verschlechterungen waren. Sine Verbesserung war die Herabsetzung des Maximums der Taxe für eine Sinzelsahrt von 25 Rp. auf 20 Rp. und die Ermäßigung des Preises der Streckenabonnements von 5 Fr. für 50 Fahrten auf 4 Fr. Sine Verschlechterung dagegen bedeutete die Vorschrift, daß die Streckensabonnements nur für Frühssahrten (vor 7 Uhr morgens im Sommer, vor 8 Uhr im Winter) sollten verwendet werden dürsen. Die Abonnements auf Zeit wurden gestrichen.

Die neue Taxordnung trat am 1. Februar 1898 in Kraft und bewirkte alsbald eine erhebliche Verschiebung in den Transportverhältnissen: die Jahl der Abonnementsfahrten, die im Jahre 1897 noch 15,72 % fämtlicher Fahrten betragen hatte, stieg auf 27,28 % und die Einnahmen aus dem Verkauf der Abonnementskarten stiegen von 12,96 % der Gesamteinnahmen auf 26,03 %. Die Beliebtheit der Abonnements wurde sogar so groß, daß durch einen am 6. Mai 1899 beschlossenen Nachtrag zur Transportsordnung besondere Maßnahmen zur Verhütung von Mißbräuchen eingeführt werden mußten. Gleichzeitig erfolgte nun auch die Einführung der Abonnes ments auf Zeit (Preise: 135 Fr. für die Jahress, 70 Fr. für die Halbigahress und 40 Fr. für die Vierteljahrskarte).

Die in Anbetracht ber oben erwähnten Lasten infolge Rückfauf, Umbau und Bau neuer Linien von geringerer Frequenz nicht ungünstige Finanzelage des Unternehmens veranlaßte den Stadtrat am 21. Mai bis 11. Juni 1902 Borschläge zu einer Resorm des Tarises zu machen. Die Hauptpunkte der Resorm sollten sein: Übergang vom Streckentarissystem zum Zonentarissystem unter Erhöhung des Wertes der Zoneneinheit gegenüber der Streckeneinheit, Übertragung der Tarisansähe für Einzelsahrten und allgemeine Abonnements von der Streckeneinheit auf die Zoneneinheit, Erstreckung des zeitlichen Geltungsbereiches der Abonnements für Frühfahrten im Winter die morgens $8^{1/2}$ Uhr und Ermäßigung des Preises dieser Abonnements von 4 Kr. auf 3 Kr.

Der Mehrheit bes großen Stadtrates gingen diese Vorschläge nicht weit genug. Man marf ber Borlage vor, fie trage fapitaliftischen Charafter, laffe fich zu fehr von finanziellen Rücksichten und zu wenig von Rücksichten auf die Verkehrsbedürfniffe speziell des kleinen Mannes leiten. Die Abonnementspreise seien immer noch ju boch, Die Stredenabonnements feien mit Gultigkeit auch für Fahrten über Mittag zu versehen, es feien Monatskarten mit unbeschränktem zeitlichen und örtlichen Geltungsbereich à 10 Fr. einzuführen usw. Das Ergebnis ber Beratungen bestand schließlich barin, bag ber Preis der Streckenabonnements zwar gemäß bem Entwurfe bes Stadt= rates auf 3 Fr. für 50 Fahrten festgesett, daß dagegen die Gultigkeit biefer Karten auch für ben Sommer noch um eine halbe Stunde (bis 71/2 Uhr morgens) erstreckt murde und daß der Preis der Abonnements für Kahrten innerhalb einer einzigen Zone von 2,50 Fr. auf 2,25 Fr. für 25 Fahrten und der der Abonnements auf Zeit auf 60 Fr. pro Halb= jahr und 30 Fr. pro Vierteljahr herabgesett murde. (Tarordnung für bie städtische Strafenbahn vom 25. September 1902.) Die Wirkung ber neuen Tarordnung zeigte fich in einer weiteren ftarken Bunahme ber Bebeutung der Abonnementsfahrten: von 32,51 % der Gesamteinnahmen im Sahre 1902 stiegen die Einnahmen hieraus auf 34,16 % im Jahre 1903 und weiter bis auf 38,56 % im Jahre 1906.

Die mehrfach erwähnten Anträge ber Budgetkommission für das Jahr 1905 betreffend Erhöhung der Leistungen der öffentlichen Betriebe an die Stadtkasse hatten in der Sitzung des großen Stadtrates vom 14. Januar 1905 mit Bezug auf das Straßenbahnwesen nur einen beschränkten Erfolg: der Erhöhung der Berzinsung des Anlagekapitals von $4\,^{0}/_{0}$ auf $4\,^{1}/_{2}\,^{0}/_{0}$ wurde zugestimmt, die Steigerung der Beiträge an die allgemeine Berzwaltung und an die Kosten des Straßenunterhaltes dagegen abgelehnt mit der Begründung, daß die Straßenbahn in erster Linie den Verkehrsinteressen dienen und erst in zweiter Linie eine Finanzquelle bilben solle.

5. Bon ben Dienstabteilungen bes Abfuhrmesens bedürfen bie thermische Abdeckerei, die Kehrichtverbrennungsanstalt und der landwirtschaftsliche Gutsbetrieb, die alle die Preise ihrer Produkte nach der Marktlage zu bemessen haben, keiner näheren Betrachtung. Dagegen ist mit Bezug auf den eigentlichen Absuhrdienst folgendes zu bemerken:

Die Tage für die Abfuhr des Hauskehrichtes wird nach der Verordnung vom 2. Dezember 1893 alljährlich durch das Budget festgesetzt und zwar in der Höhe der Selbstkosten. Sie ist vom Hauseigentümer nach Maßgabe Schriften 130. Trittes Heft. — Gemeindebetriebe III. 3.

ber Zahl ber Räume zu entrichten, bem indessen ein Rückgriffsrecht auf ben Mieter zusteht.

Hinsichtlich ber Abfuhr ber Extremente besteht, wie aus ber Begründung verschiebener Taxfestfetzungen hervorgeht, gleichfalls bas Bestreben, die Selbste koften zu beden 1.

6. Die Gebühren für die Benützung der Schlachthäuser sind seit dem Jahre 1893 im wefentlichen unverändert geblieben 2.

Von den Badanstalten stehen drei ständig, vier weitere zu gewissen Zeiten unentgeltlich zur Benutzung offen. Im übrigen werden Gebühren erhoben (vergl. Berordnung betr. die Badanstalten der Stadt Zürich vom 28. Februar 1906).

Der Wohnungsnachweis ift unentgeltlich, ber Nachweis von Arbeit insoweit, als es sich nicht um auswärtige Arbeitgeber handelt.

III. Finanzielle Bedeutung.

Der Ertrag der siskalischen Liegenschaften der politischen Gemeinde (einschl. Waldungen) belief sich nach einer amtlichen Berechnung³ seit dem Jahre 1893 auf folgende Nettobeträge:

Jahr	Ertrag	Jahr	Ertrag	Jahr	Ertrag
	Fr.		Fr.		Fr.
1893	ca. 120 000	1898	136 230	1903	$257\ 256$
1894	" 125 000	1899	176 633	1904	263706
1895	, 125 000	1900	238528	1905	333 797
1896	130 674	1901	290 102	1906	$326\ 239$
1897	135 851	1902	$243\ 485$	1907	351489

In Prozenten berechnet belief sich der Ertrag der Gebäude nach der erwähnten amtlichen Publikation im Jahre 1907 auf 3,57 %, derjenige der Liegenschaften überhaupt auf 1,25 %. Die Niedrigkeit der letzteren Ziffer hat nichts Auffälliges; es liegt in der Natur der Sache, daß die Resultate der städtischen Bodenpolitik sich nicht sofort in Zinserträgnissen zeigen, sondern erst nach Ablauf eines gewissen Zeitraums überblickt werden

¹ Siehe hierüber auch "Berordnung betr. die Abfallstoffe" vom 13. Juli 1895 (Beschlüffe und Berordnungen IV, 295).

² Siehe hierüber "Berordnung betr. die Benutzung und Berwaltung des Schlachthauses an der Sihl" vom 24. Mai 1893 (II, 36) und "Berordnung betr. die Benutzung und Berwaltung des Schlachthauses in der Walche" vom 7. November 1893 (II, 144) und Stadtratsbeschluß vom 24. Oktober 1895 (IV, 219).

⁸ Wgl. "Die Finanzen der Stadt Zürich. Entwicklung in den Jahren 1903 bis 1907." Bon R. Billeter, Borstand des Finanzwesens.

können. Den Zinsverlusten, welche stattgefunden haben, stehen die bei Landverkäufen erzielten Gewinne (seit 1893 im ganzen über 1½ Millionen Fr.) gegenüber, wozu noch der im Laufe der Jahre eingetretene Wertzuwachs der nicht verkauften Liegenschaften im Nettobetrage von 3,3 Millionen Fr. kommt.

Die Walbungen ber politischen Gemeinde, beren Ertrag in den oben angeführten Ziffern inbegriffen ist, haben erst in den letzten Jahren einen Reingewinn abgeworfen (erstmals 1904: 4500 Fr.; 1907: ca. 11000 Fr.). Berhältnismäßig geringfügig sind auch die Erträgnisse der Waldungen des Bürgergutes (10—15000 Fr.) zu nennen. Dagegen bildet die Bewirtsschaftung der Waldungen der Stiftung des stadtzürcherischen Rutzungsgutes eine wichtige Einnahmequelle für diesen Annex des Gemeindehaushaltes; sie liesert aljährlich ungefähr 100000 Fr. ab.

Die Wafferversorgung hat vor dem Jahre 1893 keine Einnahmequelle für den Finanzhaushalt gebildet. Die Überschüffe über die Verzinsung des Anlagekapitals wurden jeweilen zu Abschreibungen verwendet. Für letzteren Zweck wurden auch nach dem Jahre 1893 noch bebeutende Summen (eine Zeitlang 6% der Bausumme, seit 1902 immer 3% o) aufgewendet. Über diese Beträge und eine 4—4½ prozentige Verzinsung hinaus sind seit der Stadterweiterung folgende Gewinne erzielt worden:

Jahr	Reingewinn	Jahr	Reingewinn	Jahr	Reingewinn
	Fr.		Fr.		Fr.
1893	246892	1898	195 402	1903	$592\ 174$
1894	318 914	1899	221 054	1904	$615\ 407$
1895	348 409	1900	$257 \ 415$	1905	$480\ 094$
1896	44 8 406	1901	$482\ 572$	1906	$579\ 177$
1897	231746	1902	516 868	1907	603958

In diesen Ziffern sind auch die Beiträge enthalten, welche aus dem Reingewinn jeweilen an den allgemeinen Pensionssonds abgeführt werden (früher 5%, seit 1905: 8% des Reingewinns); die in den städtischen Rechnungen enthaltenen Reinerträgnisse sind, da sie jene Beiträge nicht enthalten, um 5 dzw. 8% seingewinns sie jene Beiträge nicht enthalten, um 5 dzw. 8% seingemen Stadtrates vom 14. Januar 1905 ein großer Teil der städtischen Gebäude keinen Wasserzins mehr bezahlt und auch für die übrigen öffentlichen Zwecke mit Ausnahme der Wasserkraftlieferung an das Elektrizitätswerk das Wasser unentgeltlich abgegeben wird. Der Rückgang, der in den Einnahmen infolge dieses Beschlusses von 1904 auf 1905 eingetreten ist, beläuft sich auf ca. 60000 Fr. Über die Herstunft des Reingewinns läßt sich an Hand der Geschäftsberichte des Stadts

rates feststellen, daß auf das Installationsgeschäft ein Betrag von 20010 Fr. (1900) bis 55904 Fr. (1896) entfällt, also $7^{\rm 0/o}$ bis $12^{\rm 0/o}$ des Gesamt-betrages; in den letzten Jahren betrug der Anteil übrigens noch weniger, nur ca. $4^{\rm 0/o}$.

Das Gaswerk hat über die 4—41/2 prozentige Verzinsung des An= lagekapitals und die Abschreibungen hinaus seit dem Jahre 1893 folgen= den Unternehmergewinn abgeworfen:

Jahr	Reingewinn	Jahr	Reingewinn	Jahr	Reingewinn
	Fr.		Fr.		Fr.
1893	238 409	1898	$605\ 792$	1903	$767\ 459$
1894	262 680	1899	857 694	1904	$1\ 094\ 450$
1895	352 69 8	1900	$704\ 512$	1905	869 095
1896	483871	1901	$483\ 253$	1906	1 027 847
1897	460567	1902	591 110	1907	1 081 245

Die tatsächlich an die Stadtkasse abgeführten Summen sind etwas kleiner gewesen, indem in den vorstehenden Beträgen auch die Einlagen in den städtischen Pensionssonds, die seit einigen Jahren ziemlich erhebliche Beträge (70—80 000 Fr.) ausmachen, natürlich enthalten sind. Rechnet man schließlich, was durchaus geboten ist, zu den obigen Beträgen auch noch die Summen, die seit dem Jahre 1905 durch unentgeltliche Abgabe des Gases für die öffentliche Beleuchtung und die städtischen Gebäude der Stadtsfasse indirekt zugewendet werden, so erhält man pro 1905, 1906 und 1907 einen effektiven Reingewinn von 1234 761 Fr. dzw. 1403 922 Fr. dzw. 1477 183 Fr.

Die Frage, inwieweit der Reingewinn aus dem eigentlichen Gasverkauf und inwieweit er aus dem Berkauf der Nebenprodukte (Koks, Teer, Bech, Ammoniak) herrührt, kann an Hand der Rechnungen nicht beantwortet werden. Es wird daselbst zwar der Bruttoerlös aus jenen Produkten aufsgeführt und diesem die unmittelbaren Berwertungsspesen (Fuhrlöhne u. dergl.) gegenübergestellt, allein die eigentlichen Gewinnungskosten sind unausscheids dar in den Kosten der Fabrikation des Hauptproduktes enthalten.

Sbensowenig ist es möglich, zu berechnen, welchen Sinfluß das In = stallationsgeschäft auf das Gesamtresultat ausübt. Es läßt sich näm= lich nicht feststellen, inwieweit den Ausgaben dieser Dienstabteilung für Materialanschaffung, Gehalte, Löhne usw. bezahlte Aufträge und inwieweit ihnen unentgeltliche Arbeiten (Erstellung von Zu= und Steigleitungen ge= mäß den oben erwähnten Bedingungen) gegenüberstehen.

Die Erträgnisse bes Elektrizitätswerkes beliefen sich auf folgende Summen:

Jahr	Reingewinn	Jahr	Reingewinn	Jahr	Reingewinn
	Fr.		Fr.		Fr.
1893	6234	1898	31 743	1903	243 814
1894	10 053	1899	75 3 4 9	1904	273 644
1895	$50\ 382$	1900	129 16 8	1905	$233\ 940$
1896	113 010	1901	$160\ 523$	1906	$284\ 463$
1897	58 890	1902	187 667	1907	317998

Auch diese Beträge verstehen sich nach Abzug der Verzinsung und der Abschreibungen, jedoch einschließlich der Beiträge an den allgemeinen Pensionssfonds. Die letzteren sind von 297 Fr. im Jahre 1893 auf 23 500 Fr. im Jahre 1907 angestiegen. Die Abschreibungen sind bei diesem Untersnehmen sehr stark gewesen, seit dem Jahre 1902 immer 5 % der Baussumme, vorher einige Jahre sogar 6, 8 und 10 %. Seit dem Jahre 1905 erfolgt die Lieserung des Stromes an die städtische Verwaltung (mit Aussnahme der Straßenbahn, der nach wie vor ungesähr die Selbstsosten versrechnet werden) unentgeltlich. Der Aussall an Einnahmen, der hierdurch entsteht, wird im Geschäftsbericht pro 1907 für dieses Jahr auf 95 722 Fr. bezissert, so daß der tatsächliche Reinertrag sich im letztgenannten Jahr auf mehr als 400 000 Fr. belief.

Der Anteil bes Installationsgeschäftes am Reingewinn ist, wie in ben Geschäftsberichten über die ersten Betriebsjahre zu lesen ist, sehr bedeutend gewesen. Mehrsach wird betont, daß nur die Rendite dieses Geschäftszweiges es ermögliche, bei so hohen Abschreibungen noch einen Reingewinn zu erzielen. Ziffermäßige Angaben über die Höhe jener Rendite werden ins bessen nicht gemacht.

Die Straßenbahn ist bis jest von den industriellen Unternehmungen diejenige geblieben, welche am wenigsten als Finanzquelle angesehen werden kann. Bor allem bilden für die Gewinn= und Verlustrechnung dieses Betriebes die Abschreibungen, welche am Konto "der zu amortisierenden Berwendungen" vorgenommen werden müssen, eine schwere Last. Nach dem Umbau der Pferdebahn für den elektrischen Betrieb, d. h. am Schlusse des Jahres 1900 hatte dieses "Aktivum" mit 1274925 Fr. seinen Höchstetrag erreicht. Durch allmählich gesteigerte Abschreibungen, die in den letzen drei Jahren jeweilen über 1/4 Million Fr. betrugen, ist er allerdings auf Ende 1907 auf den Betrag von 395317 Fr. herabgedrückt worden und wird binnen ganz kurzer Zeit wohl verschwunden sein. Die Verzinsung des Anlagekapitals, die in den drei ersten Betriebsjahren (1896—1898) noch unzureichend gewesen war, hat sich von 1899 an stets auf der Höhe von 4^{9} /0, von 1905 an auf der von 4^{1} /2 % gehalten. Die Einlagen in den Erneuerungssonds sind in den letzten Jahren ebenfalls start gesteigert worden;

ob in ausreichendem Maße, kann natürlich nur der Techniker beurteilen. Über alle diese Summen hinaus hat der Betrieb von 1896—1903 nichts abgeworfen. Seither sind eigentliche Reingewinne in folgender Höhe ausgewiesen worden

```
im Jahre 1904: 255066 Fr.

" " 1905: 100000 "

" " 1906: 150000 "

" " 1907: 100000 "
```

Diese Summen find indessen nicht zur Bestreitung ber allgemeinen Gemeindeausgaben verwendet, sondern bem allgemeinen Bensionsfonds überwiesen worden.

Mit Bezug auf das Abfuhrwesen findet erst seit dem Jahre 1897 die Rechnungestellung in der Weise statt, daß die finanziellen Ergebniffe ge= nau festgestellt werben konnen. Das Unternehmen hat seit biefem Zeitpunkt einige Male die Zinsen des in ihm angelegten Kapitals zum Teil aufzubringen vermocht; in der Regel aber haben von der allgemeinen Gemeinde= gutsrechnung nicht nur die Zinsverluste getragen, sondern darüber hinaus zur Dedung ber Betriebsausgaben noch weitere Buschüffe geleiftet werben muffen. Der Gesamtzuschuß betrug z. B. im Jahre 1905: 38 790 Fr., 1906: 17535 Fr., 1907: 39843 Fr. Gine Berteilung Diefer Summen auf die einzelnen Zweige des Betriebes ift auch hier infolge des Ineinandergreifens ber verschiebenen Funftionen nicht möglich. Einzig mit Bezug auf Die Rehrichtverbrennungsanstalt, für welche getrennt Rechnung geführt wird, läßt sich bas finanzielle Ergebnis überblicken: Die Unstalt hat feit ihrer Eröffnung im Sahre 1904 die Berginfung des Rapitals nicht aufgebracht und darüber hinaus noch Zuschüffe erfordert. Der Gefamtbetrag ber Buschüffe, die in den oben genannten Defiziten nicht enthalten find, belief fich im Jahre 1904 auf 49 240 Fr., im Jahre 1905 auf 114 733 Fr., im Jahre 1906 auf 79511 Fr., und im Jahre 1907 auf 71927 Fr. Hoffnung, das Unternehmen werde sich felbst erhalten, hat sich also nicht erfüllt und man fah fich baher auch veranlaßt, durch außerordentliche Beiträge aus dem allgemeinen Gemeindehaushalt das ursprünglich 730 165 Fr. betragende Anlagekapital auf 287 236 Fr. (Ende 1907) abzuschreiben.

Die Materialverwaltung mirb, da sie ihre gewinnbringenden Einnahmen hauptsächlich aus dem Berkehr mit Bauunternehmern bezieht, hinsichtlich ihres sinanziellen Ergebnisses stark von der jeweiligen Lage des Baugewerdes beeinflußt und weist daher ziemlich schwankende Erträgnisse auf. Doch ist seit dem Jahre 1896 über Berzinsung und Abschreibungen hinaus stets ein Reingewinn (im Betrage von 6800 bis 49 700 Fr.) erzielt worden.

Die Schlachthäufer werfen, obgleich sie nicht in der Absicht der Gewinnung einer Einnahme betrieben werden, tatfächlich doch eine solche ab. Rechnet man nämlich zu den in der Rechnung angeführten Ausgaben noch einen Posten für Verzinsung, ferner die Kosten der allgemeinen Verwaltung und des Wasserverbrauches, so bleibt für die letzten Jahre immer noch ein Reingewinn von vielleicht $10-15\,000$ Fr.

Hinsichtlich ber Babanstalten läßt sich aus ben Rechnungen nichts Bestimmtes ableiten. Ginnahmen und Ausgaben bürften sich hier ungefähr die Wage halten.

Arbeitsamt und Wohnungsnachweis find reine Zuschußbetriebe. Auf die finanziellen Erträgnisse der Verpachtung des Plakatwesens und des Vertragsverhältnisses mit dem "Tagblatt" wurde schon oben (Seite 19, 20) hingewiesen.

Die konzessionierten Brivatbetriebe verschaffen der Stadtkasse etwelche Einnahmen: die Droschken im Jahre 1907 ungefähr 4000 Fr. (netto), die Dienstmänner ca. 600 Fr., das Marktwesen ca. 23 000 Fr.

über die wirtschaftlichen Erfolge der Regiearbeiten im Tiefbau läßt sich zur Zeit noch kein abschließendes Urteil fällen.

Über das Verhältnis, in welchem die Reinerträgnisse der wichtigsten Einnahmebetriebe zu den gesamten ordentlichen Einnahmen des Gemeindes haushaltes standen, gibt die nebenstehende Tabelle Aufschluß:

Bedeutung der wichtigften Betriebe für den Gemeindehaushalt.

	1893		1898		1903		190	7	
	Reingewinn								
Betriebe	(absolut)1	tn Prozenten ber Gefamt= einnahmen	(absolut) 1	in Prozenten ber Gesamt= einnahmen	(absolut) 1	in Prozenten ber Gefamt= einnahmen	(abfolut) 1	in Prozenten der Gefamt= einnahmen	
	Fr.	fn Pr ber (einn	Fr.	in Br ber (einr	Fr.	in Br der (einn	Fr.	in Pr ter (einr	
(Jaswerf	226 489 233 092 5 937 —	2,9 3,0 0,07 —	575 501 185 702 30 235 — 49 749	4,7 1,5 0,2 —	730 959 564 174 232 203 — 24 831	5,4 4,2 1,7	1 001 245 559 458 294 497 — 11 731	6,1 3,4 1,7 —	
tung	465 518	5,97	841 187	0,4 6,8	1 552 167	0,1 11,4	1 866 931		

¹ Es find hier überall nur die an die Stadtkaffe abgelieferten Summen (nicht auch die Beiträge an den Penfionsfonds und die Leiftungen an den Ge=meindehaushalt in natura) angegeben.

Dritter Abschnitt.

Zusammenfassende Beurteilung.

Es sind hauptsächlich zwei Punkte, beren Erörterung noch erübrigt: bie grundsätliche Stellung ber maßgebenden Gemeindeorgane zu ber Frage nach dem Umfang der Gemeindewirtschaft und der Vergleich der Leistungen der Regiebetriebe mit den Leistungen privater Unternehmer.

1. Als Organ, dem Einfluß auf die Ausdehnung der Gemeindebetriebe zukommt, fällt in Zürich neben dem kleinen und dem großen Stadtrate noch ein drittes in Betracht: die Gesamtheit der stimmberechtigten Schweizerbürger, die "Gemeinde". Die Stellung des kleinen Stadtrates zu der Frage der Gemeindebetriebe bietet insofern wenig Stoff zur Ersörterung, als sie in der Regel nicht sowohl von wirtschaftspolitischen Glaubenssähen oder bestimmten Interessen, als vielmehr von einer Abswägung des Für und Wider im einzelnen Fall beeinflußt wird und als die Ausnahmen von jener Regel, sosern solche überhaupt vorsommen, sich der allgemeineren Kenntnis infolge des Ausschlusses der Öffentlichkeit von den Beratungen entziehen.

Klarer zutage liegen dagegen die Anschauungen und Interessen, von welchen sich ber große Stadtrat und die Gemeinde leiten lassen. Wortlaut bes kommunalen Teiles ber Parteiprogramme ist zwar kein Gewicht zu legen, da diefe Dokumente natürlich in Zürich wie anderwärts nur lauter schöne und in ihrer allgemeinen Fassung meist unanfechtbare Prinzipien ent= halten. Mehr Interesse bietet bas Berhalten ber Barteien im einzelnen fonkreten Fall. Da läßt sich nun in erster Linie feststellen, daß die Gründung und die Erweiterung der großen kommunalen Unternehmungen wie der Wafferversorgung, des Gaswerkes, des Elektrizitätswerkes und der Strakenbahn so zu sagen ohne Kampf vor sich gegangen ift. Bei ber Gründung des Wasserwerkes und des Elektrizitätswerkes lag das öffentliche Bedürfnis fo flar zutage, daß eine Distuffion hierüber schlechthin ausgeschloffen mar, und da überdies die Stadt fich in einem Zeitpunkt an diese Unternehmungen heranwagte, zu welchem ber private Unternehmungsgeist noch kaum recht auf die Sache aufmerkfam geworben mar, so war auch nach biefer Seite hin die Bahn frei. Beim Gaswerk forgte die vortreffliche Konzession, bzw. soweit Enge in Frage kommt, die gemeinnützige Grundlage des Unternehmens für eine glatte Abwicklung ber Kommunalisierung. Die gleiche Einigkeit der Barteien finden wir vor anläglich der Berftadtlichung der Strafenbahn in ben Jahren 1894-96; allerdings durfte auf bie Be-

geisterung mancher Mitglieber bes großen Stadtrates und manches Aftivbürgers die Rücksicht auf die für die Aktionäre überaus günstigen Bebingungen, unter benen ber Ankauf ber Pferdebahn und ber "Glektrischen Strafenbahn" erfolgte, fördernd eingewirkt haben. Ru einer größeren Meinungeverschiedenheit über bie bem Stragenbahnunternehmen zu gebenbe Ausbehnung kam es überhaupt nur einmal, im Jahre 1905, anläglich bes projektierten Baues einer Linie aus bem Stadtzentrum zum Polytechnikum. Obgleich der große Stadtrat den Bau dieser Linie gegen eine verschwindend fleine Minderheit seiner Mitglieder beschlossen hatte, verwarf die Gemeinde zuerft ben Antrag und mar erft burch einen nochmaligen Beschluß bes großen Stadtrates zu bewegen, in einer zweiten Abstimmung ben Bau gu genehmigen. Geht man den Ursachen bieses sonderbaren Berhaltens ber Gemeinde nach, so bleibt, da die betriebstechnische Notwendigkeit und die Rendite der Linie außer Frage standen und auch die von einigen Fuhrleuten erhobenen Einwendungen betreffend Überlaftung des Leonhardsplates nicht fehr ftichhaltig maren, nur die Erklärung übrig, daß die Gemeinde bas Opfer ber geschickten Agitation, welche im Interesse einer konkurrierenden Seilbahn geführt murbe, geworben mar. Ein Beweis bafur, daß bie im Gemeinde-Referendum zweifellos enthaltene Garantie gegen Korruption in der Berwaltung bin und wieder mit anderen Nachteilen bezahlt werden muß!

Der Gruppe diefer in der Hauptsache "unbestrittenen" Gemeindebetriebe steht die Gruppe der Unternehmungen gegenüber, um deren Gründung bam. Erweiterung gefämpft worden ist und jum Teil noch gefämpft wird. Ru einem ersten Zusammenstoß in dieser Richtung tam es in ben Situngen bes großen Stadtrates vom 14. Oftober und 25. November 1893, als ber Antrag bes Stadtrates, es fei eine ftädtische Dienstmänneranftalt zu gründen, zur Diskussion stand. Nach langen Debatten, beren Länge und Gründlichkeit wohl in keinem richtigen Berhältnis zur Bebeutung ber Sache ftand, entschied man sich für Berwerfung bes stadträtlichen Antrages. dieses heute fast erheiternd wirkende Borspiel folgten bald gewichtigere Rämpfe. Bor allem ift es bie Bobenpolitit bes Stadtrates gemefen, bie, namentlich in ben letten Jahren, häufig zu hartnäckigem Wiberftand und einigemal auch zur Ablehnung von Landankäufen geführt hat. Kompliziert wird die Sachlage noch baburch, daß einige für das Gemeindegrundeigentum besonders eingenommene Mitglieder des großen Stadtrates fich barauf versteifen, unter keinen Umständen dem Berkauf von städtischem Land ihre Ruftimmung zu geben.

In engem Zusammenhange mit biefem Gebiete steht die Frage bes

ftädtischen Wohnungsbaues. Auch hier läßt fich eine gewiffe Disfrepanz zwischen der Stellungnahme bes großen Stadtrates einerseits und der Bemeinde anderseits beobachten. Auf die widerspruchslose Annahme des Antrages betr. Bewilligung von 21/2 Mill. Fr. für die Errichtung von Wohnhäusern im großen Stadtrate folgte eine fehr heftige Agitation gegen die Vorlage vor der Gemeindeabstimmung. Es fanden sich benn auch wirklich 7600 Stimmberechtigte, Die - in einer Zeit außerster Wohnungenot ein Nein in die Urne legten. Abgesehen von den grundsätlichen Reinsagern rekrutierte sich die Opposition hauptsächlich aus den Kreisen des sog. "Bürgerverbandes", einer hauptfächlich aus kleineren Gewerbetreibenden bestehenden Bereinigung, Die, wohl fehr mit Unrecht, Die Befürchtung hegte, bas private Baugewerbe konnte allmählich ausgeschaltet werden. Die großen Worte einiger Befürworter bes ftädtischen Wohnungsbaues konnten biesen Gebanken allerdings aufkommen laffen, allein bie praktischen Schwierigkeiten, mit benen bas Unternehmen feither ju fampfen hatte, burfte ben Übereifer auch auf biefer Seite abgefühlt haben.

Einen harten Kampf um ihre Existenzberechtigung haben auch die Regiearbeiten im Tiefbau zu führen. Ein zusammenfassender Bericht über die Resultate derselben wird demnächst im großen Stadtrate verhandelt werden.

Der Streit um das Installationsgeschäft des Gaswerkes wurde schon oben auf S. 10 erwähnt.

Eine noch unerledigte Kontroverse betrifft die Frage, ob sich die Stadt an der Einrichtung einer Milchverforgung durch den "Lebensmittel= verein" durch Gewährung eines zinsfreien Darlehens beteiligen solle.

Überblickt man die wirtschaftliche Natur dieser umstrittenen "Grenzegebiete", so fällt eines sogleich auf: es handelt sich um lauter Unternehmungen, die sonst in den Händen des kleinen und mittleren Geswerbestandes liegen. Der Abwesenheit großkapitalistischer Einslüsse in der zürcherischen Stadtverwaltung steht der um so heftigere, aus den berufsegenossenschaftlichen Streitigkeiten um die Arbeitsbedingungen hervorgegangene Kampf um die Vorherrschaft zwischen Kleingewerbe und Arbeiterschaft gegenüber.

2. Ein Bergleich ber Leiftungen ber Gemeindebetriebe mit den Leiftungen von Privatbetrieben läßt sich mit Rücksicht darauf, daß auf den meisten Gebieten der Gemeindewirtschaft vergleichbare Privatbetriebe weber jett bestehen noch früher bestanden haben, schwer durchführen. Beim Wohnungsbau und den Regiearbeiten im Tiesbau liegt die Möglichkeit, den städtischen Leistungen die Leistungen des privaten Baugewerbes gegenüber-

zustellen, vor, doch ift bei letzteren, wie schon bemerkt, die Frage ihrer Wirtschaftlichkeit noch nicht ganz abgeklärt und liegen über ersteren noch keine genügenden Ersahrungen vor. Beim Gaswerk und bei der Straßensbahn kann in gewissen Beziehungen auf die Verhältnisse der früher bestandenen Privatunternehmungen Bezug genommen werden. Die übrigen Betriebe aber stehen so konkurrenzlos da, daß es schlechterdings an jeder Vergleichsgrundlage sehlt. Trothem mögen andeutungsweise einige wichtigere Momente kurz berührt werden.

In erster Linie verdient die Frage nach der Dualität der Leistungen Beachtung. Mit Bezug hierauf darf gesagt werden, daß die Behörden es verstanden haben, dem gegenüber behördlichen Leistungen sehr entwickelten Hang des schweizerischen Aktivbürgers zur Kritik wenig Anlaß zur Betätigung zu geben. Das gilt insbesondere mit Bezug auf die industriellen Betriebe wie das Gaswerk, die Wasserversorgung, das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn. Durch Heranziehung tüchtiger Fachleute zu der Leitung dieser Betriebe und Außerachtlassung aller hierarchisch bureaukratischen Grundsäte betressend Höhe der Gehälter usw. hat man für sicheren und ersolgreichen Gang der Unternehmungen gesorgt. Sine Ausnahme schien einzig die Straßenbahn unmittelbar nach ihrer Kommunalisierung zu bilden, doch ist bei der Beurteilung der ersten Betriebsjahre zu beachten, daß der gemischte Betrieb, der Umbau der Pferdebahn usw. bedeutende Schwierigkeiten verzursachten.

Mit Bezug auf die Preise wird, wenn man alle finang= und fteuerpoli= tischen Rebenermägungen beiseite läßt und sich auf den reinen Konsumenten= standpunkt ftellt, bas Urteil etwas zurüchaltender lauten muffen. Es fann wohl feinem Zweifel unterliegen, daß gegenüber privaten Aftiengesellichaften, die, wie das Gaswerk, die Wafferversorgung und das Elektrizitätswerk, Überschüsse von $10-16^{0}/o$ (Verzinsung und effektiver Reingewinn des Jahres 1907 zusammengenommen) erzielen murben, die öffentliche Meinung ziemlich ungehalten würde und daß die Furcht vor der Entstehung von Konfurrenzanstalten ober vor der Kommunalisierung die Inhaber von Privatunternehmungen der hier in Rede ftehenden Art vermutlich zu Preisermäßi= aungen nötigen murbe. Gine etwas ftarfe Betonung bes finanziellen Momentes ift bei ber Bewirtschaftung ber genannten gurcherischen Unternehmungen unzweifelhaft vorhanden. Beleg hierfür ift die Geschichte des Leuchtgaspreifes, ber, wie im zweiten Abschnitt gezeigt wurde, eine Zeitlang geradezu bie Rolle eines finanzpolitischen Wetterzeigers versah. Beim Elektrizitätswerk führte die Sorge um ben Reinertrag anfangs fogar zur Aufstellung von Tarifgrundfäten (Grundtage!), die felbst vom rein finanziellen Standpunkt aus nicht einwandfrei waren. Bei der Straßenbahn brachte, wie gezeigt, die Verstadtlichung anfangs durchaus nicht die von den bedingungslosen Unshängern der Kommunalisierung erhoffte durchgreisende Tarifresorm. Die Schuld hieran lag allerdings nicht bei den städtischen Behörden, sondern an den ungünstigen Rücksaufsbestimmungen der Konzession für die Pferdebahn, deren Folge der übersetzt Rücksaufspreis war.

Der Leser wird nun vielleicht fragen, warum denn der Konsument, dem Reserendum und Initiative zur Verfügung stehen, nicht Einspruch ershebt gegen die starke Betonung des Finanzzweckes bei der Verwaltung jener Betriebe und warum es im großen Stadtrate, wo doch Vertreter aller Bevölkerungsklassen sizen, es, abgesehen von einigen Debatten über den Wasserzins und den Leuchtgaspreis, nie zu ernsteren Zerwürfnissen über die Tarifspolitik gekommen ist. Die Antwort lautet: weil jedermann weiß, daß die unvermeidliche Folge jeder bedeutenderen Herabsehung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität die Erhöhung der direkten Vermögenssund Sinskommensteuer ist und weil in der Zurückweisung dieser Eventualität eine dem Fernerstehenden schier unbegreisliche Sinstimmigkeit herrscht. Die fatale Wechselwirkung von hohem Steuersuß und Steuerhinterziehung hat eben in Zürich die direkten Steuern zu einer so unpopulären Last gemacht, daß nicht nur die besitzenden, sondern fast ebensosehr die nichtbesitzenden Klassen von einer weiteren Erhöhung nichts mehr wissen wollen 1.

Über die Leistungen der Stadt als Arbeitgeber find solgende Un= gaben zu machen:

Nach ber Gemeindeordnung vom 8. September 1907 und der darauf beruhenden Arbeitsordnung vom 25. April 1908 beträgt der Mindesttaglohn für gelernte Handwerker 5 Fr. 50 Rp., für Handlanger 5 Fr. Vollsbeschäftigte und leistungsfähige Arbeiter werden nach einjähriger Tätigkeit zu ständigen Arbeitern mit festem monatlichem Einkommen ernannt und ershalten alljährlich eine Lohnausbesserung von 5 Fr. im Monat dis zur Erreichung des Lohnmaximums (5,50 Fr. dis 8,20 Fr. täglich). Bei Kranksheit oder sonstiger Arbeitsunfähigkeit wird der volle Lohn dis auf die Dauer von 6 Monaten zugesichert. Ständige Arbeiter erhalten den vollen Lohn auch während der Dauer des regelmäßigen Militärdienstes, vorläusig angestellte Arbeiter die Hälfte ihres Taglohnes. Der jährliche Erholungss

¹ Im Jahre 1907 hatte der Bezüger eines Arbeitseinkommens von 1200 Fr. an Sinkommen= und Kopfsteuern für Staats= und Gemeindezwecke zu bezahlen: 27 Fr. 78 Rp., bei 2400 Fr. Sinkommen 82 Fr. 40 Rp., bei 4000 Fr. Arbeits= einkommen 168 Fr. 80 Rp. Es ist klar, daß bei solchen Sägen auch die un= bemittelten Klassen wenig Luft zur Erhöhung der direkten Steuern verspüren.

urlaub beträgt je nach dem Dienstalter 4—14 Tage. Die Arbeitszeit besträgt, abgesehen von einigen besonderen Festsetzungen, neun Stunden täglich.

Diese Arbeitsbedingungen entsprechen, was Lohn und Arbeitszeit betrifft, mit Bezug auf die gelernten Arbeiter ungefähr den Bedingungen, welche sich die erfolgreichsten Gewerkschaften errungen haben. Die ungelernten Arbeiter werden von der Stadt besser entlöhnt als von privaten Arbeitzgebern. Die Bestimmungen betreffend Erholungsurlaub, Lohnauszahlung bei Militärdienst usw. gehen über das im Privatgewerbe in der Regel übliche Maß der Fürsorge hinaus.

Das Verhältnis der Verwaltung zu den Arbeitern kann im allgemeinen ein gutes genannt werden. Zu größeren Differenzen kam es nur einmal und zwar sonderbarerweise in demjenigen Betriebe, der am meisten für seine Arbeiter tat, im Gaswerk. Die Schuld an dem Zerwürfnis lag allerdings in der Hauptsache an einer außerhalb des Betriebes stehenden Persönlichsteit, die die Leitung des Gasarbeitervereins innehatte.

Les Régies Communales en Belgique.

Par

Ernest Brees,

Docteur en sciences politiques, Chef de division à l'Administration communale de Bruxelles.

Considérations générales.

Il n'existe en Belgique, à l'exception des distributions d'eau, qu'un nombre très restreint de régies communales. Cette situation peut, à première vue, paraître étrange dans un pays aussi industriel et où les communes jouissent d'une large autonomie.

Si l'on y regarde de plus près, les causes de cet état de choses apparaissent assez nettement.

On peut, en effet, attribuer tout d'abord le peu de progrès des idées municipalistes, pour ne pas dire l'absence complète de mouvement de municipalisation, au voisinage de la France. Dans ce dernier pays, l'opinion publique n'est guère favorable aux régies communales, qui y sont d'ailleurs peu nombreuses et simplement tolérées par le pouvoir central. C'est ainsi qu'on a vu, récemment encore, par suite de l'hostilité du Sénat, échouer à Paris la régie directe du gaz, malgré les efforts du Conseil municipal, de la Chambre des Députés et du Gouvernement. En France, comme en Belgique, la règle, c'est la concession des services publics; l'exception, c'est l'exploitation en régie.

Ensuite, l'influence des doctrines manchestériennes est toujours très grande en Belgique. Beaucoup de gens sont encore convaincus que seule l'initiative privée est à même de mener à bien et de gérer économiquement des exploitations à caractère industriel. Les discussions qui se produisent, de temps en temps, dans les Conseils communaux reflètent exactement l'état d'esprit du public belge en cette matière. Le développement considérable du Municipalisme en Angleterre, en Allemagne, en Suisse, et dans d'autres pays encore, ne semble avoir aucune répercussion en Belgique. On continue, sans guère s'inquiéter des résultats remarquables obtenus à l'étranger, à opposer aux régies communales les objections archi-connues des antimunicipalistes. On fait valoir l'aléa financier et industriel auquel septiten 130. Trittes pett.— Gemeinbebetriebe III. 3.

s'exposent les communes qui entrent dans la voie de la Municipalisation; l'accroissement des dettes locales; le développement du fonctionnarisme et l'influence des salariés communaux; le coût élevé du prix de revient résultant d'une exploitation peu économique; l'incompétence des conseillers communaux, sans oublier le caractère socialiste des régies, dépeintes comme autant d'avant-postes d'une future société collectiviste.

A ces critiques, les partisans de la Régie ne manquent pas d'opposer les inconvénients multiples du système des concessions: la prédominance de l'intérêt personnel chez les concessionnaires; les bas salaires qu'ils paient à leur personnel; la cherté souvent excessive de leurs tarifs; les entraves qu'ils apportent au progrès industriel par leur inertie, et les ennuis de toute espèce qu'ils occasionnent aux communes par l'exercice abusif du monopole dont ils sont investis.

Bref, dans la plupart des communes, grandes et petites, les mêmes discussions purement théoriques surgissent à l'époque où les concessions existantes vont expirer, et ces digressions finissent généralement par le renouvellement des concessions à des conditions un peu moins aléatoires pour les communes et le public.

Enfin, et c'est peut être la raison principale du peu d'extension des régies communales, l'état actuel de la législation en Belgique ne semble pas créer un terrain suffisamment favorable. C'est un point de vue que nous croyons devoir particulièrement développer pour la raison qu'il permettra de se rendre un compte exact de l'ensemble de la situation.

La Belgique ne possède pas, comme l'Italie par exemple, une législation générale sur les entreprises commerciales et industrielles des communes, et les lois spéciales qui règlent ces objets sont encore incomplètes. La loi communale, qui fixe les attributions administratives des communes, ne contient aucune disposition permettant à celles ci d'exploiter des entreprises du genre de celles qui nous occupent. Toutefois, on reconnaît généralement le droit aux communes de fournir à leurs habitants de l'eau potable, du gaz et de l'électricité, ainsi que de prélever des profits sur ces industries; certaines communes importantes ont même la clientèle de localités voisines. Mais toute cette matière n'est par organisée par la législation, et la coutume supplée au silence ou à l'incertitude de la loi.

Quant aux associations de communes, dans un but d'utilité publi-

que, elles doivent faire l'objet d'une loi. Des lois de cette espèce existent. Nous citerons celle du 6 août 1897, relative à l'organisation d'établissements hospitaliers intercommunaux; celle du 1^{er} juillet 1899 sur l'association de communes entre elles et avec les provinces, en vue d'obtenir de la Société nationale des Chemins de fer vicinaux la cession de l'exploitation de lignes traversant leur territoire et dont le capital de fondation a été fourni avec leur concours. Enfin, une loi toute récente, du 18 août 1907, concerne les associations de communes et de particuliers pour l'établissement de services de distributions d'eau.

Cette dernière loi mérite une mention spéciale. Elle autorise, sous réserve de l'avis de la Députation permanente du Conseil provincial et de l'approbation du Roi, une commune à s'associer avec une ou plusieurs communes ou provinces, ou avec des particuliers, aux fins d'établir et d'exploiter des services de distributions d'eau. La société est constituée dans la forme des sociétés anonymes ou des sociétés coopératives et jouit, sans perdre son caractère civil, des avantages accordés par la loi aux sociétés commerciales. Le dividende annuel ne peut dépasser 4 % du montant des versements effectués; la loi limite les dividendes pour éviter que les services de distributions d'eau soient exploités dans un but de lucre par les communes et leurs associés. Le Gouvernement a un droit de contrôle sur les opérations de la société; il peut s'opposer à l'exécution de toute mesure qu'il jugerait contraire soit à la loi, soit aux statuts de la société, soit à l'intérêt général. L'Etat possède également un droit de rachat, qu'il exercerait si la société ne répondait pas au but d'utilité publique qui fait l'objet de la loi.

La loi du 18 août 1907 a consacré légalement l'existence d'assez nombreuses associations de communes qui s'étaient formées pour l'organisation de services de distributions d'eau, notamment la grande Compagnie intercommunale des Eaux de l'Agglomération bruxelloise dont nous aurons l'occasion d'exposer le fonctionnement. L'État et les Provinces ont octroyé, en ces dernières années, de nombreux subsides aux communes qui installent des distributions d'eau. Mais l'État et les Provinces n'interviennent que pour autant que les distributions d'eau soient exploitées sans esprit de lucre; les subsides atteignent, suivant les cas, le quart, le tiers et même la moitié du coût total des trayaux.

Avant 1875, il n'y avait en Belgique aucune législation spéciale

sur les tramways. Seule, une loi du 10 mai 1862 était relative aux concessions de péages. Cette loi, toujours en vigueur, stipule que le Gouvernement est autorisé à concéder, aux personnes et aux sociétés qui se chargent de travaux publics, des péages pour un terme qui n'excédera pas 90 ans. Sous le régime de cette loi, certaines villes, Bruxelles notamment, octroyèrent des concessions de tramways d'une durée de 90 ans. Ces tramways empruntaient à la fois la voirie communale et la grande voirie qui est la propriété de l'État. En ce qui concernait la grande voirie, il n'y avait qu'une simple tolérance de la part de l'État.

La loi du 9 juillet 1875, complétée par celle du 15 août 1897, stipule que les tramways sont concédés:

- A. Par les conseils communaux, lorsqu'ils ne s'étendent pas sur le territoire de plus d'une commune et qu'ils sont établis exclusivement sur la voirie communale ou principalement sur cette voirie et accessoirement sur les routes de l'État et de la Province;
- B. Par les députations permanentes des conseils provinciaux, lorsqu'ils s'étendent sur le territoire de plus d'une commune dans la même province et qu'ils sont établis exclusivement ou principalement sur la voirie communale;
- C. Par les conseils provinciaux lorsque, sans dépasser les limites de la province, ils sont établis exclusivement sur la voirie provinciale ou principalement sur cette voirie et accessoirement sur la voirie communale ou sur la grande voirie;
- D. Par le Gouvernement: 1° lorsqu'ils sont établis exclusivement ou principalement sur la grande voirie; 2° lorsque, quelle que soit la nature de la voirie, ils s'étendent sur le territoire de plus d'une province.

Les concessions accordées par les conseils communaux, les députations permanentes et les conseils provinciaux doivent recevoir l'approbation du Roi. Les communes, les députations permanentes et les conseils provinciaux intéressés sont entendus avant l'octroi des concessions. Les redevances à payer par le concessionnaire sont attribuées à l'autorité qui possède la voirie où le tramway est établi. Les concessions ne peuvent être accordées à des particuliers ou à des sociétés que par voie d'adjudication publique et ce pour une durée maximum de 50 années. Une loi du 3 janvier 1892 a donné le pouvoir au Gouvernement de régulariser les concessions de tramways octroyées par les communes antérieurement à la loi du 9 juillet 1875. Enfin,

des lois spéciales ont amené, en 1899 et en 1901, l'unification des concessions de tramways à Bruxelles et à Anvers. Aucune exploitation de tramways en régie n'existe en Belgique. La législation actuelle n'avantage guère les communes. En effet, la concession est seule possible dans la plupart des cas et, d'autre part, la haute main appartient au Gouvernement pour ce qui est de l'octroi des concessions.

On étudie, cependant, à Bruxelles actuellement la possibilité d'établir une ligne en régie directe. La ville de Liége, seule en Belgique, possède un réseau de tramways dont elle a affermé l'exploitation à une société, et dont elle retire des bénéfices considérables sous forme de redevances sur les recettes brutes. Les redevances de la ville d'Anvers sont également établies sur les recettes brutes des concessionnaires; celles de la ville de Bruxelles sont calculées sur les bénéfices nets distribués aux actionnaires.

Aucune législation ne réglemente en Belgique les entreprises d'éclairage par le gaz ou l'électricité. Une vieille loi des 16—24 août 1790 dit seulement que «l'illumination» rentre dans les attributions des corps municipaux. Nous avons dit, cependant, que l'on admet que les communes exploitent des régies d'éclairage; mais, faute de loi spéciale, les communes ne peuvent pas encore s'associer pour des entreprises de ce genre. Jusqu'ici, le Gouvernement a toujours toléré que les communes, soit pour les exploitations données en concession, soit pour celles en régie, fissent usage, pour la pose des canalisations d'éclairage, de la grande voirie. Le Gouvernement a toutefois l'intention de réglementer les entreprises électriques. Il a fait connaître les principes fondamentaux qui présideraient à la législation nouvelle et qui sont les suivants:

- 1° Les communes accorderaient des concessions de distributions d'énergie électrique pour l'éclairage à des particuliers ou à des sociétés. Les concessionnaires auraient seuls le droit de se servir de la voie publique en vue de pourvoir directement ou indirectement à l'éclairage électrique;
- 2° La distribution de l'énergie électrique pour la force motrice demeurerait libre et s'effectuerait sous un régime d'autorisations de voirie délivrées par l'autorité compétente. La concession de la distribution de l'énergie électrique pour force motrice ne pourrait, en conséquence, être accordée par les communes;
- 3° La transmission de l'énergie électrique demeurerait libre et s'effectuerait sous un régime d'autorisations de voirie:

4° Les bénéficiaires d'autorisations de voirie pourraient utiliser pour l'éclairage de leurs locaux l'énergie électrique qu'ils produiraient.

Le Gouvernement pense qu'un régime semblable favoriserait grandement l'industrie, que les distributions électriques pourraient se développer plus librement et que les communes, devenant plus accessibles à toutes les entreprises régionales, seraient les premières à en bénéficier.

Mais les grandes communes ont vu dans le projet du Gouvernement une menace sérieuse pour leurs régies. A l'initiative de M. Emile De Mot, Bourgmestre de Bruxelles, les bourgmestres des grandes villes et communes du pays, appuyés par leurs conseils communaux, ont formulé d'énergiques protestations à ce sujet.

Le manque complet de réglementation des régies communales a eu notamment pour conséquence de laisser aux communes toute liberté en ce qui concerne la tenue des comptes de ces entreprises. Dans la grande majorité des communes, les comptes des régies ont été tenus comme ceux des services purement administratifs, c'est-à-dire qu'on leur a appliqué les règles de la comptabilité budgétaire. Cette comptabilité est d'ailleurs strictement légale, puisque la loi ne fait aucune distinction entre les services administratifs et les services industriels et que toutes les recettes et dépenses quelconques doivent figurer dans les budgets et comptes communaux. Elle se borne pour les régies à trois totalisations. La première comprend les produits de toute nature encaissés par le service en régie; la seconde, les débours de tout genre. Ce sont les recettes et dépenses d'exploitation du service en régie qui sont portées, à l'ordinaire, dans les budgets et comptes des communes. La troisième donne le montant global des dépenses effectuées pour la mise en activité du service en régie et pour les extensions subséquentes. C'est le capital de premier établissement de l'entreprise en régie et il est imputé sur le budget extraordinaire, c'est-à-dire sur le budget de l'emprunt.

Il va de soi qu'une semblable comptabilité ne fournit guère, au point de vue industriel, des indications probantes sur la véritable situation des entreprises en régie. Les bénéfices renseignés dans les comptes ne sont que de simples excédents de recettes, obtenus sans amortissement financier ni industriel. Ainsi présentés, les comptes des régies ont donné beau jeu aux adversaires de la Municipalisation des services publics. Il leur a été facile de prétendre que les bénéfices

accusés par les communes étaient fictifs, et les partisans de la Municipalisation se sont trouvés, pour ainsi dire, désarmés vis-à-vis d'eux par suite du défaut de comptabilité industrielle.

Heureusement, les communes ont compris, depuis quelques années, la nécessité de ne plus donner d'armes semblables aux détracteurs de la régie directe. Aussi, les unes ont adopté la comptabilité industrielle pour les nouvelles régies; les autres, comme la ville de Bruxelles, s'occupent de réformer les écritures comptables des régies anciennes.

Parmi les villes qui exploitent des services en régie directe, il faut citer Bruxelles en toute première ligne. La capitale de la Belgique a donné un magnifique exemple, qui cependant n'a guère été suivi, aux autres villes et communes du pays. La ville de Bruxelles exploite en régie l'eau, le gaz, l'électricité, le service du nettoyage de la voirie, des halles, des marchés, des bains, un abattoir et le poids public. De plus, elle gère directement un domaine immobilier très important, composé d'un grand nombre de maisons de rapport. La valeur de ce domaine, que la ville a été obligée de reprendre à la suite de la déconfiture de sociétés de construction, est d'au moins 35 millions de francs et tend à augmenter chaque année. recettes ordinaires de la ville, sans compter les produits du domaine immobilier et les redevances des tramways, sont constituées à raison de 40 % par les services en régie et de 14 % seulement par les impôts. La régie est donc à la base de la politique financière de la ville.

L'Agglomération bruxelloise est formée par la ville de Bruxelles et 14 faubourgs: Anderlecht, Ixelles, Laeken, Watermael-Boitsfort, Molenbeek Saint-Jean, Koekelberg, Saint-Gilles, Saint-Josse-ten-Noode, Etterbeek, Schaerbeek, Uccle, Forest, Jette-Saint-Pierre et Woluwe-Saint-Lambert. La population totale de l'agglomération était, au 31 décembre 1907, de 714,977 habitants.

L'un des faubourgs, Saint-Gilles (61,748 hab.) est entré depuis quelques années dans la voie de la municipalisation des services publics et a donné à ses régies une organisation très industrielle.

Un assez grand nombre de villes et communes exploitent des distributions d'eau. Les régies d'éclairage sont peu nombreuses. Citons pour le gaz: Bruxelles-ville (198,449 hab.); Saint-Gilles (61,748 hab.); Gand (164,933 hab.); Louvain (42,146 hab.); Saint-

Nicolas (33,369 hab.); Lierre (25,146 hab.); Lokeren (22,500 hab.); Termonde (10,173 hab.) et Dinant (7,486 hab.). Ostende (42,419 hab.) possède une usine à gaz qu'elle a affermée à une société.

Pour l'électricité: Bruxelles, Saint-Gilles et Jumet (26,516 hab.).

Les monographies que nous consacrons ci-après aux principales entreprises en régie de Belgique montrent les conditions économiques et financières dans lesquelles elles sont établies et la manière dont elles fonctionnent.

La Régie du Gaz à Bruxelles.

Le gaz fut introduit à Bruxelles en 1819. L'exploitation, concédée pour une durée de 20 ans à une première société, passa en 1839 aux mains de la puissante Compagnie Continentale et Impériale. Après un procès onéreux contre les concessionnaires primitifs, la Ville conclut en 1844 une nouvelle convention avec la Compagnie Continentale et Impériale pour une durée de 30 ans. La Ville obtenait le prix de 2½ centimes par lanterne et par heure pour l'éclairage public; aucun tarif n'était stipulé pour les établissements communaux et les particuliers qui payaient à cette époque le gaz à 9 francs les 1,000 pieds cubes anglais, c'est à dire 31½ centimes le mètre cube. La Ville s'était réservé, à l'expiration de la concession, le droit de reprendre toutes les installations de la Compagnie, sans y être cependant obligée, avec préavis de 2 ans.

En 1855, la Compagnie proposa, moyennant une réduction annuelle de 30,000 francs sur la somme payée pour l'éclairage public, une prolongation de la concession jusqu'au 1er septembre 1900. La Ville, heureusement pour ses finances, ainsi qu'on le verra plus loin, repoussa cette proposition. En 1860, après l'abolition des octrois en Belgique, le prix du gaz fut abaissé à 25 centimes le mètre cube, réduction proportionnelle à la suppression des droits d'octroi sur les charbons. Cette diminution du prix du gaz fut avantageuse pour les particuliers, mais la Ville perdit, par suite de la suppression des droits d'octroi, une somme de 28,000 francs par an. Déjà, à cette époque, se manifestaient, au sein du Conseil communal, et dans l'opinion publique, de sérieuses tendances en faveur de la municipalisation du gaz et de son exploitation en régie directe. En 1873, le

Conseil communal dénonça le contrat conclu avec la Compagnie Continentale et, tout en ne se montrant pas hostile, en principe, à la régie, décida de mettre l'exploitation du gaz en adjudication publique pour une durée de 30 ans. Le cahier des charges stipulait que le concessionnaire devrait assurer gratuitement l'éclairage public, qui coûtait alors 200,000 francs par an à la Ville; les établissements communaux payeraient 10 centimes le mètre cube et les particuliers 15 centimes; l'adjudication publique déterminerait, en outre, la redevance annuelle à payer à la Ville; cette redevance devait représenter la contre-valeur du monopole concédé et du droit exclusif d'établir une canalisation sous la voie publique.

Malgré une très large publicité en Belgique et à l'étranger, aucune soumission régulière ne parvint à la Ville. Cet échec fut attribué à l'ignorance dans laquelle se trouvaient les compagnies gazières quant au montant exact de la consommation des particuliers.

Faute de trouver un concessionnaire aux conditions ci-dessus, la Ville se décida pour le système de l'exploitation en régie.

L'usine fut construite par M. Somzée avec une rapidité extraordinaire, en moins d'une année, et fut en état de produire immédiatement 8 millions de mètres cubes. L'état défectueux de la canalisation obligea la Ville à la renouveler presque entièrement, et elle supporta de ce chef une dépense de 1 1/2 million de francs, qui vint grever le coût de premier établissement de l'usine. Les débuts de l'exploitation furent dès plus heureux. Aussi, chose curieuse, dès 1880, plusieurs propositions de reprise parvinrent à la Ville. Ces propositions donnèrent lieu à de longues discussions au Conseil communal qui, en réalité, ne comptait dans son sein qu'un seul partisan en principe de la régie directe; toutefois, la majorité des membres du Conseil se rendait parfaitement compte de la valeur de la nouvelle exploitation et des ressources financières qu'elle était à même de produire dans l'avenir. Le Conseil estima qu'une des propositions pouvait peut-être contenir des conditions avantageuses pour la Ville. Cette proposition consistait à l'affermage de l'usine par une Entre autres avantages, la moitié des bénéfices nets aurait été attribuée à la Ville. La durée de la concession aurait été de 50 années, à l'expiration desquelles toutes les installations, avec les améliorations et les extensions, auraient fait retour à la Ville.

Les partisans de ce système d'exploitation firent surtout valoir qu'il permettrait à la Ville d'échapper à l'aléa inhérent à toute

entreprise industrielle. Ils firent également deux prédictions — qui ne se sont, du reste, pas réalisées — au sujet de l'exploitation du gaz, à savoir: 1° que les progrès de l'électricité porteraient un coup mortel au gaz; 2° que les bénéfices de l'exploitation proviendraient surtout, dans l'avenir, du gaz pour le chauffage, et que pour répandre ce mode d'emploi la Ville n'avait pas une capacité commerciale suffisante. Enfin, ils critiquèrent la méthode de comptabilité de la régie. Le Conseil, néanmoins, ne trouva pas la proposition suffisamment avantageuse pour les finances communales et, le 24 mai 1880, consacra définitivement l'établissement de la Régie du gaz à Bruxelles.

La question de la cession de l'usine à gaz fut incontestablement l'une des plus importantes que le Conseil communal de Bruxelles ait jamais eu à trancher. La majorité du Conseil sut heureusement rester sur le terrain des faits sans se laisser influencer par les arguments théoriques des adversaires de la Régie. Elle fut bien inspirée, car l'abandon de l'exploitation directe du gaz eut constitué un véritable désastre pour les finances communales. C'est ainsi qu'on a calculé, par la suite, qu'au 31 décembre 1890, la perte pour la Ville se serait déjà élevée à 10 millions de francs. On pourra juger par les résultats de l'exploitation, que nous publions plus loin, des sommes énormes que la Ville aurait perdues pendant une durée de 50 années.

Les discussions de 1880 furent extrêmement importantes; elles firent époque dans l'histoire de la Municipalisation en Belgique. En effet, comme l'a remarqué, M. Louis Richald, un de ceux qui y prirent part: «Ces discussions ont été le point de départ des réclamations adressées par les villes aux sociétés exploitantes; ces discussions, en exposant au grand jour les résultats d'une exploitation communale, en faisant publiquement connaître le prix coûtant du mètre cube de gaz, ont donné des armes aux justes revendications des communes, ont donné une base aux cahiers des charges d'adjudications, ont montré que non seulement les administrations communales peuvent et savent exploiter, mais aussi de quelles immenses ressources elles se privent en concédant ce monopole.» Les forts excédents de recettes produits par l'exploitation en régie permirent à la Ville de diminuer peu à peu le prix du gaz au grand avantage des consommateurs. Depuis le début, le gaz pour l'éclairage public est livré gratuitement par la Régie; il est facturé à 10 centimes le mètre cube pour les bâtiments communaux.

Le tableau ci-après montre, pour la consommation des particuliers, les différentes réductions consenties par la Ville.

						Eclairage	Force motrice	Cuisine et chauffage
						Centimes	Centimes	Centimes
septembre 1875						23	_	
1er octobre 1875						20		_
1 ^{er} juillet 1882					•		14	_
1 ^{er} janvier 1884.	•				•	_	10	_
$1^{ m er}$ janvier 1885 .	•							10
1er janvier 1886	•			•		17		
1 ^{er} janvier 1887						15	_	
1 ^{er} janvier 1892			•			14	_	
1 ^{er} mars 1895		•			•	13	10	10

En abaissant à 10 centimes, dès 1885, le prix du gaz pour la cuisine et le chauffage, la Ville avait surtout pour but de propager, spécialement pendant la saison d'été, l'emploi d'appareils de cuisine au gaz; cette excellente mesure amena une augmentation considérable de la consommation du gaz. A partir de 1886, les conduites montantes, qui amènent le gaz aux compteurs des étages, furent posées gratuitement; la Régie se chargea, en outre, de la fourniture des tuyaux d'intérieur au delà des compteurs moyennant une redevance de location qui fut fixée à 5% du coût de l'installation. Quant aux travaux relatifs aux conduites montantes et aux distributions intérieures, la Ville décida qu'ils devraient être exécutés par des entrepreneurs gaziers agréés par elle et rétribués d'après un barême spécialement établi.

Cette décision provoqua de vives protestations de la part des entrepreneurs gaziers qui se prétendirent lésés dans leurs intérêts. Ces réclamations se sont d'ailleurs reproduites par la suite. Tout récemment encore, la corporation des gaziers et des fabricants d'appareils de chauffage a fait entendre des plaintes très vives au sujet des installations de gaz et des appareils d'éclairage et de chauffage que la Ville loue aux particuliers. Au sujet des installations données en location, la Ville a fait remarquer que loin de faire concurrence aux entrepreneurs gaziers, elle leur avait procuré pour plus d'un million de francs de travaux pour le compte des particuliers.

Quant aux appareils d'éclairage et de chauffage, la Ville fit valoir qu'elle avait refusé jadis d'adopter le système de donner gratuitement les appareils en location comme cela s'est fait à Paris. Elle préféra, au contraire, le système de la location, à un taux relativement élevé, pour nuire le moins possible à l'industrie privée. La Ville possède actuellement pour un million de francs d'appareils placés en location, et il n'est pas admissible que l'on vienne exiger qu'elle s'en débarrasse. Il est également nécessaire que la Ville exerce une certaine surveillance sur les canalisations intérieures, attendu qu'on avait constaté, autrefois, que par suite des défectuosités des canalisations et leur insuffisance de diamètre, il était impossible d'obtenir un chauffage au gaz convenable.

Au sujet de ces critiques, on peut d'ailleurs dire, en général, que les villes, qui exploitent en régie, n'ont fait, pour ce qui est de la location des appareils à gaz, qu'imiter les compagnies concessionnaires. Du reste, comme l'a très bien fait remarquer M. Jeeves, Town Clerk de Leeds, dans sa déposition lors de l'Enquête anglaise de 1900 sur le Municipal Trading: «Le public préfère la location des appareils, chose que les gaziers et les quincailliers ne pourraient pas entreprendre. Or, si les usines à gaz ne louaient pas les appareils, les détaillants n'en vendraient pas, et ne pouvant les louer, qu'arriverait-il? Que les corporations et les compagnies vendraient beaucoup moins de gaz au grand détriment du public et même des gaziers et quincailliers.»

On ne saurait mieux dire. Au surplus, il importe de remarquer que si les villes qui exploitent le gaz en régie abandonnaient la location des appareils, des sociétés privées se constitueraient aussitôt pour l'exploitation de cette branche de l'industrie gazière, et ainsi il n'y aurait rien de changé pour les entrepreneurs gaziers.

En réalité, les villes qui agissent comme la Ville de Bruxelles font œuvre de bons industriels en ne négligeant rien qui soit de nature à développer l'emploi du gaz pour le chauffage et l'éclairage.

Résultats de l'exploitation.

Les statistiques que nous reproduisons donnent une idée des progrès incessants de la Régie du gaz de la Ville de Bruxelles. Le tableau ci-après renseigne les quantités de gaz émises depuis l'origine ainsi que le prix de vente moyen.

Années	Gaz vendu m³	Eclairage public et illumina- tions m ³	Usines et bureaux m ³	Pertes	Total du gaz émis m³	Prix de vente moyen en centimes
1875—76	14,445,000	4,316,000	48,000	8,689,000	27,498,000	19,98
1880	13,976,246	2,496,726	274,155	1,335,433	18,082,560	19,69
1885	14,644.043	2,768,130	410,286	906,071	18,728,530	19,38
1890	19,879,371	3,954,149	764,011	1,306,109	25,903,640	13,95
1895	25,343,249	4,351,734	1,216,332	1,071,975	31,983,290	12,73
1900	33,230,010	5,198,855	1,334,840	1,004,545	40,768,250	12,26
1905	39,986,157	2,882,083	1,732,155	888,845	45,489,240	12,12
1907	38,680,013	3,072,157	1,771,113	835,117	44,358,400	12,22

Les chiffres ci-dessous indiquent l'augmentation de la vente du gaz.

Années	Gaz vendu aux abonnés m³	Nombre d'habitants	Gaz vendu par habitant m ⁸
1886	14,660,966	173,123	85
1890	19,879,371	176,139	112
1895	25,343,249	179,909	141
1900	33,230,010	183,686	181
1905	39,986,157	190,905	209
1907	38,680,013	192,153	201

On remarquera l'énorme accroissement de la consommation des particuliers, si l'on tient compte surtout que le chiffre de la population de Bruxelles ne s'est élevé que dans des proportions très restreintes.

Les renseignements relatifs à la situation, depuis 1886, des compteurs, des installations et des appareils en location ne sont pas moins suggestifs:

Années	Compteurs en service	Colonnes montantes	Installations	Appareils de chauffage et de cuisine
1886 1890 1895 1900 1905 1907	11,129 13,838 17,989 29,566 38,384 42,079	34 638 1,751 4,083 5,912 6,354	30 766 3,101 10,029 14,522 15,537	1,348 8,054 21,328 26,115 27,626

Il résulte des indications que nous venons de mettre sous les yeux de nos lecteurs qu'en 31 années la consommation de gaz a presque triplé; elle atteignait, pour l'année 1907, le chiffre remarquable de 201 mètres cubes par habitant. Il importe d'observer immédiatement que ce magnifique résultat a été obtenu malgré la concurrence de l'électricité. Cette constatation démontre, à toute évidence, que les deux modes d'éclairage peuvent parfaitement subsister l'un à côté de l'autre, attendu qu'ils répondent à des besoins différents.

La Régie n'a d'ailleurs rien négligé pour vulgariser l'emploi du gaz pour le chauffage et la cuisine. Elle est parvenue à donner à tous ses services une réelle impulsion commerciale et a notamment tiré le meilleur parti possible de tous les sous-produits de ses usines.

Voici, enfin, un tableau qui renseigne les résultats financiers de l'entreprise, le capital de premier établissement, les dépenses, les recettes et les bénéfices d'exploitation:

Années	Capital de Ier établissement Fr.	Recettes Fr.	Dépenses Fr.	Bénéfices Fr.
1876	9,031,766.18	3,207,166.99	2,868,024.03	339,142.96
1880	12,254,453.47	3,792,193.85	2,204,819.68	1,587,374.17
1885	13,497,432.66	4,070,822.59	2,060,401.82	2,010,420.77
1890	14,455,098.96	4,702,220.55	3,306,461.65	1,395,758.90
1895	19,282,342.69	5,191,266.89	3,589,222.91	1,601,343.98
1900	26,689,290.90	7,813,868.18	5,996,538.15	1,817,330.03
1905	31,188,320.87	7,105,454.97	4,206,884.33	2,819,250.41
1907	32,059,212.82	7,336,903.65	5,150,770.94	2,349,587.56

Ces résultats financiers sont remarquables. Il faut ajouter aux bénéfices indiqués ci-dessus la valeur de l'éclairage public, soit au moins 400,000 francs par an, fourni gratuitement à la Ville par la Régie. Si l'on totalise, depuis l'origine, tous les bénéfices et qu'on y ajoute la valeur de l'éclairage public, on constate que la Ville a encaissé une somme de plus de 60 millions de francs. Cette somme énorme est largement suffisante pour rembourser le capital de 1er établissement et laisser encore de très gros bénéfices à la Ville. La Régie du gaz de la Ville de Bruxelles, dont la réputation est du reste européenne, montre avec éloquence ce qu'une administration peut faire et obtenir dans la voie de la Municipalisation des services publics. Cette magnifique entreprise peut servir d'exemple utile aux villes de Belgique et de l'Étranger.

La Régie de l'Électricité à Bruxelles.

La Régie de l'Électricité ne date que de 1892. Avant cette époque, il n'existait à Bruxelles qu'une petite exploitation communale desservant un certain nombre d'édifices publics, et quelques installations privées qui livraient l'électricité à des particuliers.

La Ville, en décidant l'organisation d'un service d'éclairage général, eut en principe l'intention de confier l'exploitation à une société concessionnaire. De longues discussions eurent lieu, à ce sujet, au Conseil communal. Les partisans de la régie directe firent valoir qu'il était impossible pour la Ville de créer, par une concession, une concurrence à la Régie du gaz dans laquelle d'importants capitaux étaient engagés; de plus, ils firent ressortir les excellents résultats obtenus à l'étranger, et notamment en Allemagne.

Finalement, le Conseil communal adopta le système d'exploitation en régie.

L'usine, construite par l'India Rubber Company, fut mise en exploitation le 3 novembre 1893. Le prix des 100 watts-heures fut fixé au début à 10 centimes; d'importantes réductions étaient accordées pour les grandes consommations. Pour 1,000 heures de consommation par lampe, il était accordé 5 % de réduction; au delà de 1,000 heures, le taux de la réduction était augmenté de 1 centime par heure supplémentaire; la réduction était, par exemple, de 20 % pour 2,500 heures. Le maximum de réduction était de 25 %. De plus, lorsque le montant de douze factures mensuelles, déduction faite de la réduction ci-dessus, dépassait 5,000 francs, il était déduit 20 % sur l'excédent. Pour la force motrice, le prix était de 6 centimes les 100 watts-heures. Un minimum annuel de consommation de 5 francs par lampe à incandescence et de 25 francs par lampe à arc était exigé. Les neuf premiers mois d'exploitation ne donnèrent qu'un bénéfice minime. Cette situation provenait du prix élevé de l'électricité et du développement de l'éclairage à l'incandescence. La Ville s'empressa d'abaisser le prix des 100 watts-heures à 8 centimes pour l'éclairage et à 5 centimes pour la force motrice; elle reconnut aussi la nécessité d'établir deux usines secondaires.

De nouvelles réductions du tarif eurent lieu successivement jusqu'au tarif actuel qui est ainsi fixé:

Éclairage pour particuliers: 45 centimes le K.W.H. de février à octobre et 55 centimes pour le reste de l'année.

Eclairage pour étalages: 40 centimes le K.W.H. de février à octobre et 50 centimes pour le reste de l'année.

L'électricité est fournie à 40 centimes le K.W.H. aux abonnés qui s'engagent, pour un terme de 6 ans, à consommer annuellement pour 6,000 francs minimum.

Force motrice, chauffage et divers: 20 centimes le K.W.H.

Résultats de l'exploitation.

La Régie fournit gratuitement l'électricité pour l'éclairage public; pour les bâtiments communaux l'électricité est facturée à 50 centimes pour l'éclairage et à 25 centimes pour la force motrice.

Depuis 1894, le service a pris un très grand développement. On en jugera par le tableau ci-après:

Années	Nombre d'abonnés	Nombre de lampes installées	Nombre d'hecto- watts vendus aux abonnés	Nombre total d'hectowatts livrés, y compris l'éclai- rage public
1894	146	11,655	1,570,527	2,108,979
1897	739	47,391	9,737,390	10,456,916
1900	1,861	107,390	20,731,830	21,427,970
1903	2,913	165,493	28,589,705	30,515,964
1906	3,685	221,073	39,881,130	43,958,750
1907	4,140	262,008	47,218,930	55,344,940

L'industrie électrique a fait de grands progrès depuis la création de la Régie. Aussi, la Ville a été obligée de donner une forte extension à ses installations, de façon à faire face à l'augmentation constante de la consommation, et de livrer le courant au même prix que les entreprises similaires.

En 1904, la Ville confia l'établissement de nouvelles installations à la Société belge d'électricité A. E. G. et la Société Union électrique. Ces sociétés avaient offert d'entreprendre les travaux pour une somme globale et à forfait de 3,090,400 francs, non compris les bâtiments estimés à 1,285,000 francs; elles garantissaient à la Ville, pour une période de dix ans, que le prix de revient du courant à haute tension ne dépasserait pas 10 centimes à l'entrée des sous-stations et 18,5 à leur sortie.

La Ville dispose actuellement d'une usine centrale située à Laeken et de 5 sous-stations réparties dans les divers quartiers de la Ville.

A la date du 31 décembre 1907, le développement total des câbles posés était de 456 kilomètres.

L'éclairage public se fait concurremment avec le gaz; pour l'électricité, il est assuré, sur les grands boulevards de la Ville, et en d'autres endroits fréquentés, par 225 lampes à arc. L'éclairage public par l'électricité est naturellement appelé à un grand développement.

Les chiffres ci-après sont relatifs aux résultats financiers de la Régie. Comme nous en avons déjà fait la remarque pour d'autres entreprises, les bénéfices indiqués sont des bénéfices bruts, établis sans amortissement financier ni industriel.

Années	Capital de 1er établissement Fr.	Recettes Fr.	Dépenses Fr.	Excédents de recettes Fr.
1894	2,196,832.23	146,548.95	83,672.85	62,876.10
1897	5,572,011.95	683,044.65	278,427.99	404,616.66
1900	7,863,903.09	1,330,598.02	482,808.12	847,789.90
1903	10,952,124.38	1,915,547.42	592,445.52	1,323,101.90
1906	15,558,171.28	2,356,848.09	998,004.98	1,358,843.11
1907	16,877,473.57	2,666,747.78	1,149,399.08	1,517,348.70

Une comptabilité industrielle est en voie d'organisation à la Régie de l'Électricité; elle permettra de se rendre exactement compte de la valeur de l'entreprise.

Disons cependant qu'un bilan de l'exploitation avait déjà été établi en 1903. Il résulte de ce bilan que de 1896 à 1903, les amortissements financiers s'étaient élevés à fr. 2,008,711.44 et les amortissements industriels à fr. 2,038,763.08. Déduction faite de ces amortissements, il restait, pour la même période, un bénéfice net total de fr. 2,014,138.39, représentant, pour l'exercice 1903, 5,41 % du capital engagé.

A titre de comparaison, il est bon de remarquer que la législation anglaise a limité à $5\,^0/_0$ les bénéfices nets que les municipalités peuvent retirer de leurs entreprises d'électricité, le surplus des bénéfices devant être consacré à des réductions de tarifs. Ce bénéfice

Schriften 130. Drittes Seft. — Gemeindebetriebe III. 3.

de 5 % est donc considéré en Angleterre comme rémunérant suffisamment les capitaux des municipalités. Si donc, la Ville de Bruxelles, qui vient d'étendre considérablement ses installations et de dégrever ses tarifs de vente, peut maintenir le bénéfice net actuel, il est permis de croire qu'elle fera une opération satisfaisante pour ses finances et l'intérêt public.

La Régie des Eaux à Bruxelles.

La Régie des Eaux de Bruxelles présente un assez grand intérêt en point de vue de l'étude de la Municipalisation des Services publics. Elle a eu. en effet, pendant longtemps la clientèle des faubourgs de Bruxelles et les dessert encore en partie.

Inaugurée en 1853, elle ne tarda pas à prendre une très grande extension par suite de l'augmentation de la consommation. La Ville dispose actuellement de 30,000 mètres cubes d'eau par jour.

Les tarifs de vente de l'eau ont subi de nombreux changements. Au début, la Ville offrit, sans rencontrer beaucoup de succès, des concessions perpétuelles au prix une fois payé de 60 francs par hectolitre de consommation journalière. Puis, en 1855, apparut un tarif basé sur le mode de consommation: usages domestiques, usages d'agrément et usages industriels. Les abonnés avaient le choix entre deux systèmes: une taxe proportionnelle sur le revenu cadastral des immeubles reliés à la distribution ou le paiement d'après les quantités consommées et mesurées au compteur. L'eau mesurée au compteur était livrée à 15 centimes le mètre cube pour les usages domestiques et d'agrément, et à 11 centimes pour les usages industriels.

Ce tarif produisit de très mauvais résultats financiers. La Ville perdit, en effet, de 1855 à 1868, en tenant compte de l'intérêt et de l'amortissement du capital engagé, 200,000 francs en moyenne par an. Or, comme ce déficit était couvert à l'aide des impôts par les contribuables de la Ville, ceux-ci étaient évidemment désavantagés vis-à-vis des habitants des faubourgs.

En 1870, le tarif des eaux fut modifié. Le prix de l'eau fut fixé à 3 centimes l'hectolitre pour les habitants de Bruxelles et à 4 centimes pour ceux des faubourgs, avec un minimum de redevance de 18 francs pour les premiers et de 24 francs pour les seconds; la redevance minimum donnait droit à 600 hectolitres par an. Pour les

usages industriels, le prix de l'hectolitre était porté à 1½ centime avec une redevance minimum de 50 francs pour 2,730 hectolitres. Des réductions importantes étaient accordées pour les immeubles occupés par la classe ouvrière.

Ce tarif resta en vigueur jusqu'au 1er janvier 1905. A partir de cette date il fut fixé comme suit:

- 1º Usage domestique. Redevance minimum: 22 francs par an, donnant droit à 600 hectolitres; hectolitre supplémentaire: 4¹/₂ centimes.
- 2° Usage industriel. Redevance minimum: 50 francs par an, donnant droit à 2,222 hectolitres; hectolitre supplémentaire: $2^{1/4}$ centimes.

Eaux pour construction: 5 centimes l'hectolitre en ville et 10 centimes dans les faubourgs, ou bien d'après cubage et mesurage sur la base de 322 litres d'eau par mètre cube de maçonnerie et 23,2 litres par mètre carré d'enduit.

- 3° Usage domestique et industriel. Redevance minimum: 45 francs par an, donnant droit à 600 hectolitres et 1,022 hectolitres à 2¹/₄ centimes; hectolitre supplémentaire: 2¹/₄ centimes.
- 4° Usage ouvrier. Pour les maisons habitées exclusivement par des ouvriers non patentés ou pour celles dont le revenu cadastral ne dépasse pas 150 francs: redevance minimum: 6 francs par an, donnant droit à 600 hectolitres; hectolitre supplémentaire: 1 centime.

Pour les logements ouvriers branchés sur colonnes montantes ou pour les maisons ouvrières occupées par leur propriétaire sans aucun locataire: abonnement et loyer du compteur: fr. 2,50 par trimestre et par anticipation, donnant droit à 150 hectolitres correspondant à un minimum de 600 hectolitres par an et par logement; hectolitre supplémentaire: 1 centime.

5° Compteurs. Suivant le calibre, de 10 à 150 millimètres, le prix de vente varie de 92 à 2,500 francs et le prix de location, y compris les frais d'entretien, de 12 à 300 francs par an.

La Ville, sur demande des locataires, approuvée par les propriétaires, établit gratuitement des raccordements et des colonnes montantes dans les logements occupés exclusivement par des ouvriers non patentés. Ces raccordements et colonnes montantes restent la propriété de la Ville, mais le propriétaire de l'immeuble assume la charge de leur entretien. Des abonnements spéciaux, branchés sur colonnes montantes, sont accordés pour les logements ouvriers sur demande des locataires, approuvée par le propriétaire. Les frais de placement des branchements particuliers, de placement de compteurs

5 *

et d'établissement de colonnes montantes dans les immeubles autres que ceux désignés ci-dessus sont à la charge du propriétaire. Les intéressés en acquittent le prix soit au comptant, soit au moyen de onze annuités égales au dizième de la dépense effectuée. Dans les cas de remboursement par annuités, l'installation n'appartient au propriétaire qu'après le paiement de la onzième annuité. Toutefois, il lui est facultatif d'acquérir l'installation à toute époque en payant le total des annuités restant dues, déduction faite d'un escompte unique de 5 % sur ces annuités.

On remarquera que ce tarif favorise particulièrement les immeubles occupés par la classe ouvrière. Il est hors de doute que ces conditions avantageuses ne contribuent au développement de l'hygiène dans les quartiers populaires.

Nous avons dit que la Ville fournissait l'eau de sa distribution aux communes-faubourgs. Elle se trouvait donc vis-à-vis des faubourgs dans la situation d'un concessionnaire. Pendant longtemps, aucune difficulté ne se produisit entre la ville et les faubourgs; les premières réclamations surgirent après 1870. Ce fut le début d'une période de conflits, parfois assez aigus, qui ne devait prendre fin qu'en 1895, par la rupture de la Ville avec la plupart des faubourgs. Ceux-ci reprochaient principalement à la Ville: 1° de ne pas avoir d'eau en quantité suffisante; 2° de réaliser des bénéfices exagérés; 3° de ne pas fournir aux faubourgs de l'eau à bon marché pour les services publics.

Pendant quelques années, la situation fut très tendue, des procès s'engagèrent même. Finalement, la Ville faisant preuve d'un très grand esprit de conciliation, des conventions intervinrent et mirent fin au différend.

Sept faubourgs: Schaerbeek, Ixelles, Saint-Gilles, Saint-Josseten-Noode, Anderlecht, Laeken et Forest se séparèrent de la Capitale. Trois autres faubourgs: Molenbeek-Saint-Jean, Etterbeek et Uccle contractèrent à nouveau avec la Ville pour un terme de 35 années. Comme nous le verrons plus loin, les faubourgs constituèrent une société intercommunale pour l'exploitation du service des eaux.

Les premières années de la Régie des Eaux à Bruxelles furent très difficiles. Le public montra peu d'empressement pour s'abonner et, de plus, le tarif primitif était absolument défectueux. Ce ne fut qu'après 1870 que l'exploitation devint quelque peu rémunératrice; en 1873, elle

rapportait 6,30 % du capital engagé. Mais, les frais de premier établissement ne cessant de s'accroître, la rémunération du capital ne fut plus, en 1879, que de 3,66 %. Après la revision des tarifs, la rentabilité de l'entreprise se releva pour atteindre 9,33 % en 1898. A partir du 1^{er} janvier 1899, la Ville perdit la clientèle des faubourgs et 15,595 abonnés; l'intérêt tomba à 5,31 %; il tend à augmenter depuis cette époque.

Les faubourgs ont autrefois mené une vive campagne contre les bénéfices de la Régie des Eaux qu'ils qualifiaient d'exagérés. Or, les comptes de la Régie n'étaient pas tenus industriellement; aussi, si l'on déduit, par exemple, des bénéfices de 1898 la somme nécessaire pour l'intérêt et l'amortissement du capital, on obtient, pour cette année, comme rendement net 6,48 %. Les bénéfices que la Ville a encaissés pendant quelques années n'étaient, en réalité, qu'une faible compensation des déficits des exercices précédents.

Les démêlés que la Ville de Bruxelles a eus avec ses faubourgs montre les inconvénients qui peuvent résulter du fait qu'une municipalité devient concessionnaire d'une ou plusieurs autres.

En effet, si l'entreprise est en déficit, toutes les charges financières qui en sont la conséquence, retombent exclusivement sur les contribuables de la municipalité concessionnaire. Au contraire, s'il y a des bénéfices, la concessionnaire est immédiatement accusée d'exploiter ses voisines.

Cette question spéciale a, d'ailleurs, fait l'objet de nombreuses discussions, notamment en Angleterre. Dans ce pays, elle a même provoqué l'intervention du pouvoir central. C'est ainsi que le Local Government Board ne tolère plus actuellement la vente de l'eau par une municipalité à une autre qu'en gros; la vente en détail, c'est-à-dire au consommateur même est interdite, bien entendu pour les nouvelles autorisations accordées. Nous croyons également qu'il y a de sérieux avantages à procéder de cette manière, aussi bien pour le gaz et l'électricité que pour l'eau. On peut de cette façon sauvegarder et les intérêts de la municipalité concessionnaire et la liberté d'action des communes qui sont ses clientes.

Résultats de l'exploitation.

Le tableau ci-après renseigne les résultats financiers de la Régie des Eaux de Bruxelles. Les bénéfices indiqués ne représentent que l'excédent des recettes ordinaires sur les dépenses ordinaires d'exploitation; ce ne sont donc que des bénéfices bruts.

Années	Frais de premier établissement Fr.	Bénéfices Fr.
1853	39,881.08	1,625.00
1860	5,948,267.32	106,583.73
1870	6,906,378.55	262,679.92
1880	11,194,066.48	623,919.52
1890	13,534,048.88	1,146,670.75
1898	17,500,326.06	1,633,587.41
1903	19,842,914.10	1,208,579.82

Voici les résultats des trois derniers exercices:

Années	Dépenses or- dinaires Fr.	Recettes or- dinaires Fr.	Bénéfices Fr.	
1905	774,728.90	1,825,767.52	1,051,038.62	
1906	796,118.47	1,933,873.12	1,137,754.65	
1907	914,193.66	2,027,967.58	1,113,773.92	

Depuis le 1^{er} janvier 1899, la Régie pourvoit aux besoins des services publics et des habitants de Bruxelles, Molenbeek-St.-Jean, Etterbeek et Uccle, comptant ensemble une population de 317,115 âmes.

Le revenu brut de la Régie tend à se rapprocher de celui de la période favorable de 1880—1898. Cette bonne situation financière, due à l'excellente gestion de l'entreprise, a permis, comme nous l'avons vu, de diminuer les tarifs à partir du 1^{er} juillet 1905. Au 31 décembre 1907, le nombre de concessions était de 31,232. Elles se répartissent comme suit:

1	pour maisons ouvrières		3,058
Concessions	" usage domestique		24,795
ordinaires	" " industriel		1,500
Į	par compteur provisoire		1,019
Concessions (pour maisons ouvrières		20
,	naga domostica		642
perpétuelles (" " maassiici		
Concessions po	our services publics	<u> </u>	145
		Total	31,232.

La Régie du gaz à Saint-Gilles.

La Régie du gaz de St. Gilles a été mise en exploitation le 1^{er} septembre 1901, succédant à une concession accordée pendant de longues années à la Compagnie Continentale et Impériale.

Dès le début, la commune de St. Gilles donna à la nouvelle régie une organisation nettement industrielle. La commune emprunta une somme de 4 millions de francs au taux de 3,67 %. L'usine fut construite sur le territoire d'Anderlecht, commune voisine; les canalisations existantes furent reprises à la Compagnie Continentale et une canalisation nouvelle, reliant l'usine à la commune, fut créée. Au 31 décembre 1901, le coût total des installations, établies pour une production de 9 millions de mètres cubes par an, se montait à environ 4,200,000 francs.

La Régie forme un service industriel ayant son existence propre et son budget spécial; elle établit chaque année son bilan et son compte de profits et pertes. La commune est considérée comme le bailleur de fonds de la Régie qui doit assurer elle-même, par ses propres ressources, son service financier.

Un fonds d'amortissement a été créé; il est alimenté par des prélèvements sur les bénéfices et jouit d'un intérêt de 3¹/₂ ⁰/₀ l'an.

La Régie est tenue de fournir à la Commune, gratuitement, le gaz nécessaire à l'éclairage public avec charge de l'entretien des becs et des lanternes, et à 10 centimes le mètre cube le gaz employé par les bâtiments communaux. Comme dans la plupart des communes qui exploitent en régie directe, ces charges sont considérées comme des redevances imposées au service du chef de l'utilisation de la voie publique.

Pour les particuliers, les prix sont fixés comme suit:

	-		,		-								
Gaz	d'éclairage .										13	centimes	le m ⁸
n	de chauffage	et	indi	usti	iel						12	"	"
"	pour moteurs										10	"	"
"	pour forains										15	"	77
;;	par compteurs	à	pa	iem	ent	p	réa	lab	le		14	"	" •

Depuis l'établissement de la Régie, le nombre d'abonnés s'est accru dans des proportions considérables. Il était, au 1er septembre 1901, de 4,997. Voici les chiffres pour les années suivantes:

1902	5,736
1903	6,235
1904	6,772
1905	7,744
1906	9,215
1907	10,823.

L'accroissement total a donc été de 5,826 abonnés du 1^{er} septembre 1901 au 31 décembre 1907, soit une augmentation de 116,59 ⁰/₀.

Quant au nombre de moteurs, il est passé en 6 années de 92 à 107. C'est une très faible augmentation; mais l'Administration communale de St. Gilles fait, à ce sujet, une remarque intéressante: la petite industrie se sert également de moteurs électriques et l'industrie employant des forces moyennes donne souvent la préférence aux moteurs à gaz pauvre; ce sont donc là des obstacles qui s'opposent au développement des moteurs de ville.

Quant au développement des appareils de cuisine et de chauffage, il a été énorme. Alors que la Régie en avait placé 2,950 en location en 1901, le nombre de ces appareils était, en 1907, de 8,750.

Les tableaux qui suivent permettent de se rendre compte de la valeur de l'entreprise.

Années	Emission totale Mėtres cubes	Gaz vendu Mètres cubes	Pertes et éclai- rage public Mètres cubes
1902	6,857,487	5,485,672	1,371,815
1903	6,806,982	5,618,530	1,188,452
1904	7,051,870	6,020,437	1,031,433
1905	7,617,330	6,527,128	1,090,202
1906	8,360,200	7,205,990	1,154,210
1907	9,252,430	7,964,956	1,287,474

Années	Dépenses d'ex- ploitation Fr.	Valeur des sous-produits Fr.	Recettes diverses Fr.	Frais nets d'exploitation Fr.
1902	980,735.45	268,506.47	71,961.91	640,267.07
1903	952,369.26	292,388.09	102,730.46	557,250.71
1904	1,013,213.93	318,656.42	103,845.63	590,711.88
1905	1,034,453.55	350,342.45	92,253.81	591,857.29
1906	1,179,043.83	395,622.33	126,177.59	657,243.91
1907	1,334,361.82	473,943.23	114,422.61	745,995.98

Années	Frais nets d'exploitation Fr.	Gaz vendu Fr.	Gaz en cloche Fr.	Frais divers Fr.	Bénéfices Fr.
1902	640,267.07	736,292.54	407.32	22,172.11	74,155.25
1903	557,250.71	753,221.70	409.97	10,492.64	185,416.74
1904	590,711.88	807,506.56	40.44	6,040.49	211,135.05
1905	591,857.29	823,641.63	223.11	7,999.32	228,958.95
1906	657,243.91	911,736.64	39.10	15,517.73	239,668.92
1907	745,995.98	1,007,379.39	7.36	16,607.78	267,896.25

Le fonds d'amortissement industriel atteignait au 31 décembre 1907 fr. 332,971.35.

A la même date, le montant des bénéfices accumulés depuis l'établissement de la Régie était de fr. 1,130,249.86, dont fr. 797,278.51 ont été versés, comme bénéfices nets, à la Caisse communale. Quant au capital de 1^{er} établissement, il s'élevait à fr. 5,426,999.36.

Ces brillants résultats montrent les avantages que les habitants de St. Gilles ont retiré de la Régie. En effet, la concession du gaz ne rapportait rien à la commune; de plus, elle devait payer l'éclairage public. La Régie du gaz de St. Gilles peut donc être enregistrée comme un succès à l'actif de la Municipalisation des services publics.

La Régie de l'Électricité à Saint-Gilles.

L'exploitation en régie du service du gaz permettait à la Commune de Saint-Gilles de se réserver une entière liberté pour l'entreprise d'un service d'électricité.

La création d'une régie d'électricité fut décidée en 1901, la commune ayant acquis la certitude qu'elle pouvait être assurée d'une clientèle sérieuse. La nouvelle régie fut érigée comme celle du gaz en service industriel à organisation distincte et indépendante des autres services communaux, ayant son existence propre, son budget spécial, établissant chaque année son bilan et son compte de profits et pertes, ayant la Commune comme bailleur de fonds et assurant lui-même, par ses propres ressources, son service financier.

L'usine fut inaugurée le 15 décembre 1901.

Les tarifs subirent plusieurs modifications dictées par l'expérience. Ils sont actuellement fixés comme suit:

90

10°

La durée d'abonnement est d'un an; la Commune entretient et établit à ses frais les branchements et accessoires depuis la conduite principale jusqu'au compteur, à la condition que l'abonnement ait une durée de 6 ans. Le courant est livré à 57 centimes le kilowattheure pour l'éclairage. Il est toutefois accordé des réductions aux grands consommateurs; ceux-ci, suivant l'importance de la consommation, paient le kilowatt-heure 53, 47 ou 40 centimes. Les réductions de prix sont accordées suivant que la consommation dépasse un nombre de kilowatts-heures équivalent à l'emploi maximum dont l'installation de l'abonné est susceptible pendant 1, 2 ou 3 heures par jour. Pour les grandes installations, consommant de l'électricité pendant plus de 3 heures par jour toute l'année, il existe un tarif dégressif sur les bases suivantes, calculées non plus à raison du nombre d'heures, mais en raison de la quantité du courant:

1°	Pour une consommation de plus de	10,000	kwh.	39 c	entimes le	kwh.
2°	n	15,000	,,	38	"	"
3°	"	20,000	,,	37	"	,,
4 °	77	25,000	,,	36	"	"
5°	27	30,000	"	35	"	"
6°	"	40,000	"	34	"	"
7 °		50,000	"	33	,,	"
8°	22	65,000	"	32	,,	"

Pour la force motrice et le chauffage, le tarif, également établi sur des bases dégressives, varie de 30 à 18 centimes le kilowatt-heure.

80,000

100,000

31

30

L'électricité est fournie aux bâtiments communaux à 30 centimes le kilowatt-heure. La Régie livre gratuitement à la Commune l'électricité pour l'éclairage public; c'est une charge analogue à celle qui est imposée à la Régie du gaz.

Pendant la première année d'exploitation, la Régie produisit 115,306 k.-w.-h. Pour les années suivantes, la production, la livraison et la vente s'établissent comme suit:

		1902	1904	1907
KWH.	produits	115,306	301,206	$702,\!235$
"	livrés	$69,\!200$	$262,\!341$	$605,\!582$
n	vendus pour l'éclairage	$60,\!143$	$162,\!588$	471,718
;7	" la force motrice	2,774	33,791	113,719
;;	Éclairage public		6,700	$20,\!545$
"	Bâtiments communaux		6,666	$18,\!425$
n	Locaux d'exploitation	6,282	$52,\!594$	94,893

							1902		1904		1907
Prix	de	revient	du	kwh.	émis	fr.	0,4470786	fr.	0,2534922	fr.	0,2241883
n	n	"	"	"	vendu	"	0,5186538	"	0,3760685	"	0,3211014

Le nombre d'abonnés est renseigné dans le tableau ci-après:

$\mathbf{Ann\acute{e}e}\mathbf{s}$	Éclairage	Force motrice
1902	131	5
1904	273	32
1907	$\bf 552$	89

Les chiffres suivants permettent d'apprécier les résultats financiers de l'entreprise:

Années	Pertes	Bénéfices
	Fr.	$\mathbf{Fr}.$
1902	2 2 ,313. 1 1	
1903	6,430.09	
1904		18,748.15
1905		44,344.62
1906		72,233.37
1907		55,395.70

Les pertes subies pendant les 2 premières années sont presque inhérentes à une entreprise aussi nouvelle qu'une exploitation d'électricité. La diminution des bénéfices en 1907 provient notamment de l'augmentation des frais de combustible et de l'éclairage public. Le fonds d'amortissement industriel s'élevait, au 31 décembre 1907, à fr. 130,612.70. Le capital de l'entreprise est de fr. 1,378,086.24. La Régie de l'électricité, corollaire de celle du gaz, constitue une œuvre intéressante susceptible, sans aucun doute, de beaucoup de progrès dans l'avenir.

La Régie du Gaz à Gand.

La Régie du gaz de Gand est récente. Elle ne date, en effet, que du 1^{er} octobre 1900. Elle fournit également l'éclairage public et privé aux deux communes limitrophes de Mont-St.-Amand et de Ledeberg qui forment avec Gand une agglomération de 194,095 habitants.

L'éclairage au gaz existe à Gand depuis 1824. Une concession fut accordée d'abord à un particulier; ensuite, à partir de 1846, à la Compagnie Continentale et Impériale, à laquelle succéda, en 1879, la Compagnie du Gaz de Gand.

Le rachat des installations de cette société par la Ville fut effectué dans des circonstances intéressantes. En effet, la société était en possession d'un monopole d'éclairage; forte de ses droits, elle refusait d'étendre l'usage de becs à incandescence et interdisait à la Ville d'éclairer les voies publiques au moyen de l'électricité. La meilleure solution consistait donc dans le rachat, opération qui fut exécutée à des conditions très favorables pour la Ville.

Les installations de la Compagnie étaient en très bon état; son actif figurait à son dernier bilan pour 11 millions de francs. La Compagnie payait à ses obligataires 5 % et devait amortir son capital avant 1911. Or, la Ville pouvait trouver des capitaux à $3^{1/2}$ % avec amortissement en 30 années. L'affaire fut menée très rapidement, la Ville racheta tout l'actif de la Compagnie pour 6,051,000 francs et emprunta, au taux indiqué ci-dessus, 5 millions de francs aux institutions de bienfaisance.

L'exploitation en régie a commencé le 1er octobre 1900.

Le	nombre	d'aho	nnés	s'établit	comme	suit:

Années	Gand	Ledeberg	Mont-StAmand	Total
190 0	6,269	288	102	6,659
1901	$6,\!277$	342	131	7,150
1902	7,233	390	162	7,785
1903	8,040	449	$\bf 268$	8,757
1904	8,769	507	361	9,637
1905	9,288	551	430	10,269
1906	9,930	59 3	529	11,052
1907	10,778	$\boldsymbol{672}$	631	12,081

Il y a donc eu, en 7 ans et 3 mois, une augmentation de 5,422 abonnés, soit 81%. C'est, on en conviendra, un magnifique résultat pour la régie et qui démontre, à suffisance, combien elle était nécessaire.

Le gaz est vendu au prix de 15 centimes le m³ pour l'éclairage et à 10 centimes pour le chauffage et la force motrice; il est facturé aux établissements communaux à raison de 5 centimes le m³; il est livré gratuitement pour l'éclairage public. Des remises sont faites aux grands consommateurs. Les statistiques ci-après donnent les résultats de l'exploitation:

	1901 m³	1904 m ⁸	1907 m³
Vente du gaz aux particuliers id. aux Administrations .	8,466,379 615,520	10,430,960 749,868	12,074,822 692,457
Total du gaz vendu	9,803,897	11,180,828	12,767,279
Eclairage public gratuit Usines, annexes, etc	1,787 , 381 234,915	1,565,930 $246,620$	1,697,364 280,418
Total du gaz consommé	11,106,193	12,993,378	14,745,061
Pertes	315,377	440,162	306,709
Total de l'émission	11,421,570	13,433,540	15,051,770
	fr.	fr.	fr.
La vente a produit	1,206,833.64 64,530.64	1,451,910.81 59.846.55	$\substack{1,656,157.24\\54.658.10}$
Soit net	1,142,303.00	1,392,064.26	1,601,499.14
Soit par m³ de gaz vendu Et par m³ de gaz consommé	$0,11474 \\ 0,09125$	0,12540 0,10714	0,12544 0,10869.

L'examen des comptes de la Régie montre une excellente situation financière. Au 31 décembre 1901, la Régie avait payé les prix de liquidation, un prélèvement de 150,000 francs fait par la Ville sur les bénéfices, ainsi que l'avance faite par la Ville, au moyen d'un amortissement de frais de premier établissement.

Les dépenses et recettes d'exploitation s'établissent comme suit:

Années Dépenses Fr.		Recettes Fr.	Bénéfices bruts d'exploitation Fr.	
1902	1,374,574.56 $2,072,744.66$	2,198,236.81	823,662.25	
1907		3,076,452.05	1,003,707.39	

Sur ces bénéfices bruts une somme de 600,000 francs est versée comme prélèvement à la Caisse communale. Le surplus est consacré au paiement des intérêts et à l'amortissement. Au 31 décembre 1907, le fonds d'amortissement s'élevait à fr. 312,053.28. A la même date, le montant total des amortissements, depuis le 1^{er} janvier 1901, était de fr. 2,662,898.25; quant aux versements effectués à la Caisse communale, pendant le même laps de temps, ils atteignaient fr. 2,591,085.95. Le capital de l'entreprise était de fr. 4,870,000.

La Régie du gaz constitue pour la Ville une très brillante affaire.

La Compagnie Intercommunale des Eaux de l'Agglomération bruxelloise.

Nous avons vu qu'une rupture s'était produite entre la Ville de Bruxelles et ses faubourgs. En 1891, les communes de Schaerbeek, Saint-Gilles, Ixelles, Saint-Josse-ten-Noode, Auderghem, Uccle, Koekelberg, Watermael-Boitsfort et La Hulpe constituèrent, sous forme de société coopérative la Compagnie Intercommunale des Eaux de l'Agglomération bruxelloise. La société fut fondée au capital de 605,000 francs, divisé en parts de 5,000 francs. En 1902, l'importante commune d'Anderlecht fut également admise comme associée.

La Compagnie est administrée par un conseil de 7 membres au moins et de 11 au plus. Chacune des grandes communes fondatrices a le droit d'être représentée par un administrateur dans le Conseil d'Administration. Celui-ci a les pouvoirs les plus étendus: tout ce qui n'est pas réservé par les lois à l'assemblée générale est de sa compétence. Il peut acheter et vendre tous biens immeubles, et droits réels immobiliers, prendre et consentir toutes inscriptions hypothécaires et en donner main-levée, opérer toutes transactions, renoncer à tous privilèges et droits de prescriptions avec ou sans paiement. Les concessions à accorder aux administrations publiques doivent être approuvées par l'assemblée générale.

Le bénéfice net, après déduction des frais généraux, des charges sociales et des amortissements, sert à:

- 1º Constituer la réserve légale;
- 2º Payer un dividende de 5º/o aux associés sur le montant de leurs versements;
- 3º Constituer éventuellement, si l'assemblée générale le décide, une réserve spéciale qui, indépendamment de la réserve légale, sera destinée aux améliorations et aux renouvellements. Ce qui reste est réparti entre les associés, proportionnellement au nombre total de mètres cubes payés par eux dans le cours de l'exercice.

Après de longues études, la Compagnie décida de procéder à l'adduction des sources de la Vallée du Bocq et obtint, du Gouvernement, les autorisations pour détourner une quantité journalière de 35,000 mètres cubes d'eau. Les capitaux nécessaires à l'exécution de ce travail gigantesque furent obtenus d'une façon très ingénieuse.

La Compagnie ne disposait que d'un fonds social de 605,000 francs; mais les communes, on le sait, peuvent obtenir de l'argent à un taux beaucoup plus bas qu'une société. En conséquence, les communes de Schaerbeek, Ixelles, Saint-Gilles et Saint-Josse-ten-Noode prêtèrent à la Compagnie les capitaux dont elle avait besoin. Elles-mêmes contractèrent chacune un emprunt dont le montant fut établi en prenant pour base leur population au 31 décembre 1893. La valeur nominale de ces emprunts s'éleva à la somme totale de 13,941,000 francs. Ce capital fut escompté par la Compagnie à un syndicat de banquiers au taux de 97 % et moyennant une annuité de 3,325 %. La Compagnie prit à sa charge l'amortissement du capital emprunté et les intérêts y afférents; le remboursement doit être effectué en 90 années. Compagnie obtint un subside d'un million de francs de la Province de Brabant. Les travaux furent terminés en temps utile et l'exploitation commença le 1er janvier 1899. A cette époque, la Compagnie disposait d'un volume d'eau de 35,000 mètres cubes par jour. Depuis, la Compagnie a étendu considérablement ses installations et acquis, notamment, les sources de Modave qui peuvent donner un volume d'eau journalier de 60 à 70,000 mètres cubes.

La Compagnie, et c'est là une constatation très intéressante, fournit l'eau soit en gros aux communes mêmes, soit en détail aux consommateurs.

Lorsque l'eau est fournie en gros, la commune desservie se charge de la livrer aux consommateurs aux prix qu'elle fixe ellemême. L'eau est livrée de cette manière aux cinq grandes communes fondatrices de la Compagnie; ces communes qui ont prêté leur concours et leur crédit à la Compagnie, se sont, en outre, engagées pour 90 années à consommer journellement une quantité d'eau minimum de 150 litres par habitant. La Compagnie leur fournit l'eau au prix de 4 centimes le mètre cube. En outre, moyennant une redevance annuelle d'un centime par mètre cube d'eau, la Compagnie assure sur le territoire de ces communes le service de la distribution au domicile des consommateurs. Ce service comprend la livraison de l'eau, l'établissement et l'entretien des conduites, la conclusion et la perception des abonnements, la vérification des consommations, le placement des compteurs, leur entretien et la recette de leur location, ainsi que les travaux de branchements. Pour l'entretien et la réparation des compteurs en usage, la Compagnie perçoit, en outre, une redevance annuelle de 4 francs par appareil. La commune

d'Ixelles a, toutefois, préféré d'organiser le service de la distribution en régie directe. Ajoutons que les bénéfices réalisés sur le service de la distribution sont restitués aux communes. Lorsque l'eau est fournie en détail, la Compagnie livre l'eau directement aux consommateurs. Les tarifs de vente sont établis de commun accord avec les administrations communales intéressées; ils sont les mêmes que ceux de la Ville de Bruxelles et, d'après les conventions intervenues, ils ne peuvent les dépasser. Quant aux tarifs établis par les communes qui achètent l'eau en gros, ils sont assez différents les uns des autres, mais se rapprochent sensiblement de ceux de la Ville de Bruxelles.

Résultats de l'exploitation.

Depuis la fondation de la Compagnie, le nombre des abonnés aux distributions d'eau s'est accru d'une manière considérable. Les chiffres ci-après, relatifs aux quatre grandes communes fondatrices, montrent particulièrement l'accroissement du nombre des abonnés.

Années	Schaerbeek	Saint-Gilles	Ixelles	Saint-Josse-ten-Noode
1899	4,842	3,487	6,003	$2,\!965$
1903	7,009	4,926	$7,\!875$	3,650
1907	8,884	6,057	9,587	$4,\!251.$

La Compagnie dessert actuellement les communes-faubourgs d'Anderlecht, Forest, Ixelles, Jette-St.-Pierre, Laeken, Koekelberg, Saint-Gilles, Saint-Josse-ten-Noode, Schaerbeek et Watermael-Boitsfort, plus quelques communes rurales. Au 31 décembre 1907, la population desservie comptait 399,843 âmes et le nombre des abonnés était de 39,699 pour 56,151 maisons.

Nous donnons ci-après les résultats économiques de l'entreprise:

I. Amenée de	l'eau.		
	1899 m³	$\begin{array}{c} 1903 \\ \mathbf{m^3} \end{array}$	1907 m ³
Eau dérivée (mesurée au départ des captages)		8,381,255 7,001,554	12,135,064 11,789,556
Prix du m ⁸ d'eau à l'entrée des communes 0		0 fr. 0819	0 fr. 0630.
II. Capitaux dé	pensés.		

	-		
	$\mathbf{Fr.}$	Fr.	Fr.
1er établissement	11,034,443.87	13,880,356.14	16,463,713.58

III. Résultats financiers.

•	$\mathbf{Fr.}$	$\mathbf{Fr.}$	Fr.
Dépenses annuelles d'entretien et d'exploitation	824,029.79	944,418.67	1,271,139.78
Recettes annuelles d'exploitation			
et recettes diverses	939,530.31	1,107,454.19	1,471,217.87
Bénéfices nets	115,500.52	163,035.52	200,078.09

Conformément aux statuts, les bénéfices de l'exercice 1907 ont été répartis comme ci-après:

1°	amortissement industriel		fr.	70,808.62
$2^{\rm o}$	réserve légale		"	6,463.47
3°	$5^{0}/_{0}$ de dividende aux communes associées		"	36,000.—
4º	amortissement spécial		"	66,806.—
5°	répartition spéciale aux grandes communes			20,000

Les bénéfices indiqués ci-dessus sont absolument nets; ils sont obtenus après paiement par la Compagnie des annuités des emprunts qu'elle a contractés.

La situation de la Compagnie doit être regardée comme absolument satisfaisante. Tout en développant magnifiquement ses installations, en les tenant en parfait état d'entretien, la Compagnie, qui fournit aux communes de l'Agglomération bruxelloise de l'eau à un prix très modique, parvient pour l'exercice 1907 à payer du chef d'amortissements, d'intérêts et de bénéfices nets une somme globale de fr. 756,889.28.

Eu égard au développement incessant de l'Agglomération bruxelloise, la Compagnie Intercommunale des Eaux est appelée à un bel avenir. Elle constitue, à tous égards, un type remarquable d'association de communes pour l'exploitation de services publics.

Signalons que la Compagnie Intercommunale a mis à l'étude un vaste projet qui consisterait à alimenter en eau les plus importantes localités de la Basse Belgique.

Die kommunale Sozialpolitik in Australasien (Australien und Neuseeland).

Don

Prof. Dr. Robert Schachner, Jena. Einleitung. — 1. Die wirtschaftliche Tätigkeit und Bodenpolitik ber auftralasischen Städte. — 2. Wirtschaftliche Tätigkeit und Gemeindegrundbesitz im Einnahmes budget der Gemeinden. — 3. Vornahme gemeindlicher Tätigkeiten durch Staat, öffentliche Körperschaften und private Gesellschaften. — 4. Städtische Arbeiten und Arbeiter. — 5. Reform.

Ginleitung 1.

Der Umfang der kommunalen Sozialpolitik liegt in der Kraft und dem Selbstbewußtsein der Gemeinde. Diese sind dadurch bedingt, wie man sich mit der Befriedigung lokaler Bedürsnisse von jeher abzusinden gewohnt war, wie weit der Staat der gemeindlichen Tätigkeit Entwicklungs-möglichkeit gegeben hat und in welchem Grade die Gemeinden gewillt sind, von ihrer Autonomie Gebrauch zu machen. Alle diese Bedingungen liegen für Australasien ungünstig, für die Festlandstaaten und Tasmanien mit ihrer Zentralisation im öffentlichen Leben in höherem Maß, als für das dezentralistisch entwickelte Neuseeland.

Es liegt ja nahe, daß bei Kolonien, die erst der zivilisserten Bestiedelung entgegengeführt werden, anfänglich eine Zentralgewalt notwendig ist, von der auch die wirtschaftlichen Bedürfnisse aus besorgt und befriedigt werden. In Australien wurde das noch dadurch gefördert und in seiner Dauer verlängert, daß die Regierungssitze so gewählt waren, daß sie zusgleich auch die wichtigsten Handelssund Verkehrszentralen wurden, außerhalb beren es nirgends gleichbedeutende Angelpunkte des Wirtschaftslebens gab. Die Interessen von Staat und Regierungsstadt waren langehin so identisch, daß eine einheitliche Verwaltung von Staats wegen hinreichend schien. Wo das Strafgesangenenspstem bestand, wie in Reusüdwales, Tasmanien

¹ Nachdem mir erst Ende Oktober v. J. die Aufforderung zur Mitarbeit an dieser Enquete zuging, konnte ich bei der kurzen Frist von 4 Monaten nicht mehr für alle Details des Arbeitsprogramms Material von Australien beschaffen. Weiteres über die australasischen Gemeinden ist meiner Abhandlung "Die australasische Gemeinde in administrativer, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung in den Conradschen Jahrbüchern, Jahrgang 1908", und meinem Buch: "Australien in Politis, Wirtschaft, Kultur", Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1909, zu entnehmen. — Auf die cooperative settlements (landwirtschaftliche Siedelungsgenossenschaften) ging ich in dieser Abhandlung nicht weiter ein, da sie alle sehl schlugen und somit der Geschichte angehören. Bgl. hierüber W. P. Reeves, State Experiments in Australia and New-Zealand, London 1902, Bb. I, S. 305 ff.

und Westaustralien, schien es auch nicht tunlich, die öffentliche Gewalt aus der Hand des Staates in die Hand besonderer lokaler Verwaltungskörper gehen zu lassen. Wie zentralistisch die Verwaltung unter diesen Verhältnissen blieb, geht wohl daraus hervor, daß Neusüdwales, das damals den ganzen Westen Australiens umfaßte, im Jahre 1833, 45 Jahre nach der ersten Seßhaftmachung auf der Cookschen Entdeckung, als es bereits 40 000 Einwohner zählte und Orte, wie Brisbane, Bathurst, Newcastle und andere mehr weithin verstreut besaß, erst 13 Staatsstraßen angelegt hatte, die obendrein sast alse dazu dienten, die Hauptstadt mit den Strässingsniederlassungen im Innern und an der Küste zu verbinden.

Doch nach und nach entwickelte sich mit der wachsenden Besiedelung für die Zentralgewalt die Notwendigkeit, sich auch um das übrige Land zu sorgen und die Konflikte zwischen beiden Fürsorgetätigkeiten konnten nicht außbleiben. In dem Grade, in dem die Staatsgewalt über die Grenzen und die Interessen des Zentralsitzes hinauswuchs, mußte sich in diesem das Bedürfnis regen, sich um die Sonderbesorgung seiner Angelegenheiten zu bewerden. Es hätte vielleicht noch lange gedauert, dis dieses lokale Selbstwerwaltungsstreben sich durchgerungen hätte, wenn nicht fortschrittliche kommunalpolitische Ideen von neuankommenden Kolonisten, die im Heimatsland die erregten Kämpfe und Debatten um den Munizipalreformakt von 1835 (5 und 6 Will. IV c. 76) mitgemacht hatten, geweckt, vertieft und gefördert worden wären. So erhielt Abelaide im Jahre 1840, Sydney und Welbourne im Jahre 1842 ihre Selbstverwaltung, 1850 folgte Geelong, 1852 Hobart.

Bas in England als verspätete Maßregel gescholten wurde, erwies sich in Australien verfrüht. Es hatte sich hier noch nicht überall jener Stamm seßhafter, für öffentliches Leben ideal begeisterter Bürger gefunden, der solcher Autonomie allein Erfolg bringen kann. Bo man kaum Leute für die staatlichen Bolksvertretungen fand, konnten für die lästigen Berpslichtungen der Gemeindeverwaltung noch schwerer Männer bewogen werden. Es ist wohl bezeichnend, wenn von dem nachmaligen bedeutenden Staatsmann von Neusüdwales Henry Parkes, der damals noch in einem bescheidenen Laden drechselte, erzählt wird, daß er in der Zeit der ersten Gemeindewahl auf das Angebot, ihn zum Stadtverordneten zu machen, erwiderte: "Benn ich je zu etwas gewählt werden soll, muß es zu etwas höherem sein als zu einem Stadtverordneten." Bas half die Einführung der ersehnten Autonomie, wo niemand sich sinden wollte, ihrer schwierigen Berwirklichung seine Kräfte zu leihen.

Abelaide und Sydney zeigten fich ben neuen Aufgaben nicht ge=

wachsen. Nach wenigen Monaten bereits hatte die südaustralische Gemeinde ihre Angelegenheit so schultem versahren, daß der Staat sich genötigt sah, einzuspringen, die Schulden von 1098 Lauf seine Schultern zu nehmen (Aft 12, 1846) und mit seinen Beamten die Stadt wieder zu verwalten. Im Jahre 1849 bahnte der Governor dann die gemeindliche Freiheit wieder an, indem er seine Besugnisse fünf Kommissären übertrug, die bis zum 1. Juni 1852 blieben, wo dann durch Governor Sir Henry Young Gemeindeversassung und Gemeindeverwaltung wieder hergestellt wurden (Aft 9, 1851).

In Sydney gestalteten sich die Verhältnisse so schlimm, daß nach endlosen Versuchen und Anläusen zur Besserung endlich im Jahre 1849 eine parlamentarische Untersuchungskommission bestellt wurde, die richtig auch die Abschaffung der gemeindlichen Selbständigkeit empfahl. Erst im Dezember 1852 beschloß die gesetzgebende Versammlung die Ausschung der Selbstwerwaltung Sydneys. Der Staat hatte dis zum Jahre 1855 nicht weniger als 44 700 L für die Bedürfnisse der Stadt zu bezahlen und schoß aus seiner Tasche in den nächsten Jahren je 10 000 L zu. Im Jahre 1857 wurde dann endlich wieder die Gemeindeversassung Sydneys im vollen Umfang hergestellt.

In Melbourne und Geelong ging es zwar nicht viel besser als in jenen Städten, das Finanzwesen war bald gründlich versahren, doch begnügte sich der Staat damit, statt die öffentlicherechtliche Stellung dieser Städte anzutasten, ihnen mit seinen Mitteln auszuhelsen. Der Staat wendete Melbourne im Jahre 1854 eine Anleihe von 500000 L, Geelong eine solche von 200000 L zu. Die Anleihe wurde zu 95 L ausgegeben und trug 6%, sie nannte sich nach dem Geldvermittler, die Gabrielli-Anleihe (Gabrielli loan). Die Regierung verpslichtete sich zur Rückzahlung der Anleihe in zwanzigjährigen Raten, die Gemeinden selbst kamen nur für den Zins auf.

Die Hilfsbereitschaft bes Staates für alle Notlagen der Gemeinden verallgemeinerte sich und bilbete Jahrzehnte lang einen Grundzug des australasischen Gemeindewesens. Bereits im Jahre 1864 konnte der viktori= anische Historiker William Westgarth schreiben: Dieses System der Unterstützung von Stadtgemeinden durch die Staatskasse, so freigebig begonnen, hat sich seitdem erhalten und ist ein Charakterzug (established feature) der kolonialen Finanzen geworden.

Der stützende Arm bes Staates wurde nach und nach als Not= wendigkeit empfunden und es kam zu jener finanziellen Abhängigkeit und damit zur Unterordnung unter staatlichen Willen, die gemeindliches Eigen=

leben erstiden mußte. Außerdem war dies aber auch sehr ungünstig für eine gleichmäßige Entwicklung der Gemeinde, da die Staatszuschüsse je nach der Finanzlage wechselten.

Hatte Neuseeland auch eine mehr bezentralistische Entwicklung seines Landes, so war die Verknüpfung von Staats= und Gemeindesinanzen nicht minder hinderlich für die Entwicklung kommunaler Autonomie.

Freilich standen an der Wiege der australischen Gemeinde auch eng= herzige Gesetze und es kam in Australien bis heute nicht über die Grund= züge der englischen Gesetzgebung von 1835 hinaus.

Die Autonomie ist an allen Eden und Enden eingeengt, und je mehr in neuerer Zeit der Staat unter der Jnanspruchnahme durch seine eigenen Aufgaben in seiner Freigebigkeit zurückging, um so mehr machte sich dies gerade auf sinanzpolitischem Gebiete unangenehm bemerkbar. Die Gesetze haben die Steuererhebung der Gemeinden nicht nur auf wenige Quellen beschränkt, sondern auch darin noch begrenzt (vgl. Schachner, Australien S. 173 ff.), im Zusammenhang damit aber auch die Anleihesbesugnisse eng umschrieben, meist ist darin auch gar kein Unterschied gemacht, ob es sich um rentable, produktive oder unproduktive Anlagen handelt. Dadurch wurde nicht nur für die städtische Finanzpolitik, sondern auch für die Wirtschaftspolitik die Entsaltungsmöglichkeit unterhunden.

Die wirtschaftliche Tätigkeit ist aber barüber hinaus noch erschwert, baß zu ihr parlamentarische ober ministerielle Erlaubnis erforderlich ist, bie aber nicht nur über die Zulässigkeit entscheibet, sondern auch die Einzelheiten bestimmt und die Durchführung und Verwaltung mit staatlicher Überwachungsermächtigung und anderen Bindungen begleitet.

In der sonst weitherzigsten Gesetzgebung von Neusüdwales war noch bis zum Jahr 1906 den Gemeinden verboten ohne staatliche Genehmigung Elektrizitätswerke zu errichteten.

Allgemein ist noch die Beengung der Gemeinde auf volkshygienischem Felde: Wasserleitung, Kanalisation, Schlachthaus, Märkte, Unratvernichtung, Arbeiterwohnungen, gemeindlicher Milchverkauf u. a. m. setzen in den meisten Staaten Ermächtigung durch das Parlament voraus.

Den abschreckend müben Weg, auf ben heute gemeindliche Tätigkeit verwiesen ist, kann man an der Verwirklichung des Wunsches Abelaides, im volkshygienischen Interesse mit Schlachthauszwang versehene "Metropolitan abattoirs" zu erhalten, kennen lernen. Im Jahre 1899 stellte der Magistrat Abelaide Erhebungen an, aus denen die Notwendigkeit der Aushebung der einzelnen Schlachtstätten sich ergab, was im folgenden

Jahre zur Ausarbeitung eines Bauplanes führte. Die Regierung wurde im Jahre 1901 um Berabschiedung des Gesetzes gebeten, das sie dann auch dem Parlament in Borlage brachte. Bon 1902 bis Ende 1908 zog sich die Verabschiedung des Gesetzes hin, zum erstenmal siel es 1903 durch die ablehnende Stellungnahme des Oberhauses, das sich der Privatunternehmer annahm; dann hinderte 1906 eine Parlamentsausschiung die Durchssührung der nahezu abgeschlossenen Beratungen einer neuen Vorlage; die Beratungswiederholung im veränderten Parlament, dei der hartnäckige Einwendungen des Oberhauses, die sich auf Entschädigung der Metzer und die Zweckmäßigkeit des von der Gemeinde gewählten Platzes bezogen, die Schwierigkeiten häuften, verzögerten die Gesetzesannahme um weitere zwei Jahre. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen von der Inangriffsnahme gemeindlicher Ausgaben, wo es sich nicht um ganz vitale Interessen handelt, Abstand genommen wird.

Die großen volkshygienischen Aufgaben der Gemeinden haben aber ein weiteres hindernis zu ihrer Durchführung auch noch in der Zerssplitterung der australasischen Großstädte in eine große Anzahl von Sonderwerwaltungen. Die australische Gesetzgebung hat es unterlassen, diesen historischen Werdegang zu ändern und die im Laufe der Zeit unkennbar und untrennbar miteinander verwachsenen Einzelgemeinden in eine zeitzgemäße politische und wirtschaftliche Einheit zu verschmelzen.

In keinem ber australischen Staaten ist bis jest eine Zwangsanglieberung und -Eingemeindung, sei es von Staats wegen, sei es durch Majoritätsbeschluß der beteiligten Gemeinden gegeben, und der selbständige Berzicht auf kommunales Sonderleben ist meist durch die kleinlichsten Sonderinteressen von Ort und Bürgern hintangehalten.

Die Vorstädte, wo die Wohnungen der Reichen sich finden, wollen ihre günstige finanzielle Lage nicht mit den benachbarten Orten teilen, die doch jene Massen beherbergen, die in Handel und Industrie für jene arbeiten 1.

Die Bürde eines Stadtrates entfiele für manche, die sich heute bamit schmücken und benen dieses Amt oft die unterste Stufe zu bezgehrenswerteren Posten im öffentlichen Leben bildet. Manche gemeindsliche Lieferung, die heute beim Borstadtnachbar untergebracht wird, ginge

¹ So hat der Reichen-Bezirk Woollahra im Juni 1907 der Greater Sydneys-Bewegung sich mit der Begründung entgegengestellt, daß dadurch nur die Steuern wachsen würden, ohne daß man darauß einen entsprechenden Vorteil zöge, ebenso die von den Vermögenden besiedelte Vorstadt Darlington, die Steuern von 1 sh 3 d auf daß £ und 16 d Schulden pro Kopf den 1 sh 9 d Steuern und 11 £ Schulden pro Kopf in Sydney gegenüberstellen konnte.

bei der Bereinigung an die Abresse leistungsfähigerer Firmen der inneren Stadt.

So ist denn freiwilliger Anschluß in ganz verschwindenden Fällen erreicht worden, so daß heute noch Großsphnen in 41 Gemeinden zersplittert, Großmelbourne in 24, Großdunedin in 16, Großadelaide in 8 Gemeinden und ähnlich die anderen größeren Städte.

Die Schwierigkeit jeglicher Verständigung unter den engherzig egoistisschen Gemeindevertretungen hat auch die gemeinsame Durchführung wirtschaftlicher Aufgaben verhindert, so daß oft der Staat sich ihrer annehmen mußte, öffentliche Körperschaften sich zu ihrer Durchführung bildeten ober der Privattätigkeit das Feld offen blieb.

Gerade unter dieser Zersplitterung und aus der daraus hervorgehenden Verweisung der Gemeinden auf kleine Aufgaben litt die Entwidlung des Interesses an der Gemeinde. Wo sollte aber Gemeindeliebe und Bürgersinn herkommen, wo die gleiche Person womöglich in verschiedenen Gemeinden arbeitet, ist, sich vergnügt und haust, wie das oft der Fall ist.

Biel trug zu diesem Sichbescheiden mit der öffentlich=rechtlichen Ohn= macht aber auch die Art der Bestellung der Gemeindevertretungen bei.

Für das Wahlrecht ift in den Gemeindegesetzen neben dem Erfordernis der Bolljährigkeit und eines dauernden Aufenthaltes die Entrichtung einer Steuer verlangt. In Bictoria und Neusüdwales, dieses mit Ausenahme der Wahlbestimmungen für Sydney, knüpft sich das Wahlrecht sogar an eine Mindestrente von 5 L, außer das Grundstück trägt ein Haus, das dem Wähler zur Wohnung dient. Die Frauen haben überall Wahlrecht, zuletzt erhielten sie es in Bictoria, wo durch Gesetz vom 5. Dezember 1905 ihr Ausschluß vom öffentlichen Leben, wie er dort noch bis 1909 für das Parlament bestand, für die Gemeinden durchbrochen wurde.

Nur Sydney und Neuseeland haben bemokratische Wahlgesetze. Sydney läßt jeden zur Wahlurne,

- 1. der über ein Haus mit 5 $\mathscr L$ Rente oder einen Pachtbesitz mit 25 $\mathscr L$ Rente verfügt;
- 2. der seit sechs Monaten ein Geschäftslokal mit einer Jahresmiete von 10 L in Sydney benütt;
- 3. der eine Wohnungsmiete von $10~\mathcal{L}$ Jahresbetrag entrichtet und seine Wohnung seit sechs Monaten inne hat.

Wie wenig dieses aus der liberalsten Gesetzesära von Neusüdwales stammende Wahlrecht den von England nach Australien verpflanzten konservativen kommunalen Anschauungen behagt und daß es den Stadt= vätern von einer arbeiterfreundlichen Regierung gegen ihren Willen aufsoftropiert war, bavon zeugen die Worte des Stadtschreibers von Sydney:

"Unser Wahlrecht hat eine Grundlage, welche die gesunde durch Alter bewährte Theorie umstürzt, wonach Besteuerung und Wahlrecht Hand in Hand gehen soll" (sound time honoured theory that taxation and representation shall go together).

Durch die große Anzahl der Geschäftshäuser in Sydney-City und die Berdrängung der Arbeiterschaft in die billigen Borstädte ist trot des Wahlrechts die Gemeindevertretung so konservativ geblieben, daß der Stadtschreiber solche Worte wagen konnte.

Während Sydney mit seinem freien Wahlrecht ganz allein in Australien steht, hat Neuseeland ein ähnliches demokratisches: es fordert nur die Entrichtung einer Miete von 10 £, doch muß diese nach der Interpretation der Gemeindeverwaltungen gesondert nachgewiesen werden 1.

Weiter besteht das Recht, eine Mehrzahl von Stimmen je nach der Größe des Besitzes abgeben zu können, ferner wo einer Person an mehreren Häusern Sigentum zusteht, die doppelte Zahl, wenn der Besitzer zugleich Hausbewohner ist.

Am weitesten geht darin Tasmanien, das noch in seinem neuesten Gesetz von 1906 1—6 Stimmen bei einem Grundstücksahresertrag bis zu 30 L, 85 L, 160 L, 240 L, 360 L und über 360 L gibt, dabei dem Eigentümer die doppelte Stimmenzahl zuteilt, wo er gleichzeitig Bewohner ist.

In den Stadtgemeinden Victorias gibt Jahresertrag bis zu 50, bis 100, mit 100 \mathscr{L} und darüber, in Landgemeinden bis zu 25 \mathscr{L} , bis zu 75 \mathscr{L} , mit 75 und darüber: 1-3 Stimmen.

Welche Beeinflussung der Wahl durch biese Privilegierung des Be= sites erfolgen kann, zeigt die Statistit:

Jahresertrag bes Grundbesites	Zahl der Eigentü in Stadtgemeinden	mer 1905/1906 in Landgemeinden
Unter 25 星	148 373	125806
2 5—50 	$36\;677$	40172
50 —75 ¥	$\mathbf{8428}$	12151
75 —100 	3585	6745
100 星 und darüber	$2\ 477$	2940

¹ Da man in Auftralien in "boarding houses" Koft und Wohnung in einer Summe zahlt, hat die Arbeiterklasse dies bei den Wahlkommissären so zu teilen gewußt, daß ihnen damit Wahlrecht entstand, doch hat dis jetzt die Verwaltungspraxis der Behörden gegen dies Versahren sich entschieden, so daß die getrennte Bezahlung von Verpssegung und Wohnung sich einbürgerte.

In Queensland gibt Besitz von Land im Wert von $500~\mathscr{L}$ eine, $500-1000~\mathscr{L}$ zwei, $1000~\mathscr{L}$ und mehr drei Stimmen.

Westaustralien hat für die Bürgermeisterwahl besondere Wahlrechts-bestimmungen: während bei den Stadträten Besitz dis zu 50~L Steuergrundlage eine Stimme, darüber zwei Stimmen gibt, ist der Bürgermeisterwahl eine Abstufung von 1-4 Stimmen je nach der Steuergrundlage dis zu 25, 50, 75~L und darüber.

Ein im Jahre 1904 in Westaustralien von dem Arbeiterministerium Daglish eingebrachtes Gesetz, wodurch das plural voting abgeschafft werden sollte, ist ebenso im Oberhaus gescheitert, wie die in Südaustralien unter dem Arbeiterminister Price im September 1908 eingebrachte Bill, die das Wahlrecht auf eine Stimme in der Gemeinde beschränken wollte.

Auch in Neuseeland ist bei ben Bahlen für die Ratsvertretungen ber Landgemeinden und Straßendistrikte, je nach dem Grundbesitz, eine Bahlbefugnis bis zu brei Stimmen eingeräumt 1.

Nur in den Stadtgemeinden Neuseelands und in Neusüdwales ist die bemokratische Forderung "one man, one vote" verwirklicht.

Diese plutokratischen Wahlrechte haben dem konservativen Grundbesitz die Herrschaft in den Rathäusern verschafft. Da bei der australischen Zweckbesteuerung der Hausbesitzer zu allen kommunalen Unternehmungen herangezogen wird, sei es in der Wassersteuer, Kanalisationssteuer, Straßenbeleuchtungssteuer usw., so stellt er jeder öffentlichen Tätigkeit Widerstand entgegen (cf. Schachner l. c. S. 177 ff.).

Soweit es sich um Erwerbstätigkeit handelt, will er aber bem privaten Verdienste offene Bahn gegeben missen.

Ein westaustralischer Stadtschreiber (town clerk) bekundete mir dies:

"Die Sinwanderer kommen heraus, um zu verdienen, diesem Zweck wollen die von gleichen Intentionen für ihre Person beseelten Stadtväter nicht entgegentreten, zumal in so kleinen Staaten die Interessen ihnen nahestehender Personen mit der Freiheit der Erwerbstätigkeit versbunden sind."

Unterstützt wird der Widerstand gegen gemeindliche Unternehmer= tätigkeit durch die altenglische Schwärmerei für das Konkurrenzsystem, die mir in den Worten eines Queensländer Bürgermeisters entgegentrat:

¹ H. Ell gibt in einer Broschüre 'Views on some of the Political Questions of the day' (Christchurch 1905) an, daß in der Akaroa County 143 Personen mit 3 Stimmen, das sind 429 Stimmen, 371 einstimmige Steuerzahler überboten.

"Alles, was die Gemeinde übernimmt, ist teuer und schlecht, das Konkurrenzsystem ist über das Munizipalmonopol erhaben."

Er hat jebenfalls aus englischen Erfahrungen nicht gelernt, daß letzteres längst nicht mehr wahr und ersteres nicht notwendig ist.

Aber selbst wo modernere Erkenntnis in den Gemeindehäusern bämmerte und die öffentliche Meinung zum Handeln brängte, kam es oft nicht zu Taten, da es an jenen Männern fehlte, welche die Initiative zu er= greifen und die Berantwortung zu tragen Lust hatten.

Bei der Art der auftralischen Gemeindeverwaltung, wo bei einer Amtsdauer von 1 oder 2 Jahren ein Bürgermeister den anderen in rascher Folge ablöst, sindet sich wenig Geneigtheit, große, auf Jahre hinaus sich erstreckende Arbeiten in Angriff zu nehmen, deren Mühen man hätte, ohne ihre zweckentsprechende Durchführung sichern und die Ehren ihrer Bollendung einheimsen zu können.

Bei jener geringen Entwicklung der australischen Gemeinde hat es auch bedeutenden Männern an Lust gemangelt, ihre Kräfte der Lokalverwaltung zu widmen.

Während in England die Gemeinde nicht nur die Leiter für Staats= männer, wie Chamberlain und John Burns, sein konnte und andererseits sich der Tätigkeit zurückgetretener hervorragender Staatsmänner, wie des Lord Rosebern für den Vorsitz im Londoner Grafschaftsrat erfreuen konnte, ja den Prinz of Wales in der Londoner Wohnungskommission von 1884 sah, hat die australische Gemeinde im öffentlichen Leben eine geringe Rolle gespielt und sich nur selten hervorragender Männer als Führer und Teil= nehmer erfreut.

Auch ist der Gemeinderat nicht zur Geburtkstätte großzügiger Unternehmungen geeignet, die kommunale Tätigkeit ist so in Einzelkomitees aufgelöst, daß die Gesamtkörperschaft ihre maßgebende Bedeutung im Gemeindeleben einbüßen mußte. Das veranlaßte sogar jene einschneidenden Einengungen seiner Beratungstätigkeit, die man verschiedenenorts vorsgenommen hat.

"In Sydney soll jede Stadtratsssthung nach 31/2 stündiger Dauer als vertagt gelten, wenn kein entgegenstehender Beschluß gefaßt wird." In

¹ Bon den Bürgermeistern, die Sydney von 1843—1907 besaß, haben nur zwei länger als 3 Jahre regiert, einer (J. Harris) 6, ein anderer (W. P. Manning) 4, doch nur dieser in ununterbrochener Jahressolge. In Abelaide waren von 1841 bis 1908 nur 4 Bürgermeister länger als 3 Jahre in ihrer Würde, einer 5 und drei 4 Jahre, doch nur einer in ununterbrochener Jahressolge. In Dunedin in Neuseeland war von 1865 bis 1908 nur ein Mann (Henry Smith Fish) länger als 3 Jahre Bürgermeister.

einem Land, wo die Parlamente ganze Nächte hindurch beraten, um eine Materie zu Ende zu bringen, ist eine solche Präsumption gegeben, die einer Majorität die Möglichkeit gibt, in jeder Stadtratssitzung die Gegner an ihrer Meinungsabgabe und die Weiterführung der Sitzung durch Ablehnung des Antrages hierauf zu hindern. In der Tat fanden in Sydney z. B. im Jahre 1904 nur zwei Ratssitzungen statt, die mehr als $3^{1/2}$ Stunden währten.

Nichtbekämpfte Gegenstände sollen aber stets Erledigung sinden, zu dieser bedarf es sogar nicht einmal mehr des Quorums im Stadtrat; als bekämpft soll ein Gegenstand nur gelten, wenn er ausdrücklich von einem Stadtverordneten mit Widerspruch belegt ist: damit ist der pauschalen Ersledigung wichtiger Dinge Vorschub geleistet.

Alles Rechtsvermutungen und Begünstigungen für eine flüchtige Er= ledigung von Ausschußbeschlüssen im Plenum.

Eine neuseeländische Geschäftsordnung, die von Dunedin, bestimmt, daß mit Ausnahme des Antragstellers jedes Mitglied des Stadtrats nur einmal zur Sache sprechen dürfe.

Ahnliche Bestimmungen gegen eine wirksame Gemeindeverwaltung in der Stadtverordnetenversammlung selbst finden sich in allen Städten; die schattenhafte Existenz der Stadtverordnetenversammlung zeigt sich in der Statistif wiedergespiegelt, die von der Zahl der Sitzungen von Komitees und Stadtrat gegeben wird:

Sydney hatte 30 Stadtratssitzungen neben 150 Ausschußsitzungen, Melbourne " 41 " " 150 "

In Abelaide genügten 26 ordentliche und vier außerordentliche Stadtratssitzungen mit einer Durchschnittsdauer von breiviertel Stunden und
einer viertel Stunde, insgesamt $20^{1/2}$ Stunden, um eine Stadtgemeinde
von 2300 Acter Fläche und 40 000 Einwohnern zu verwalten. 193 Auß=
schußsitzungen benötigten $83^{1/2}$ Stunden.

Bellington, die Hauptstadt Neuseelands, hatte 24 ordentliche Stadtratssitzungen und 200 Ausschuffigungen.

Wenn in Australien trothem etwas auf bem Gebiete ber Gemeindetätigkeit geschieht, so ist es nahezu immer auf die Person eines tüchtigen Stadtschreibers zurückzuführen, der vermöge seiner überlegenen Erfahrung und Sachkenntnis 1 das ganze Gemeindeleben beherrscht und Bürgermeister und Stadträte, die er wie Marionetten in seiner Hand hat, vorwärts=

¹ Abelaibe wechselte in 68 Jahren 33 mal ben Bürgermeister und nur 7 mal ben Stadtschreiber.

zubrängen vermag. Bei der hohen Bezahlung dieser Posten werden nicht nur hervorragende Leute aus der kaufmännischen oder Bankkarriere, sondern auch oft tüchtige Juristen für sie gewonnen.

Freilich hat die ungeheure Arbeitslaft, die auf diesen Leuten lastet, ihnen oft die Lust genommen, neue schwierige Werke in Angriff zu nehmen, und so ist auch von ihnen nicht jener Ansporn gegeben worden, der von ihnen ausgehen könnte 1.

Unter all diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, wenn die australische Gemeindetätigkeit sich bis heute so wenig entwickelt hat und primitive Gemeindeausgaben, wie Straßenwesen, darin eine so überragende Stellung einnehmen, daß selbst in Großstädten wie Sydney 1906 noch zwei Drittel aller Ausgaben sich darin erschöpften. Dieses verwendete bei einem Jahresauswand von 257000 L, von dem 27000 L für allegemeine Berwaltung verbraucht wurden, 100000 L für allgemeine Straßenzwede, Straßenbau, Straßenreinigung und Straßenbewässerung, 21000 L für Straßenbeleuchtung; daneben trasen von den Stadtschulden von 1660000 L gegen 750000 L auf das Konto von Straßenbau, Straßenverbesserung und anderen verwandten und jenen eng verbundenen Zweden, was 30000 L Zinsen beanspruchte.

Die große Entwicklung, die in England in den achtziger Jahren zu neuer Gesetzgebung für die Selbstverwaltungskörper führte, war dem australischen Gemeindewesen nicht beschieden; die knappen Grenzen des englischen Gesetz von 1835 sind die neueste Zeit weit genug erschienen.

Die Gemeindeverwaltung, voll von Egoismus der Bürger, engherzigem Konservativismus, starrem Doktrinarismus und Mangel an Initiative, vom Staat bevormundet, ergänzt und unterstützt, von öffentlicherechtlichen Körperschaften in ihrer Wirksamkeit eingeengt, verdrängt und überwuchert, von privater Unternehmertätigkeit in anderen Zweigen erset, blieb in kraftloser Unmundigkeit bis zum heutigen Tag.

¹ Gerade an Auftralien zeigt sich, daß das vielgerühmte englische Gemeindeverwaltungssystem große Nachteile in sich birgt, die in England nur durch die bebeutenden Personen überwunden wurden. Siehe hierüber Dr. Joseph Redlich, Englische Lokalverwaltung, Leipzig 1901, S. 28 ff.; Hugo, Städteverwaltung und Munizipalsozialismus in England, Stuttgart 1897; Hatschef, Sine Überwindung des Gneistschen Selfgovernment in der kritischen Viertelzahrsschrift für Gesetzebung und Rechtswissenschaft, III. Folge, Bd. VIII, S. 254 ff. und meine Arbeit: Gemeinde und Sozialbemokratie im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXIII, Heft 3, S. 768 f.

1. Die wirtschaftliche Tätigkeit und Bodenpolitik der australafischen Städte.

Die wirtschaftliche Tätigkeit ber australasischen Städte ist ben ungünstigen Vorbedingungen gemäß eine geringe, geringer noch im zentralisti= schen Australien als im bezentralistischen Keuseeland, gering in den Groß= städten, wo doch die treibenden Kräfte am stärksten zu sein pflegen, kaum erwacht in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande.

Selbst so wichtige volkshygienische Einrichtungen, wie Wasser= leitungen und Kanalisation, liegen in Australasien noch sehr im argen und müssen in den großen Regierungs= und Hafenstädten entbehrt werden. Borstädte von Brisbane haben sich noch mit dem Dach= traufenwasser zum Trinken zu begnügen und entbehren ebenso wie selbst noch Borstädte Sydneys einer geordneten Kanalisation.

Wo diese Einrichtungen bestehen, sind sie meist auf Staatsinitiative in Form von öffentlichen Körperschaften oder im gunstigsten Fall mittels staatlicher Borschusse von den Gemeinden selbst ins Leben gerufen worden.

Die größte Kolonie, Neusübwales, gibt uns ein trauriges Bild ber Rückständigkeit und ber Zersplitterung in der Erfüllung kommunaler Aufsachen:

Für Sydney und den Hunterdistrift rief der Staat durch Gesetzwei öffentliche Körperschaften, den Sydney Metropolitan Board of Water Supply and Sewerage und den Hunter District Water Supply Board, ins Leben, behielt sich aber in dem grundlegenden Gesetz und dadurch, daß der board mit drei vom Staat Ernannten neben vier von den Gemeinden Gewählten besetz ist, einen bedeutenden Ginfluß auf das Unternehmen vor.

Wenn beibe Betriebe auch von Jahr zu Jahr sich ausdehnen, so sind sie doch noch weit davon entfernt, ihr ganzes Verwaltungsgebiet mit Wasser zu versorgen, auch sind zu geringe Wassermengen vorrätig, so daß in heißen Monaten Sinschränkungen des Konsums angeordnet werden. Weit rückständiger ist aber noch das Kanalisationsunternehmen in Sydnen, das der gleiche board sich zur Ausgabe gemacht hat.

(Siehe Tabelle S. 97).

Daneben ermöglichten staatliche Borschüsse in 40 Landgemeinden (municipalities) die Errichtung von Wasserwerken, deren Gesamtkosten 726 898 L betrugen. Nur 15 Gemeinden haben aus eigener Kraft sich mit Wasser versorgt und hierfür 73 712 L verausgabt; in zwei Orten, Broken Hill und Silverton ist das Wasserwerk in Händen von Privatgesellschaften.

	2. 1	Versorgung		Rapital=
	Jahr	Häuser	Personen	kosten £
Wasserwerk Sydneys	{1901	98 29 8	491 000	4 300 552
	{1908	124 083	620 400	5 059 559 1
Ranalisation Sydneys	{1901	75 416	370 000	3 066 147
	1908	94 735	470 000	4 414 822 ¹
Bafferwerk des Hunterdiftrikts	{1901	9 086	45 400	485 835
	1907	13 569	67 845	544 798

Nur 21 Landgemeinden haben eigene Kanalisationseinrichtungen, für die sie insgesamt nur $54\,169~\mathscr{L}$ aufwendeten.

Bei einer Anzahl von 330 gemeinblichen Bezirken sehen wir nur in 137 Wasserversorgung einigermaßen befriedigend verbreitet, wovon der Metropolitan board von Sydney allein 61 Gemeinden mit rund 650 000 Einwohnern bestreicht, der Hunterdistrikt board 20 mit zirka 100 000 Einwohnern, weitere 55 Gemeinden sich aber selbst mit Wasserleitung versahen und zwei Orte gesellschaftliche Unternehmungen haben; in der Kanalisation hingegen ist man nicht nur mit ihrer Einführung, sondern auch in Umfang und Art ihrer Durchführung noch sehr rückständig.

In Victoria liegt die Wasserversorgung und Kanalisation der Hauptstadt im Umfang von 24 Gemeinden in Händen des durch Gesetz ins Leben gerusenen Melbourne and Metropolitan Board of Works. Gegen diesen wurde in neuester Zeit der Vorwurf des ungenügenden Wasservorrats erhoben: Cobb, ein Beamter des Gesundheitsamtes, forderte für Melbourne ein Wasserreservoir von 12000 Millionen Gallonen, während nur ein solches von 5333 Millionen Gallonen besteht (f. Argus vom 24. Mai 1909). Auch hier hinkt die Kanalisation der Wasserversorgung ersheblich nach.

	Jahr	Häuser	Rapital=	Gallonen		
Melbourne 			fosten.	für ein Haus	auf einen Ropf	
Wafferverforgung	{1901 {1908	103 818 116 781	3 715 203 3 826 447	271,5 287,94	57,5 63,81	
Kanalisation	{1901 {1908	38 696 94 067	3 307 135 5 520 303	_	_	

¹ 1907.

In den anderen victorianischen Städten finden sich 84 Körperschafts= werke, einige staatliche und in der geringen Zahl von 23 mit staatlichen Borschüssen hergestellte gemeindliche Wasserwerke.

In Südaustralien sind Hauptstadt wie Land vom Staat mit Wasserversorgung und Kanalisation versehen, hier behielt der Staat auch die Berwaltung in seiner Hand.

Beit rückftändiger sind Queensland, Bestaustralien und Tasmanien, deren Hauptstädte sich ebenfalls wenig zureichender volkshygienischer Einzichtungen erfreuen; in Brisdane ist eine Körperschaft für das Wasserwerk bestellt, deren Berwaltung ohne Anteilnahme der Gemeinden arbeitet; daneben sind nur noch 22 Gemeinden, diese dank staatlicher Darlehen, zur Wasserversorgung geschritten. Die Wasserversorgungskörperschaft von Berth wird vom Staat beherrscht. Nur Hobart hat als einzige Stadt des Commonwealth Wasserversorgung in eigener Berwaltung und wandte sich mit dem Jahre 1903 auch der Kanalisation zu, die in jenen anderen Städten noch sehlt, doch waren Ende 1907 erst 1809 Häuser dieser angeschlossen, während 7301 jener sich erfreuen.

Demgegenüber ist nahezu in allen größeren Städten Neuseelands Basserversorgung und Kanalisation von der Gemeinde selbst in die Wege geleitet.

Angesichts der ungenügenden Wahrnahme selbst dieser wichtigen gemeindlichen Aufgaben kann die sonstige Apathie der Gemeinde gegen wirt = schaftliche Tätigkeit nicht wundern; es sind fast nur die Haupt= städte, bei denen wir einige Regung kommunalpolitischen Unternehmungs= geistes wahrnehmen können.

Das Einzige, was in allen Städten von einiger Größe besteht, ist eine meist dem Rathaus angefügte Stadthalle, die mit einer großen Orgel versehen ist und zur Abhaltung von Versammlungen und Konzerten versmietet wird.

In Melbourne finden wir von allen Hauptstädten die meisten gemeindlichen Institutionen; es erzeugt elektrisches Licht, hat Schlacht= häuser mit Schlachthauszwang, ein Warmwasserschwimmbad, einen Steinsbruch, Märkte und einen Friedhof in städtischer Verwaltung.

Sydney weist nur elektrisches Licht und Märkte in eigenem Betrieb auf.

Abelaibe besitzt einen städtischen Markt und Biehhof, außerdem ein eigenes Schlachthaus ohne Schlachthauszwang; sein Fischmarkt und Bad sind an eine Privatperson verpachtet. Zur Betreibung der Trambahn und Einrichtung eines neuen großen Schlachthauses kam es zwar zur Be-

stellung von Körperschaften, doch sind bei jener sechs Vertreter der beteiligten Gemeinden im achtköpfigen Ausschuß, während bei dieser der ganze Ausschuß aus Gemeindeabgeordneten besteht und auch die Gesetze die Überwachungs- und Einspruchsbefugnisse des Staates auf ein Minimum reduziert haben.

Hobart erfreut sich eines eignen Schlachthauses mit Schlachthauszwang. Brisbane hat nichts anderes als ein Bad und einen Fruchtmarkt, der so ungeschickt tarisiert war, daß daneben ein privater Markt errichtet wurde, der dem städtischen seine Mieter entzog.

Berth hat ein öffentliches Bad und einen Steinbruch.

In Neusüdwales besaßen außerbem im Jahre 1908 28 Gemeinden ihre eigene Gasbeleuchtung zu den Herstellungskosten von 197344 L, drei davon bedienen sich des Acetylengases; sechs Gemeinden — außer Sydney city — verfügen über eigene elektrische Werke im Herstellungspreis von 77700 L. Die Verpslichtung zur Straßenbeleuchtung im neuen Gemeindegeset von 1906 und die Loslösung der Einrichtung elektrischer Anlagen von gesetzlicher Ermächtigung verspricht dieser kommunalen Tätigkeit weiteren Aufschwung zu geben.

In Westaustralien wird die Hauptstadt von einer Reihe kleinerer Städte in den Schatten gestellt; so haben Boulder, Kalgoorlie, Konowna, Northam elektrische Kraftstellen, Claremont ein eigenes Wasserwerk. Kalgoorlie und Boulder besitzen ein öffentliches Schwimmbad, Marktanlagen und Kühlräume. Freemantle hat elektrisches Licht, Trambahn und Märkte in eigener Verwaltung.

Größeren Umfang hat die fommunale Tätigkeit in Neuseeland ge-

Wellington und Dunedin haben Trambahn und elektrische Beleuchtung. Dort ist auch ein städtisches Schlachthaus im Entstehen.

Christdurch betreibt ein Elektrizitätswerk und die Trambahn, hat Schlachthaus und Friedhöfe.

Audland besitzt ein Schlachthaus und einen Friedhof. Ein Zentralmarkt, der hier bestand, wurde wieder aufgegeben, weil, wie der Stadtsschreiber mir sagte, die Neuseeländerin, ob Handwerksfrau oder Dienstbote, sich zu sehr lady fühlt, um sich mit dem Schleppen von Waren auf der Straße zu mühen und sehen zu lassen. Bo man sich aber vom Metger, Bäcker, Gemüse= und Obstgärtner die Waren ins Haus bringen läßt, bedarf man keines Zentralmarktes, und an dem offenkundigen geringen Bedürfnis ging diese Institution ein.

Auch in kleineren Städten finden wir zahlreiche gemeindliche Unter=

nehmungen; so Gaswerke in Inverkargill, Lyttelton, Oamaru, Waihi, Petone, Relson und Wanganui, Elektrizitätswerke in New Plymouth und Lyttelton, eine Trambahn in Petone, Schlachthäuser in Waihi, New Plymouth, Napier, Wanganui, Nelson, Lyttelton, Inverkargill, Oamaru und Timaru und ein warmes Bad in Wanganui.

Das wichtige Gebiet der Wohnungsfürsorge ist nirgends von den Gemeinden in Angriff genommen worden, obwohl Neuseeland im Jahre 1905 sogar ein besonderes gesetzliches Mandat erteilte.

Wellington erwähnte wohl in seinem Stadtbericht von 1904 die deringende Notwendigkeit der Herstellung von gesunden Wohnungen und machte sich anheischig, die parlamentarische Genehmigung zur Errichtung von municipal dwellings zu erholen, aber als das Geset im Jahre 1905 kam, blieb man in Wellington wie im ganzen übrigen Neuseeland untätig, dis der Bürgermeister von Auckland im Jahre 1907 diese Frage in Fluß brachte; er empfahl die Errichtung von 40 kommunalen Arbeiterhäusern zu 20000 L, "da die Bautätigkeit in der Stadt in kleinen Wohnungen nicht genügend sei, um der steigenden Nachstrage zu begegnen 1, da eine ungeheure Nachstrage nach kleinen Wohnungen wäre, aber zu einem Wochenmietpreis dis zu 10 sh nur sehr wenig Häuser entstünden, da die als frei annoncierten Wohnungen außerhalb der Zahlungsfähigkeit der gewöhnlichen Lohnarbeiter lägen".

Der Stadtrat schob die Angelegenheit auf die lange Bank und hat sie bis heute (1909) noch zu keiner Regelung gebracht. Bei der Beratung erhob sich auch bereits der Einwand, daß eine Stadt nie so billig bauen könne, wie ein Privatunternehmer und deshalb nicht erfolgreich mit ihm konkurrieren werde, und daß die Bereitwilligkeit des Staates, jedem Arbeiter das notwendige Kapital zur Errichtung eines Hauses vorzuschießen, jedes Borgehen seitens der Gemeinde erübrige.

Dem mangelnden Verständnis für kommunale Tätigkeit steht gleiche Tatenlosigkeit auf dem Gebiete gemeindlicher Bodenpolitik zur Seite.

^{1 1906} beftanden in Aucklands Eity 6918 Häufer: 32 mit einem Raume, 88 mit 2, 1504 mit 3 und 4, 3051 mit 5 und 6, 2044 mit mehr als 6 Räumen; von den übrigen waren 165 unbewohnt oder im Bauen begriffen, 34 entzogen sich statistischer Angabe. Workers Homes Report by his Worship the Mayor (Arthur M. Myers, Esq.). Presented to the Auckland City Council on the 14. February 1907, S. 4.

² The Workers Dwelling Act 1905 (An Act to make better provision for the erection of Workers Dwelling) und The Workers Dwelling Act Amendment Act 1905.

Der kommunale Grundbesitz ist meist ganz unerheblich. Da keine Gesetze zu bessen Erhaltung verpflichteten, ist dies nicht zu verwundern; anderseits darf nicht übersehen werden, daß es sich bei den Hauptstädten immer um den geschlossenen Innenbezirk handelt, dessen Grund und Boden oft schon seit Jahrzehnten voll ausgenützt ist und an Bauplätzen weder im öffentlichen noch im privaten Besitz erhebliche Flächen vorhanden sind. In fremden Gemeinden Grundbesitz zu erwerben, lag natürlich ziemlich sern. Was wir heute an städtischem Grundbesitz zu verzeichnen haben, sind nahezu ausschließlich Mietshäuser, die auf städtischem Grund und Boden stehen.

Rühmenswert ist freilich, daß die australischen Städte große Flächen Parkland und Sportplätze besitzen, die wenigstens teilweise als Weide, in Holznutzung und in Miete Ertrag bringen. Immerhin hat der umsfangreiche Parkbesitz doch auch seinen großen Wert, da er im unsünstigsten Fall für öffentliche Einrichtungen, wie botanische, zoologische Gärten und ähnliche Zwecke diensthar gemacht werden kann.

Das Beste schuf ber Kolonel Light, ber im Jahre 1836 ben Sit für Abelaide mählte und einen breiten Gürtel freies Land um die Stadt im Bebauungsplan legte, ber bis heute erhalten blieb.

	Sydney	Mel= bourne	Abelaide	Hobart	Perth	Brisbane	
	Acter						
Überbaute Bodenfläche Gartenanlagen, Sportplätze und ähns liches	2015	4304	1042	1240	2300	3205	
	703	1436	2300	660	1160	2521/2	

Diese Ziffern erschöpfen sich freilich in einigen Städten nahezu völlig in einer einzigen Anlage, die zur Stadt seitlich liegt, wie etwa der Tiergarten zu Berlin: so in Perth im Königspark mit 1018 Acker, in Hobart mit der Königinanlage mit 630 Acker.

Auch hier ist Neuseeland dem Festland überlegen, indem nicht nur die größeren Städte, wie Auckland, Christchurch, Dunedin und Wellington, sich ausgedehnten Stadtbesitzes erfreuten, sondern auch so kleine Orte, wie Lyttelton, Timaru, Inverkargill und andere.

Nur in Neuseeland hat wirtschaftliche Tätigkeit wie Bobenpolitik größeres Verständnis gefunden.

¹ Siehe Sahresbericht der Stadt Brisbane für 1904, S 33.

2. Wirtschaftliche Tätigkeit und Gemeindegrundbesit im Ginnahmebudget der Gemeinden.

Bon allen den städtischen Unternehmungen, wie dem gemeindlichen Grundbesitz flossen der Gemeinde in Australien nur geringe Reinz gewinne zu.

Bei ben Wasserleitungen und Kanalisationen hielt im allgemeinen bas Selbstkostenprinzip von Gewinnerzielung ab, doch spielen sogar die Gesuche ber burch Staatsgelder hiezu in die Lage gesetzten Gemeinden um Nachlässe in ihren Verpflichtungen gegen den Fiskus eine häusig wiedertehrende Erscheinung in den Parlamenten von Neusüdwales und Victoria.

Bei ben 23 gemeindlichen Wasserwerken Victorias standen am 30. Juni 1907 nicht weniger als 9786 & Zinskrückstände zu Buch.

Für öffentliche Bäber wurde der Gesichtspunkt gemeinnütziger Tarisierung in ganz Australasien anerkannt, was die Gemeinde, wo sie solche
betrieb, mit oft sehr hohen Lasten bebürdete. Ein ziffernmäßiges Beispiel
haben wir in Melbourne; es wies für sein Schwimmbad 1904 folgendes
Budget auf:

In Newcastle hat freilich das große Desizit einen mit geringem sozialpolitischen Verständnis begabten Gemeinderat zur Veräußerung dieser hygienischen Anstalt veranlaßt.

Aber auch bei ben Tätigkeiten, bei benen Erwerbsgewinn gerecht= fertigt erscheint, flossen nur geringe Erträgnisse.

Sybney, das ein Budget von 260 000 L hat, zog im Jahre 1907 als bedeutendste Einnahme aus gewerblicher Tätigkeit 15 339 L aus seinem Elektrizitätswerk. Im übrigen hat es noch nicht 10 000 L aus seinen Märkten und seinem Grundbesit (ohne das Rathaus) rein vereinnahmt, wobei der Zinsauswand für das in Grund und Boden stedende Kapital nur beim Biktoriamarkt berücksichtigt ist. Der berühmte "weiße Elephant", — wie man in Australien versehlte Unternehmungen bezeichnet, — der Biktoriamarkt, zehrt mit seiner Berlustziffer alle übrigen kleinen Gewinne auf.

Sydney	19	06	Durchschnit 1900—	٠,
	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
Rathaus	4 024 528	17 228 572	3 625 563	18 321 325
Gebäude:	2 084	33	2 047	170
Haymarkt	353	77	364	112 134
an der Sufferstraße	656 15 621	174 25848	\$35 15 685	$24\ 059$
Reuer Belmoremarkt	6 567 3 794	$\begin{array}{c}2536\\1699\end{array}$	5 737 3 998	2 435 1 613
Fischmarkt	$\begin{array}{c} 3011 \\ 9612 \end{array}$	2 633 1 639	$\frac{3360}{9653}$	3 153 2 528
Kleinviehmarkt	$1588 \\ 1528$	$\frac{584}{2324}$	1 397 591	$523 \\ 1\ 052$
Pferdemarkt	$450 \\ 252$	381	$\frac{344}{217}$	$\frac{-}{291}$

Auch die Hygienisierung der Stadt durch Niederlegung ungesunder Stadtteile wurde für Sydney ein kostspieliges Unternehmen. Es erhielt die Ermächtigung hierzu durch ein eigenes Geset vom 5. Dezember 1905.

"Ein Gesetz, das der Gemeindeverwaltung der Stadt Sydney das Recht gibt: Land in der genannten Stadt zu kaufen, das dafür nötige Geld aufzunehmen, mit dem Land alle nötigen Umwandlungen und Rechtshandlungen vorzunehmen und dafür Borsorge zu treffen, daß Arbeiterwohnungen an den niedergelegten Plätzen oder auch anderswoerstehen."

Sydney hat daraufhin zwei Stadtverbesserungen durchgeführt, am Athloneplat und an der Werfordstraße, wo elende, teils von Chinesen bewohnte Häuser das Heim von Krankheiten, Epidemien, Prostitution und Laster aller Art waren. Für die Gesundung der Stadt war damit gessorgt, um die Herstellung von gesunden Ersatwohnungen für die Berstriebenen kümmerte sich aber die Stadt nicht. Statt ferner nach dem englischen Muster Chamberlains in Birmingham die neugeschaffenen Baupläte im eigenen Besitze zu behalten und von der Wertsteigerung von Grund und Boden im Lause der Jahre Vorteile zu ziehen, hat Sydney die Quartiere verkauft und die Unternehmung mit einem endgültigen Berlust von 75 000 Labgeschlossen.

Erfolgreicher war die kommunalpolitische Tätigkeit Melbournes, das sich 1907 einer Einnahme von $40\,000\,\mathcal{L}$ aus seinem Grundbesitz, $21\,220\,\mathcal{L}$ aus seinem Elektrizitätswerk und $6117\,\mathcal{L}$ aus seinem Schlachthaus erfreute. Bon seinen Märkten und seiner Stadtwage vereinnahmte es netto $8671\,\mathcal{L}$.

Die Hauptstädte Auftraliens und alle Städte über 5000 Einwohner in Reuseeland	Wasserleitung	Kanalifation	Warmes Bad	Gaswerf	Reinertrag
Auftralien 1907: Sybney	ö. K. ö. K. S. ö. K. ö. K.	ö. K. ö. K. S ö. K. ö. K.	_ & &	p p p p p	€
Provinzialdiftrift Auckland Auckland Devonport Grey Linn Parnell Udifi	කස ක	ක හ හ ස ල	 	p p p (g)	 - - - -
Provinzialbiftrikt Taranaki: New=Plymouth	g	g	_	p	
Provinzialdistrikt von Hawke Bay: Napier	g	g	_	p	_
Brovinzialdistrikt von Bellington: Bellington	ක හ හ හ	දා දා දා දා	 g	$\frac{\mathrm{p}}{\mathrm{g}}$	
Provinzialbiftrikt von Nelson: Nelson	g	g	_	g	
Provinzialbistrikt von Canterbury: Christchurch	භූ	දුර දුර	 	p p g²	 508
Provinzialbistrikt Otago: Dunebin	භ භ භභ	ö. K. — g g		p b b	350 1019

¹ Markt vordem in Sänden der Gemeinde.

Erklärung der Abkürzungen: g = gemeindlich, p = privat, gs = gemeindlich

² Zwangsweise erworben, erfter Fall von compulsory acquisition in Neu

³ verpachtet.

⁴ Ertrag von 135 Stadtgrundstücken.

Clektrizitätswerk	Reinertrag	Trambahn	Reinectrag	Schlachthaus	Reinertrag	Markt	Reinertrag	Größe des gemeinde lichen Besişes ause schließlich Gartene anlagen und öffent- lichen Pläzen (Acker)	Sein Ertrag (E)
g p p p	£ 15 339 21 220	S p ö. K. p p p		S g g p p	6117 ———————————————————————————————————	හ හා හා <mark>හ</mark>	8671 — — — —	703 1436 2300 $252^{1/2}$ 1160 660	40 000
 		<u>р</u> <u>р</u>		g - p (g)	423 	p¹		970 32	11 900 — — — 30
(g)	_	-	_	g	_	_	_	2076	150
_	_	_	-	g	_	-	_	2101	218
- gg	 - -	g (g)		(g) — — g	_ _ _	_ _ _	_ _ _	1658 232 86 2050	9 832 222 - 79
_	-	_	_	g	97	_	_	$91^{1/2}$	10
<u>g</u> —	386	<u>g</u>	_ _ _	කු ක ක	150 45	- -	_	6530 2048 2200	591 501 1 634
_ _ _ _		g p p	_ _ _	න ව න න	348 — — —	$\frac{-}{g^3}$	143	624 1100 —	9 480 45 605 ⁴

feeland.

subventioniert, ö. K. = öffentliche Körperschaft, S = Staat, () = in Bau begriffen.

Alle übrigen städtischen Gemeinden (municipalities) Bictorias zusammen schöpften 1907 bei einem Jahresbudget von $1^{1/2}$ Millionen nur 66 601 $\mathscr L$ aus Grundbesitz und 57 190 $\mathscr L$ von Märkten einschließlich der Stadtwage und das waren Bruttoeinnahmen.

Auch in Neuseeland ist die gewerbliche Tätigkeit der Gemeinden noch zu keiner nennenswerten Einnahmequelle geworden, doch bringt der Bodenbesitz manchen Orts guten Ertrag.

Christchurch erzielte 1905 aus der Versorgung mit elektrischem Licht eine Reineinnahme von $386~\mathscr{L}$.

Die Hauptstadt Wellington hat hingegen durch einen sehr niederen sozialpolitischen Trambahntarif dieses Unternehmens in ein Desizit gestürzt, das sie durch Beseitigung des einmal eingewöhnten Tarifs nicht zu beseitigen wagt.

Dunedin hatte bei seinem Gaswerk 1905 einen Verlust von 3000 \mathcal{L} , verdiente hingegen an seiner Trambahn 5700 \mathcal{L} , an seinem Schlachthauß 348 \mathcal{L} .

Audland zog aus seinem Schlachthaus 423 L.

Aus städtischem Grund und Boden flossen in die Stadtkasse von Auckland $11\,900\,$ £, von Wellington $9832\,$ £, von Dunedin $9480\,$ £ und von Christchurch $591\,$ £.

Auch einige kleine Städte weisen beträchtliche Ginnahmen aus Gewerbebetrieb und Grundbesit auf.

(Siehe Tabelle S. 104/5.)

Trot dieser geringen Erträgnisse wurde bei der Tarisierung der öffentlichen Anstalten sozialpolitischen Rücksichten nur wenig Raum gewährt:

Die zwei neuseeländischen Städte Wellington und Lyttelton spielen eine rühmliche Ausnahme, wenn sie den Wasserbedarf für häusliche Zwecke unentgeltlich verabreichen.

So entbehren die australischen Gemeinden noch in großem Umfang der volkswirtschaftlich förderlichen kommunalen Institutionen und damit einer Einnahmequelle, wodurch die Steuerlast herabgesetzt werden könnte. Mangels einer sozialpolitisch abgestuften Tarifierung kann es auch nicht gebilligt werden, daß vielerorts volkshygienische Unternehmungen sogar unter dem Selbstkostenprinzip betrieben werden.

Diesen Verhältnissen hält ber australische Kommunalpolitiker Vivian Biggs die Resultate des Heimatlandes gegenüber 1:

¹ In "Greater Melbourne", Melbourne 1900, S. 26.

Benn in England im Jahre 1899 auß 88 Mill. L, die in gemeindlichen Unternehmungen aller Art staken, 33/5 Mill. Reinprosit erzielt werden konnten, so ist das ein schöner Ausblick für Australien, was aus gemeindlicher Tätigkeit an Sinnahmen erzielt werden könnte, ganz abgesehen von der Befruchtung des gesamten wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens durch Gemeindeunternehmungen.

3. Vornahme gemeindlicher Tätigkeiten durch Staat, öffentliche Körperschaften und private Gesellschaften.

Bir haben in Deutschland, wie anderswo Zentralisationsphantasten, die am liebsten alles in die Hand des Staates legen würden. Australien zeigt und, daß das Eingreifen des Staates in lokale Birtschaftstätigkeit eine wenig glückliche ist und weit besser von solcher der lokalen Selbst-verwaltungskörper ersest werden würde.

Sydney klagt über die beispiellos verkommenen Verhältnisse des ganz veralteten staatlichen Schlachthauses in Glebe. Es wird mit Recht beanstandet, daß in einer Angelegenheit von so großer kommunalpolitischer Bebeutung, wie der eines Schlachthauses, die Staatsregierung, die den Bürgern Sydneys nicht verantwortlich ist, tätig ist.

In Berth ist das Wasserwerk Gegenstand der bittersten Angrisse. Dieses Unternehmen ist in Wirklichkeit Staatsanstalt, wenn es auch einem besonderem Board untersteht, denn dieser setzt sich aus vier vom Staat ernannten Personen zusammen, die so sehr der Willfür der Staatseverwaltung unterliegen, daß sie im November 1904 vom Staat ihres Amtes entsetzt wurden und der Minister für öffentliche Arbeiten die Gesichäfte selbst mehr als ein Jahr leitete.

Der Bürgermeister von Perth schilbert in seinem Jahresbericht 1902/03 die Zustände dieser Verwaltung wie der Einrichtung selbst in bewegten Worten: "Obwohl ich gesetzesmäßig die Stadt im Metropolitan Waterworks Board vertrete, sind meine Bemühungen völlig erfolgloß gewesen, da einige der Ausschußmitglieder sich offensichtlich dem Interesse der Bürger widersetzen. Die Qualität des Wassers ist außerordentlich mangelhaft, Proben, die entnommen wurden, zeigten im Sommer eine sehr schlechte organische Beschaffenheit des Wassers, in den Wintermonaten erwies es sich eisenhaltig und mit Pflanzenbestandteilen durchsetzt. Das artesische Wasser, womit die Stadt hauptsächlich versehen wird, ist übershaupt viel schlechter als Erdoberslächenwasser. Troß dieser Nachteile kostet das Wasser 2 sh für 1000 Gallons gegenüber 1 sh in Melbourne und

Sydney und 1 sh und 3 d in Abelaide. Die Ausgabe für Wasserwerke pro Kopf der Bevölkerung in englischen Städten von der Größe von Perth betrug 3 £, in Melbourne betrug die Ausgabe 7 £, in Perth 13 £. Die Gebühren sind in Perth so hoch, daß manche Hausbesitzer elektrische Krast statt hydraulischer benützen, selbst artesische Brunnen anslegen oder sonstwie nach Wasserversorgung sich umtun. Das staatliche Werk überkapitalisiert und die Abschreibung eines Teiles des Kapitals ist notwendig, will man nicht das Unternehmen in schlimmster sinanzieller Mißwirtschaft verharren, die Einwohner selbst mit unerträglichen Wassergebühren belastet sein lassen. Die Neubestellung des Ausschusses unter der Verleihung des Wahlrechts für die Ausschußmitglieder an die Bürger ist der einzige Weg, Besserung erhoffen zu können."

Durch ben Eigensinn bes Staates, das Kanalisationswesen von Perth selbst in die Hand zu nehmen, ist Perth bis heute ohne zeitgemäße Kanalisation geblieben.

Ein späterer Bericht bes Bürgermeisters von Berth ist von bem Berlangen auf andere Bestellung bes Ausschusses zu ber Erkenntnis von ber Notwendigkeit der Sigentätigkeit ber Gemeinde vorgeschritten:

"Jebe Regierung hat Wasserversorgung und Kanalisation von Perth zum Objekt ihres Programms gemacht, und doch ist keines der 6 Ministerien der letzten 5 Jahre dieser Frage näher getreten. Ein Ministerium kommt an seine Stelle, nimmt einen definitiven Plan auf, verläßt seinen Plat aber bereits, ehe es die Angelegenheiten vor das Parlament bringt — keines eben betreibt kommunale Angelegenheit mit besonderem Ernst und der ihnen zukommenden Wichtigkeit und so wird jeder Fortschritt um Monate, ja um Jahre verzögert. Der Staat möge die Hand von diesen Dingen lassen und uns nicht weiter darin hemmen, er gebe uns selbst die gesetzliche Besugnis und die sinanzielle Kraft durch Ausdehnung unserer Anleihebesugnis, denn solche öffentliche Arbeiten wie Kanalisation und anderes sind weit besser in der Hand der Gemeinde."

Nicht weniger schlimm sind die Klagen über das Wasserwerk in Freemantle, das seiner Organisation nach auch eine Staatsanstalt ist: man klagte, daß die dortige artesische Wasserversorgung wegen ihrer starken mineralischen Bestandteile geradezu gesundheitsschädlich sei.

Wo ber Staat ganz allgemein Wasserleitungen und Kanalisationen einrichtet, klagt man, daß er dies zu schablonenhaft tut und weder in der Anlage, noch in Verwaltung und Tarisierung die individuellen lokalen Verhältnisse berücksichtigt.

Die aus Straßenbahnen erzielbaren Gewinne find Sydney und New-

castle vorenthalten, da dort die staatliche Eisenbahnverwaltung diesen Berefehr besorgt; in Victoria hat die staatliche Straßenbahn St. Kildas Brighton die in Länge von 5,13 Meilen Bororte Melbournes durchzieht, freilich nur Desizite gebracht; es betrug 1906/07, dem ersten Betriebszjahre, 9782 £, 1907/08 6065 £.

Auch die öffentlichen Körperschaften haben die lokalen Angelegenheiten nicht mit jenem Berständnis besorgt, das ein auf dem Willen und Wünschen der Allgemeinheit basierter Gemeinderat besitzen muß und wird. Das macht sich um so schlimmer geltend, je weniger die Gemeinde an der Berwaltung dieser Boards und Trusts beteiligt ist. Es entstand beshalb in Australien eine Bewegung, die öffentlichen Körperschaften wenigstens nach dieser Richtung hin zu reformieren. So hat die öffentliche Meinung sich bei der Reubestellung der Körperschaft für die Berwaltung des Hafens von Sydney — Sydney-Harbour-Trust — gegen die Ernennung der drei Berwaltungsmitglieder, Commissioners, durch den Staat ausgesprochen und die Basierung dieses Körpers auf Wahe gefordert. (Sydney Morning Herald 29. Februar 1908.)

Wie die öffentlichen Interessen von solchen Körperschaften vernach= lässigt werden, zeigt sich uns an zahlreichen Beispielen:

Die Wasserversorgung in Brisbane, die in Händen einer öffentlichen Körperschaft liegt, ist Gegenstand nie verstummender Klage.

Der Bürgermeister schreibt: "Im Interesse ber Gesundheit ber Bürger unserer Stadt wäre es, wenn eine bessere Bersorgung mit Wasser und ein entsprechendes Kanalisationswesen bestände", doch meint er — in solche kommunalpolitische Entsagung und Ohnmacht ist man bereits verfallen: "diese Angelegenheiten müssen von einem Wasser und Kanalisitionsausschuß besorgt werden und sind beshalb nicht Sachen der Stadt."

Man bevorzugt in Brisbane das Wasser von der Dachtrause, und der Regenwassertank wird sorgsam gefüllt, damit man nicht das grünliche, übelschmedende Wasser der "Wasserversorgung" trinken muß. Es liegt ein Humor darin, leider einer, der sichs damit genug sein läßt, die bestehende Lage zu höhnen, statt auf ihre Beseitigung zu denken, wenn der Stadtbericht Brisbanes schreibt:

Water water everywhere Nor any drop to drink.

Auch die Finanzierung dieser öffentlichen Unternehmungen ist teilsweise eine wenig gemeinnütige, so ist die öffentliche Körperschaft für Wassersversorgung in Sydney nicht auf größtmögliche Bervollkommnung ihres Berkes bedacht, sieht anderseits nicht einmal Amortisation vor, lieferte

bafür aber im Jahre 1905 bem Staat einen burch folch verfehltes Finangaebaren entstehenden Reingewinn in Sohe von 29116 L. 1906 sogar einen folden von 41 560 £, 1907 von 31 828 £, 1908 von 25 361 £ ab. Das Kanalisationsunternehmen brachte in den Jahren 1905 mit 1908 Reinerträge von 25 061 £, 30 734 £, 14 743 £ und 4096 £. wenig biefe Waffer= und Kanalisationsförperschaft bem Interesse ber Stadt bient, kann aus einer Beschwerde ber Baumeistervereinigung Sydneys ersehen werben: "Dadurch, daß ber Staat die Körperschaft nicht mit genügenden Mitteln versieht, entstehen fortwährend Stodungen und die Rörperschaft tann ihre Arbeiten nicht so burchführen, wie sie will. Dbenbrein verlangt die Körperschaft die Garantie einer fechsprozentigen Binsund Amortisationsabgabe für jebe ihrer Rapitalsaufwendungen. Dies hat die Entwidlung der Vororte auf das schwerste gehemmt, die Bautätiakeit stockt, Bauarbeiter sind untätig und wo gebaut wird, geschieht es zu ungunftigen hygienischen Bedingungen; es fehlt eine ben Bedurfnissen ber Stadt entsprechende Ausdehnung des Wasser= und Kanali= fationsneges und es hinft fomit in ichablicher Beife ber tatfachlichen Stabtentwicklung nach."

Um fremdesten sind jedoch natürlich die Brivatgesellschaften den lokalen Bedürfnissen gegenüber gestanden und am taubsten allen Wünschen, wenn diese sich mit ihrem Gewinnstreben in Gegensatz stellten. Das Berfahren in der Konzedierung weist schon schwere Verstöße gegen das Interesse der Allgemeinheit auf:

Die Erlaubniserteilung zum Betriebe bedarf gesetzlicher Ermächtigung, wobei die Gesetzgeber sich meist wenig um die Interessen und Bünsche der Stadt fümmerten, wenn nicht ein gewandter Parlamentarier sich ihrer annahm. Der Staat behält sich obendrein meist ein Überwachungsrecht der Privatgesellschaft neben der Stadt vor oder bevormundet den Berkehr dieser mit der Privatgesellschaft; so ist in Perth jedes Vorgehen der Stadt gegen die Trambahn an die vorherige Einnahme der staatlichen Eisenbahns direktion geknüpft.

Die Verstaatlichung oder Verstadtlichung ist selbst noch in Verträgen neuester Zeit auf die benkbar ungünstigste Weise geregelt, indem wohl das Necht hierzu festgesetzt wurde, aber die Wertbestimmung des Unternehmens freiwilliger Übereinkunft oder einem Schiedsspruch sorglos überslassen blieb.

Bon wenigen Ausnahmen abgesehen, haben Privatgesellschaften sich nicht nur von jeder Verpflichtung in Betrieb und Tarif, sondern auch von Abgaben freizuhalten gewußt.

In Melbourne ist es eine veraltete elektrische Kabelbahn, die in Betrieb wie Tarif die Interessen der Gemeinde und ihrer Bürger auf das rücksichtsloseste mißachtet. Sie vermochte unter diesen Umständen Dividende die zu 15% zu verteilen. Die Gasgesellschaft in Melbourne verlangt den doppelten und dreisachen Preis englischer Städte, obwohl die Kohlenzusuhr von Newcastle auf dem Wasserweg erfolgen kann. Während die London South Metropolitan Gas Company 2 sh für 1000 Kubissus erhebt, die Gesellschaft in Sheffield 1,1—1,5 sh je nach der Konsumqualität, verlangt man in Melbourne 5 sh (Age, 13. November 1906).

In Newcastle ist dem Gaswerk keine Grenze irgend welcher Art gegeben und es hat, obwohl die "Stadt der Kohle", Einheitssäße von einer Höhe, wie sie kaum irgendwo in England oder Australien sich sonst sinden. Es nütt seine Monopolstellung mit allem ungezügelten Erwerbsstreben aus. In Albury, einer anderen Stadt von Neusüdwales, suchte man, obwohl die Gesellschaft stets 10 bis 25 % Dividende verteilte, vergebens die Verbesserung der Qualität des Gases und seine Verbilligung zu erreichen, so daß man allen Ernstes die Errichtung eines eigenen Elektrizitätsewerkes ins Auge saste. Die Gaswerke zu Brisbane, Abelaide, Perth und Hobart rentierten sich gleichsalls zu 10-20%.

Schwer litt Abelaibe unter ben völlig ungenügenden Verhältnissen seiner Pferdetrambahnen, wohl der letten ihrer Art auf dem Erdenrund, die endlich mit der Übernahme durch eine öffentliche Körperschaft im Jahre 1908 einem elektrischen Betriebe wichen.

Nur in Perth und Auckland wurden bescheidene Auflagen erreicht. In Perth sind neben einer Abgabe von 3% von der Bruttoeinnahme aus den Fahrkarten an die Stadt, wogegen diese aber auf alle Steuern und Abgaben verzichtete, noch für gewisse Tagesstunden, morgens dis 8 Uhr und abends von 5 dis 6½ Uhr besonders niedrige Tarise bedungen worden. Auch sind Maximaltarise für Dußendkarten und Kinderbillets aufgestellt. Außerdem hat die Stadt das Recht, das Schienengleise in den Stunden der Betriedsruhe zu benüßen. Nach 21 Jahren geht die Trambahn auf Berlangen gegen Erstattung des Wertes der Anlage, der Grundbesitz höchstens zum Einkaufspreis ohne Zinsvergütung, das übrige nach einer eventuell von einem Schiedsgericht zu treffenden Schätzung an die Stadt über; nach 35 Jahren genügt der Ersat des vom Unternehmer für Grund und Boden bezahlten Preises.

In Audland hat die Trambahn wenigstens die Straßen in Stand zu halten, woneben die Stadt an dem Reingewinn bis zur Höhe von 5000 \mathscr{L} mit 5 %, darüber mit 10 % teilnimmt.

Bei der Zersplitterung in der Besorgung kommunaler Angelegenheiten wird auch der Boden der Städte von den verschiedensten Autoritäten aufgewühlt, was vom Verkehr lästig empfunden wird. Die endlose willkürliche Grabarbeit von all den Körperschaften und Gesellschaften hat endlich die Geduld des Magistrats von Abelaide erschöpft, so daß er bei der Regierung vorstellig wurde, ein Gesetzu verabschieden, wonach alle Straßenarbeiten der nicht von der Gemeinde verwalteten öffentlichen Einrichtungen von der Stadt durchgeführt werden müssen.

Trot aller bieser Erfahrungen in ben verschiedenen Städten ist bie Selbstbetätigung ber Gemeinden eine sehr geringe geblieben und ohne die Durchsetzung ber "Greater town"-Bewegung, die größere Gemeinden zu größeren Zielen machsen lassen wird, ist wenig zu hoffen.

Heute herrscht ein Gezänk und ein eifersüchtiges Streiten in den in zahlreiche Selbstverwaltungskörper zersplitterten Großstädten, was noch immer dem Staat oder öffentlichen Körperschaften gemeindliche Aufgaben zu lösen gibt 1, da diese sonst, die sich die vielen Gemeinden langsam geeinigt hätten, noch lange ihrer Erfüllung harren müßten.

Die Gemeinde aber leibet noch mehr, wo überhaupt jeder gute Wille und Gemeinsinn fehlt, und das ist bei den privaten Erwerbsunter= nehmungen der Fall; hier hat im vollen Sinne der Dritte die Freude

¹ Wie viel verschiedene Autoritäten in einer auftralischen Stadt nebenber laufen, ift am beften gezeichnet, wenn man bie Gewalten und Unternehmer nennt, die einem auf bem Weg durch die City von Sydney begegnen: ber Burger nabert fich der Stadt auf der Bai mit der Fähre einer Brivatgefellschaft und landet im Rechtsgebiet ber öffentlich-rechtlichen Sydnen-Hafenverwaltung, bei seinem Beg jum Bureau ftolpert er über Erbhaufen, von benen einer von ber Stadtgemeinbe, der andere vom ftaatlichen Arbeitsamt, ein dritter von der Waffer= und Kanalisations= förperschaft, ein vierter von dem bundesftaatlichen Boftamte, ein fünfter von der ftaatlichen Trambahnverwaltung, ein fechfter von der privaten Gas- ober der privaten Kraftkompagnie aufgehäuft ift; bei Nacht leuchtet ibm hier ftabtisches elektrisches, dort privatgefellichafiliches Gaslicht; ber Berkehr wird von ftaatlicher Polizei, die auch über die Ausführung einer Anzahl gemeindlicher öffentlicher Borichriften macht, geregelt: Gefundheitsvorschriften gegen Beftgefahr ergeben vom Staat, andere von ber Stadt, Die Wirtschaften unterfteben ftaatlicher Konzeffion, bie Nahrungsmittelfontrolle übt ber gemeindliche Gesundheitsbeamte aus, bas Fleisch kommt teils vom staatlichen Schlachthaus, teils von privaten Schlachtstätten, über die dort ftädtische, bier ftaatliche Inspektoren machen, die fich nach ftädtisch= staatlichen Berordnungen richten sollen; dort kommt die Feuerwehr, die einer besonderen Körperschaft Erifteng und Beisungen verdankt; Diefer Garten blubt unter ftaatlicher Munifigeng, jener borrt unter gemeindlicher Sparfamkeit, ber Friedhof bort hat wieder seine eigene juriftische Personlichkeit und so läßt sichs fortfeten.

auf Kosten ber Gemeinben, die sich streiten, statt zu einer Sinigung sich zu verstehen, zu der die Privatgesellschaften vom anderen Ausgangspunkte aus in ihrem Interesse zu gelangen wissen.

4. Städtische Arbeiten und Arbeiter.

Die städtischen Arbeiten sind in Australien neben der geringen wirtsichaftlichen Tätigkeit auf wenige Gebiete, wie Straßenbau, Straßenzreinigung und Hausunratabsuhr beschränkt, aber auch hier ist dem Privatunternehmer vielsach die Ausführung überlassen.

Unter diesen Umständen sehen wir in Australasien eine gegenüber England und Deutschland sehr geringe kommunale Arbeitstätigkeit und damit eine geringe städtische Arbeiterschaft. Doch haben sich hier nichtse destoweniger für die wichtigen sozialpolitischen Fragen des Arbeitsvertrages interessante Lösungen ergeben.

Die city von Sydney zeigt in ihrem Stab von 568 Personen den Umfang ihrer eigenen Tätigkeit. Englische Städte von gleichem Umfang — Sydney city zählte 1906 124 486 Einwohner — haben tausende von Arbeitern in Sold: z. B. Birdenhead mit 118 441 Einwohnern hat eine Arbeiterschaft von 2798 Köpfen. Sydney hat die Straßenreinigung, die Abfuhr von Kehricht und Fäkalien in eigener Regie, die Straßen stellt sie nur zum Teil selbst her. Die Errichtung einer skädtischen Druckerei, welche die Trades' Hall anregte, wurde unter dem Hinweis auf die Ungleichheit der Arbeitsmenge während der Dauer eines Jahres abgelehnt.

Die Lohnverhältnisse sind hier durch den staatlichen Lohnschiedssegerichtshof geregelt, doch hat die Stadt ihrem Bunsche "a model employer" zu sein (Stadtbericht v. J. 1902, S. 102), noch besonders Ausdruck versliehen, indem sie den Angestellten 12 Tage Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes gewährt.

Das Problem ber Krankenfürsorge für alle städtischen Arbeiter und das der Unfallversicherung der Straßenreinigungsjungen kam über die Beratungen des Jahres 1902 nicht hinaus zur Verwirklichung.

Wo städtische Arbeiten an Unternehmer vergeben werben, ist die Bedingung aufgenommen, daß Gewerkvereinslöhne gezahlt werden müssen, soweit eben nicht die Lohnfrage bereits durch das Schiedsgericht geregelt ist.

Sydney hat in den letzten Jahren auch den Übergang von der Bergebung in Submission zur eigenen Ausführung versucht; es unternahm im Jahre 1906 die Straßenherstellung in eigener Regie. Der Versuch siel, soweit es den Belag der Straßen mit Holzpflaster betraf, ungünstig Spriften 130. Orittes hett. — Gemeindebetriebe III. 3.

aus, da die Quadratelle Holzpflaster sich auf 1 sh 10 d bezisserte, mährend sie unter dem Kontraktspstem sich auf 1 sh 5 d stellte, andere Arbeiten, wie die Herstellung von Teertrottoirs und blue metall=Belag führten unter strenger Aufsicht zu günstigem Resultat. (Annual Report. City of Sydney, 9. Februar 1907, S. 30, 177 sf.)

Um das Protektionswesen einzudämmen, ist dem Stadtingenieur freie Hand gegeben, anzunehmen und zu entlassen, wie immer es ihm gutbünkt, jeder Versuch eines Stadtverordneten, einen Arbeiter unterzubringen, soll als genügender Grund gelten, diesen Arbeiter nicht einzustellen.

Bur Zeit der Arbeitsnot im Jahre 1904 kam der Magistrat einem Bunsche der Trades' Hall entgegen und erklärte sich bereit, wo gleich fähiges Angebot vorliege, Arbeitern, die in der city wohnen, den Borzug vor anderen bei der Einstellung einzuräumen.

Melbourne hat eine ähnliche kommunale Tätigkeit wie Sydney, da es das Straßenwesen in eigener Regie betreibt, ebenso besorgt es die Absfuhr von Unrat und Fäkalien mit eigenen Leuten, nur Pferde und Wagen sind gemietet. Auch hier hat der Stadtingenieur die volle Besugnis zur Anstellung und Entlassung der Arbeiter.

Durch Stadtratsbeschluß vom 20. Januar 1896 wurde eine Kommission beauftragt, über die Lohnzahlung der Arbeiter bei Submissionsaufträgen Normen aufzustellen; wenn das Resultat dieser Kommission auch nicht formell zum Beschluß erhoben wurde, so wird es doch tatsächlich beachtet:

Man lehnte sich bei dieser Regelung an die Normen der in Victoria bestehenden minimum wages boards an.

Danach wurde ein minimum wage für alle Arbeiter empfohlen, der etwas niedriger ist, als der von der Stadt für frästige und geübte Arsbeiter ausgeworsene Lohn; dabei soll dieser Mindestlohn doch ein "billiges" (fair) Entgelt für die Dienstleistung sein: während der minimum wage für Personen von 18—55 Jahren auf 85% jenes Lohnes sich stellen muß, soll der jugendlicher Arbeiter mindestens 50%, der alter Leute 75% jenes Lohnes betragen.

Der Stadtrat schloß sich für seine eigenen Arbeiten ber bei ber Basser= und Kanalisationskörperschaft üblichen Entlohnungsftala an:

Für Arbeiter unter 16 Jahren ein Tagesminimallohn von 2 sh 6 d,

Abelaide, mit einer Beschäftigungszahl von 140 Arbeitern, betreibt Straßenbau und Unratabfuhr in städtischer Regie; die Machtstellung

ber Stadtingenieure ist hier durch Beschwerde an Stadtschreiber und works comittee beschränkt. Die im Jahre 1905 angeregte Alterseversorgung der Angestellten wurde unter Hinweis auf das in Aussicht stehende bundesstaatliche Old Age Pensions-Gesetz, das endlich im Jahre 1908 kam, leichthin abgelehnt.

In Freemantle und Perth werben nur kleinere Straßenreparaturarbeiten in eigener Regie geführt; das Abfuhrwesen sah man sich gezwungen, in eigene Regie zu nehmen, da die Privatunternehmer sehr schlecht und teuer wirtschafteten. Hier stehen die Arbeiter bei städtischen wie Submissionsarbeiten unter der Regelung des Arbeitsvertrages der staatlichen Lohnschiedssprechung.

Hobart hat Straßenbau und Straßenreparatur in eigener Hand. Wo Arbeit vergeben wird, wie bei der Abfuhr von Unrat und Fäkalien, ist die Wochenarbeitsdauer von 48 Stunden sowie die Arbeitsfreiheit an Samstagen bedungen; die Höhe der Löhne ist jedoch dem Unternehmer anheimgestellt.

Auch in Neuseeland blieb es neben der größeren wirtschaftlichen Tätige keit meist bei der Besorgung des Straßenwesens, während Tief= und Hochbauten in Kontrakt vergeben werden. Die Entsernung der Fäkalien ist nahezu überall privater Tätigkeit überlassen.

Die Unratabfuhr und evernichtung erfolgt in Auckland, Christchurch, Wellington, Napier und Lyttelton in eigener Regie; in Dunedin, Timaru und den meisten kleinen Städten durch Bertrag mit Privatunternehmern.

Wellington hebt in einem seiner Berichte hervor, daß es die Herstellung von Holzpflaster in eigener Regie billiger durchzuführen vermochte,
als es bei Bergebung in Submission geschah.

Im Gegensatzt zu ber in ganz Australien üblichen Tagesentlassung hat sich Wellington zur Einführung einwöchiger Kündigung entschlossen; hier wurde im Jahre 1906 auch der arbeitöfreie Samstag Nachmittag den Arbeitern eingeräumt. Eine Merkwürdigkeit ist vielleicht, daß ständig beschäftigte Arbeiter um 1 sh weniger Lohn erhalten, als vorübergehend beschäftigte; es ist dies damit begründet, daß jene immer, auch bei schlechtem Wetter, Lohn beziehen und sich deshalb mit geringerem Lohne begnügen könnten.

Die Stellung des Stadtingenieurs ist auch hier gegenüber der Arbeiterschaft verselbständigt worden.

¹ Bgl. hierüber meine Abhandlung: "Schiedsgerichte und Lohnausschüffe in Australien" im Archiv für Sozialwissenschaft, Bb. XXVII und XXVIII.

In Neuseeland sind die meisten Arbeitsgebiete und damit auch die ber städtischen Arbeiter durch die Schiedsprechung des Court of Arbitration geregelt 1, daneben schreibt hier das Gemeindegeset vor, daß in allen Submissionsverträgen sich als Bedingung sinden musse, daß die orts= üblichen Löhne gezahlt werden.

Das Municipal Handbook of New Zealand für 1905 zeigt uns baneben noch viele Beispiele besonders arbeiterfreundlicher Politik seitens der Gemeinden:

(Siehe Tabelle S. 117.)

Einrichtungen, wie städtischer Arbeitsnachweis und Fürsorge für die Arbeitslosigkeit im Winter blieben dem Staat überlassen, für jene fehlte in den plutokratischen Gemeindeverwaltungen das Verständnis, für dieses die Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung.

So lange ber Hausbesitz selbstfüchtig die australasischen Rathäuser beherrscht, wird auch wenig Hoffnung sein, daß man zu einer größeren Ausdehnung der städtischen Tätigkeit kommt, womit die Möglichkeit entfällt, von der Gemeinde aus auf den Arbeitsmarkt einen regulierenden und kontrollierenden Einfluß auszuüben.

5. Reform.

Diese Untätigkeit und Rückständigkeit in der wirtschaftlichen Tätigekeit der australasischen Gemeinde konnte natürlich nicht ohne Kritik im eigenen Lande bleiben. In der Tat suchen die fortschrittlichen Parteien diesen Justand durch einschneidende Reformen zu beseitigen, doch ist dis jetzt von Seite der Regierungen nicht viel geschehen.

Benn auch neuere Gesetz, wie die Gemeindegesetze von Neusübwales, oder die Stadtordnung für Sydney-City oder die Stadtgemeindeordnung für Neuseeland einigen Fortschritt gebracht haben, jene in Verselbständigung der Berwaltung durch Herstellung eigener sinanzieller Basis, alle in Erweiterung der Anteilnahme der Bevölkerung an der Gemeindeverwaltung, so konnten sie natürlich nicht den mangelnden gemeindepolitischen Geist bringen, der in Australasien fehlt, weil die Gemeinde einen zu beschränkten Wirkungskreis hat, weil sie an allen Schen und Enden von Governor, Parlament oder Regierung abhängig gemacht ist und in ihrer Sigentätigkeit durch Staat und Körperschaften aller Art geschmälert und beeinträchtigt ist. Vor der königlichen Kommission zur Untersuchung der Vergrößerung der gemeindelichen Verwaltungsbezirke, die vom Parlamente von Victoria berusen wurde, wies der Stadtschreiber von Melbourne auf die weit geringere

¹ S. Anm. S. 115.

Stadt 1905	Mindestlohn im Tage	Arbeitszeit (Stunden)	Sonstige Bemerkungen
Provinzialdistrikt von Auckland: Auckland	7 sh (Knaben	8	Beiteres¹ in ben Schiebs≥ gerichtsentfcheibungen.
Birkenhead	3 sh 4 d) 7 sh 7 sh 6 d	8	: - · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
Rewmarket	2 sh 5 d die Woche 7 sh	8	Bezahlung auch an Feiertagen. Ferien zwischen Weihnachten
Brovinzialdistrikt von Taranaki:	. 511		unb Neujahr, "Arbeitertag" (labourday) frei.
Haitara	7 sh 6 d 7 sh	8 8	Samstag halber Arbeitstag. 8 Tage Urlaub im Jahr.
Brovinzialbistrikt von Bellington: Bellington	7 sh	47 die Woche	Beiteres² in ben Schiebs= gerichtsentscheibungen. Samstag halber Arbeitstag.
Greytown	7 sh 8 sh 1 sh 1 d die Stunde	48 die Woche 48 " "	Donnerstag halber Arbeitstag.
Provinzialdistrikt von Relson:	7 ,	45 5 m r	Samstag halber Arbeitstag.
Relfon	$egin{array}{ccc} 7 & \mathrm{sh} \\ 9 & \mathrm{sh} \end{array}$	47 die Woche 8	Camping haibet atbeitving.
Provinzialbistrikt von Westland: Sofitika	9 sh 10 sh 8 sh 9 d	8 8 8	Samstag halber Arbeitstag.
Provinzialdistrikt von Canterbury:	- 1	40 51 m . r	O. Chan Markanik
Christchurch	$\begin{array}{cc} 7 ext{ sh} \\ 7 ext{ sh} \end{array}$	48 die Woche 8	8 Tage Urlaub. 6 Tage Urlaub mit voller Be=
Lyttelton	1 sh die Stunde	_	Einen [halben Arbeitstag bie _ Boche. [
Rangiora	6 sh	8	Feiertage und I Regentage voll gezahlt.
Provinzialdistrikt Otago:	7 ah e d	10 Sia Marka	"Arbeitertag" frei.
Maori Hill	7 sh 6 d 8 sh 7 sh 7 sh 6 d	48 die Woche	"Arbeitettug flet. Arage Urlaub voll bezahlt. An 3 Feiertagen voll bezahlt. An 5 Feiertagen (inkl. Lasbourbay) voll bezahlt.
Invercargill	7 sh	8	Einen halben Arbeitstag fret bie Boche.
South-Invercargill Mosgiel	7 sh 6 sh 6 d 8 sh	44 die Woche 8 44 die Woche	5 Tage Urlaub voll bezahlt.

Die anderen Städte und Grafichaften (borough) haben fast alle 7 sh bei 8 Stunden.

¹ über Bezahlung an Feiertagen, Sinzelheiten bes Arbeitsvertrags, Lohn= und Arbeitsbebingungen ber gelernten Arbeiter.

² Feftstellung ber Feiertage, Lohn= und Arbeitsbebingungen ber gelernten Arbeiter.

fommunale Tätigkeit ber australischen Gemeinde hin gegenüber ber eng= lischer Städte ober ber bes Londoner Grafschaftsrates.

Er bezeichnet jene Gebiete, die in England im Bereich der fommunalen Tätigkeit liegen, in Bictoria aber von dieser nicht berührt werben:

- 1. Polizei,
- 2. Unterricht,
- 3. Verwaltung bes Armenwefens,
- 4. Frrenanstalten,
- 5. Polizeigerichte und Gerichtshof für Leichenschau (Courts of Sessions und Coroners' Courts),
- 6. Beseitigung ungesunder Stadtteile,
- 7. Stadtverbefferungen hygienischer und verkehrspolizeilicher Natur,
- 8. Errichtung von Arbeiterwohnungen,
- 9. Errichtung von Tunnels,
- 10. Errichtung von Ginbeichungs= und Gindammungsarbeiten,
- 11. Feuerwehr,
- 12. Berforgung ber Stadt mit hydraulischer Rraft,
- 13. Technischer Unterricht,
- 14. Runftgallerien,
- 15. Öffentliche Bibliotheken,
- 16. Berwaltung und Überwachung ber Fabrikgesetze und andere ähnlicher Gesetze,
- 17. Die Übermachung der Theater,
- 18. Statistif.

Aus dieser Willenlosigkeit und Tatenlosigkeit scheinen zunächst die gemeindlichen Berbände eine Erwedung bringen zu wollen, die sich in Bictoria, Südaustralien, Westaustralien und Neuseeland zur Wahrung und Bertretung der gemeindlichen Interessen gebildet haben.

Neben einer Reihe von Sinzelvorschlägen (siehe Schachner l. c. S. 130 f.) kam bei ihren Beratungen und Beschlüssen immer wieder die große Frage der Stadterweiterung, d. h. Beseitigung des Vielregierens in den auf das engste mit einander verknüpsten Nachbargemeinden und die Herstellung einer Verwaltungshoheit über das ganze Stadt= und Virtsschaftsgebiet einer örtlichen Gemeinschaft zur Erörterung. Spricht nicht die Tatsache Bände, daß Groß=Sydney 41 Gemeinden hat und für 538 800 Einwohner 500 Stadträte, während die gewaltige wirtschaftsliche Arbeit englischer Großstädte von ungefähr dem siebenten Teil an Stadtverordneten, so in Leeds mit 470 268 Einwohnern von 63, in Virmingham mit 553 155 Einwohnern von 71 bewältigt werden kann.

Der Zusammenschluß brächte mit der Möglichkeit großer gemeindelicher Unternehmungen eine Förderung der wirtschaftlichen Interessen, mit einheitlicher Wahrnehmung der Gesundheitspflege in Seuchenverordnungen, Bauordnung und Baupolizei eine Hebung der hygienischen Verhältnisse, weiter die Entlastung der Steuerzahler durch Schaffung neuer Einnahmequellen und Ausgabe gemeinsamer Anlehen, denen ein billigerer Kredit zur Seite stünde — und endlich last not least, die Weckung und Belebung des heute noch so geringen kommunalpolitischen Geistes.

Die Government extension Bill von Neusübwales ist das vielversprechende Resultat dieser Bewegung in Australasien.

Zum erstenmal hat sich hier modernes kommunalpolitisches Empfinden, bessen Wecken und Förderung sich schon das Kabinet See angelegen sein ließ, unter Carruthers Ministerpräsidentschaft 1906 zu einem Gesetzentwurf verdichtet, der der großen Aufgabe der Städte Rechnung tragen will.

Der britte Abschnitt bes Gesetzentwurses sieht für Sydney jene allüberall in Australasien ersehnten Machtvollkommenheiten vor, die die australischen Städte erst emportragen werden zur Größe ihrer englischen und kontinentalen Brüder und das kommunalpolitische Interesse zum Segen der Gesamtheit zu beleben geeignet sind; ihre Ausgaben sind umfassend gedacht:

Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Beleuchtung, Krafterzeugung, Wasserversorgung, Kanalisation, Viehhöfe, Schlachthäuser, Märkte aller Art, Hafenüberfahrten, öffentliche Bäber, Wäschereien, Küchen, Nachtasple, Arbeiterwohnhäuser, Bibliotheken, Kunstinstitute, technische Schulen, Parke, Milchversorgung.

Noch ist die Bill nicht zum Gesetz geworden, aber doch wurde das Borbild Englands wach und verspricht das Dunkel australischer Gemeindeverwaltung zu erleuchten.

Bebeutende kommunalsoziale Forderungen sind auch in dem Programm der Arbeiterparteien aufgestellt, die, nachdem sie lange, allzulange der Tätigkeit der Rathäuser ferngeblieben sind, allmählich der beutschen Sozials demokratie ähnlich den nucleus sozialistischer Reform in sozialer Gemeindepolitik sehen. In allen Ländern besteht natürlich die Forderung des one man, one vote Prinzips; einige Programme gehen aber weit in die Details.

Nicht weniger als acht Punkte bes kommunalen Programms ber victorianischen Partei beschäftigen sich mit ber wirtschaftlichen Tätigkeit und sozialen Fürsorge, und zwar die Ziffern 3, 4, 5, 6, 8, 10, 11, 12; Ziffer 9 besaßt sich mit ber Demokratisierung der Körperschaftsverwaltungen, die heute oft nur von Staatsernannten beherrscht werden.

- 3. a) Alle Unternehmungen, wie Trambahn, Beleuchtung, Wasserversorgung, Märkte, sollen von der Gemeinde ausgeführt oder doch überwacht werden.
- b) Erteilung ber Konzession an Trambahn-, Elektrizitäts-, Lichtund andere Gesellschaften soll nicht stattfinden.
 - 4. Ausbehnung der Arbeiten in eigener Regie, wo immer möglich.
- 5. Achtstundentag, die Löhne der städtischen Arbeiter sollen nicht unter dem Minimumlohn, wie er von den Gewerkvereinen festgesetzt ift, stehen.
- 6. Errichtung gefunder Bohnstätten für das Bolf durch die Ge-
 - 8. Städtische Berficherung bes Gigentums ber Steuerzahler.
- 9. Direkte Wahl aller Vertreter für alle Körperschaften und Sonder= ausschüsse durch das Volk.
- 10. Schaffung von Erholungspläten in bevölkerten Stadtteilen zur freien Benutung für das Bolf und zu Spielpläten für Kinder.
- 11. Vorsorge für regelmäßige Volksunterhaltung, sei es Konzerte, Vorlesungen, Theater ober ähnliche Mittel zur Bilbung bes Geschmackes bes Volkes.
 - 12. Reine Beräußerung von Grundeigentum ber Gemeinden.

Daneben besteht noch ein eigenes Programm für die Greater Melsbourne Politik (näheres s. Schachner l. c. S. 137), dem in Ziffer 7 ein reiches wirtschaftliches Programm beigegeben ist.

Biffer 7. Befugnisse bes in Aussicht genommenen Stadtrates:

- 1. Böllig freie gemeindliche Selbstverwaltung.
- 2. Übermachung bes Gefundheitsmefens.
- 3. Städtische Berwaltung aller öffentlichen Dienste und Bedürfnisse.
- 4. Finanzielle Befugnisse: Erhebung von allgemeinen und speziellen Steuern. Beranlagung der Grundsteuer nach dem unverbesserten Bodenwert. Auflegung einer Steuer auf den unverdienten Mehrwert. Bankgeschäfte, Feuer-, Lebens- und Industrieversicherung. Pfandleihgeschäft. Geldleihen. Zusammenlegung und Zurückzahlung der bestehenden Schulden der gemeindlichen Körperschaften.
- 5. Beaufsichtigung ber gewerblichen Arbeiterverhältnisse.

Die neue sozialistische Arbeiterpartei Neuseelands, bie im Barlament erst einen Sitz zu erringen vermochte (siehe Schachner l. c. S. 87), hat ihre Tätigkeit mit Aufstellung eines eigenen Programmes für kom-

munale Reform begonnen, das in seiner Gesamtheit ein Zukunftsbild des Werdegangs australischer Kommunalpolitik geben mag:

- 1. Gine Stimme für jeden ermachfenen Ginmohner.
- 2. Gemeinden sollen durch Bolksabstimmung veranlaßt werden können, irgendeine Industrie oder einen Dienst aufzunehmen. Alle Arbeiten, die der Gemeinde obliegen, sollen von ihr in eigener Regie durchgeführt und keine geringeren als Gewerkvereinslöhne gezahlt werden.
 - 3. Bereinigung der Gemeinden in großen Bevölferungszentren.
 - 4. Bafierung aller Steuern auf bem unverbefferten Bobenmert.
- 5. Befugnis der Gemeinde bei Steuerrücktänden von fünf Jahren das betreffende Land zu erwerben und durch Verpachtung nicht Verstauf zu verwerten; der vormalige Eigentümer soll jedoch den Besitz unter Zahlung aller Verbesserungen, Steuern und der angewachsenen Zinsen zurückerwerben können.
- 6. Eigene Bobenwerteinschätzung bei fünfjähriger Steuerfatierung durch den Eigentümer selbst und Ermächtigung der Gemeinde, das Besitztum zu dem fatierten Werte $+10\,$ % zu erwerben.
 - 7. Befugnis bes 3mangserwerbs von Gas- und Cleftrizitätsmerfen.
- 8. Befugnis durch Initiativantrag eine Abstimmung der Wähler über irgendeinen Punkt der Politik der Gemeindeverwaltung vornehmen zu lassen.
- 9. Die Eröffnung von Verkaufsstellen für Fleisch, Milch, Fische und Früchte.
 - 10. Detailverkauf von Speisen burch die Gemeinde.
 - 11. Milchdepot der Gemeinde.
 - 12. Erbauung von Arbeiterwohnungen.
 - 13. Vorschrift, daß jedes Haus ein Bad erhält.
 - 14. Gefundheitliche Berbefferung kleiner Rückgebäudestraßen.
- 15. Maßgebende Regelung der Dienstverhältnisse bei der Trambahn durch die Delegierten der Bediensteten.
 - 16. Übernahme ber Gesundheitspolizei burch ben Stadtrat.
- So sehen wir, daß Reformideen der weitgehendsten Natur die Politiker und Parteien beherrschen. Bei der Bedeutung der Arbeiter und ihrer Parteien im öffentlichen Leben Australasiens ist es nicht fraglich, daß, wenn sie sich der Gemeinde ernstlich annehmen, der Erfolg nicht ausebleiben wird. Allzulange haben sie dem Rathaus ferngestanden, nun, da sie begonnen, die Ideen, die das heimatliche Gemeindewesen befruchten, zu ihrer Parole zu machen, werden sie einen heilsamen Druck ausüben, denn man hat in Australasien der Arbeiterpartei noch nie zu viel Vorsprung gewinnen lassen.

Alle fortschrittlich Gesinnten mussen die ehernen Erwägungen in ihrem Kampse für eine machtvolle Gemeinde leiten, daß die Gemeindeverwaltung die Schule und Boraussetzung freier Staatseinrichtungen ist (Stuart Mill) und der Geist der Gemeindeverwaltung in sich die Stärke und Größe einer freien Nation trägt (de Tocqueville).

Quellen.

- Schachner, Auftralien in Politik, Wirtschaft, Kultur. Jena (Gustav Fischer), 1909.
- Schachner, Die auftralafische Gemeinde in abministrativer, politischer, wirtschaft- licher und sozialer Beziehung in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, herausgegeben von Conrad, III, 35, S. 433-501.
- Edward Jenks, The Government of Victoria, Melbourne 1897.
- Ell, Views on some of the Political Questions of the day, Christchurch 1905.
- John D. Fitzgerald, Greater Sydney and greater Newcastle, Sydney 1906.
- The Municipal Handbook of New Zealand 1905, Bellington 1906; die Jahressberichte ber Städte: Sydney, Brisbane, Abelaide, Perth, Freemantle, Albury (Reufübwales), Bellington, Auckland, Christdyurch.
- Greater Auckland. Report of Conference of Delegates from the Local Bodies. 24. January 1906. Auckland.
- Rechenschaftsberichte einzelner Berwaltungszweige ber Stadt Melbourne, die Jahreß- kalender und "Vade meeum" vieler Städte (kurze Berichte mit Statistiken).
- Die ftatiftischen Sahrbucher ber verschiedenen Staaten und bes Commonwealth.

Statistif der Hauptstädte Auftraliens.

	3	amiliance for infilme		zanjamatens.			
	3ahr	Sybney	Melbourne	Brisbane	Adelaide	Perth	Hobart
Verleihung der Selbstverwaltung:	ļ 	1842	1842	1859	1840	1871	1852
Stage our Innential (city proper): After		2 759	2 396	3 520	3 700	2 300	2 703
i :	11861	90 335	156 084 139 916	191 680 6 051	95 658 18 303	10 999	4 503 19 449
Bevölkerung ber Gesamtstadt	1881	224 939 538 800	282 947 526 400	31 109 132 468	103 864 175 641	5882 58800	21 118 34 985
Bevölkerung der Innenstadt	1906	124 486	000	37 690	40 045	29 760	25 389
Wert des steuerbaren Eigentums : .	1881	14 498 570 " 45 545 700	888		7 100 000 ± 9 315 000		1 800 000 ∞ 3 470 030 ∞
Jahresertrag des steuerbaren Eigen- tums	1861 1881 1906	760 000 " 1 449 857 " 2 312 830	652 676 " 958 673 " 1 691 959	52 550 231 202 " 408 600	165 481 " 384 101 " 465 750	496	110 800 "
Herstellungskosten der gesamtstädtischen Massemerke		4 847 978	3 793 390	774 921	1 675 313	486 857	185 85+
Kanalisationen		4 330 397 "	5 258 156 "	, 000 170	622 034 "	" azo 60	100 000 "
Sasmerie Elektrizitätsmerke	11061	421 702 "	415 150 " 74 556	77 290 "	210 178 " 91 979 "	121 100 "	110 000 "
Einkünste der Stadt	1881	149 884 " 297 129 "	126 586 " 288 016 "	45 393 " 81 124 "	88 246 " 68 066 "	71 586	43 844 " 49 731 "
Ausgaben der Stadt.	1861 1881	83 277 " 145 512 "	89 237 " 114 071 "	14 788 " 45 491 "	20 345 " 73 886 "	۵.۵.	26 691 " 50 729 "
Anleihen	1906	302 069 " 1 735 000 "	272 928 " 1 819 000 "	86 593 " 379 428 "	64 999 " 59 900 "	75 825 " 230 700 "	53 347 " 234 900 "
Lifgungsfonds		145 850 "	91 524 "	8 647 "	6 254 "	50 542 "	12 713 "
Dughlultet, Detten.		8/£96{	137 44	75 63/8	86	77 41/4	38
S 2		, onlaw					

1 Unverbesserter Bobenwert (unimproved value).

Altenburg Piereriche Hofbuchbruckerei Stephan Geibel & Co.